

# Politischer Extremismus in der Ära der Globalisierung

Ein Symposium des  
Bundesamtes für Verfassungsschutz

20. Juni 2002

**Beiträge**



<b>Inhalt:</b>	<b>Seite</b>
<b>Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz:</b> Begrüßung	1-5
<b>Prof. Dr. Friedrich Heckmann, Europäisches Forum für Migrationsstudien, Universität Bamberg:</b> Islamische Milieus - Rekrutierungsfeld für islamistische Organisationen?	6-20
<b>Priv.-Doz. Dr. Richard Stöss, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften:</b> Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen	21-35
<b>Dr. Armin Pfahl-Traugber, Bundesamt für Verfassungsschutz:</b> Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus	36-66
<b>Dr. Rudolf van Hüllen, Bundesamt für Verfassungsschutz:</b> Linksextremisten: Avantgarde oder Randerscheinung in der Anti-Globalisierungsbewegung?	67-76



Heinz Fromm

## **Begrüßung**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Symposium „Politischer Extremismus in der Ära der Globalisierung“.

Wir wollen heute aktuelle islamistische, links- und rechtsextremistische Tendenzen erörtern und sie jeweils aus der Perspektive der universitären Wissenschaft und des Nachrichtendienstes untersuchen.

Das Interesse richtet sich dabei auf die Frage, ob extremistische und terroristische Bestrebungen im Zeitalter der Globalisierung generell Auftrieb gewinnen und aus welchen - möglicherweise neuartigen - politischen und gesellschaftlichen Prozessen sie erwachsen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz orientiert sich als Nachrichtendienst auch an den Resultaten der wissenschaftlichen Debatte, soweit sie die gesellschaftlichen und politischen Ursachen extremistischer und terroristischer Bestrebungen berühren oder Erkenntnisse zu deren ideologischen Wurzeln liefern können. Die Forschung ihrerseits profitiert von dem spezifischen Wissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, etwa im Hinblick auf die Strukturen und Aktionsweisen extremistischer oder terroristischer Organisationen.

Insofern gehe ich davon aus, dass der heutige Dialog für beide Seiten fruchtbar ist. Ich hoffe auf eine Debatte, die aus der Kombination universitärer und nachrichtendienstlicher Perspektiven ein klareres Bild der Gefahren zeichnet, die uns gegenwärtig und wohl auch künftig bedrohen.

In den vergangenen Jahre hat es vielfach Kontakte zwischen dem BfV und Universitäten und Forschungsinstituten gegeben. Mit der heutigen - für das Bundesamt für Verfassungsschutz neuartigen- Veranstaltung möchten wir den Dialog mit der Wissenschaft intensivieren und verstetigen. Die positive Resonanz, die wir im Vorfeld dieses Symposiums erfahren haben, bestärkt uns in diesem Vorhaben.

„Globalisierung“ ist aktuell die gängigste Chiffre zur Kennzeichnung von Entwicklungstrends in Politik und Wirtschaft, Technik und Kultur. Die publizistische Allgegenwart dieses Begriffs und seine mediale Karriere beruhen dabei wohl auch auf seiner Uneindeutigkeit, denn weder über die konkreten Inhalte des Begriffs noch über die Bewertung des Phänomens insgesamt herrscht Einvernehmen. Relativ unbestritten wird nur die Feststellung bleiben, dass sich nach dem Epochenbruch von 1989 die Geschwindigkeit und die Intensität des gesell-

schaftlichen und wirtschaftlichen Wandels beschleunigt und die Zahl der grenzüberschreitenden Vernetzungen und Interdependenzen rapide zugenommen haben.

Besonders deutlich wird das auf den Gebieten Wirtschaft und Kommunikationstechnik: Hier sind die Aktivitäten transnationaler Konzerne - unter den Bedingungen einer im Weltmaßstab weitgehend deregulierten Marktwirtschaft - vor allem auf dem Feld der Finanzmärkte explosionsartig angewachsen. Dasselbe Phänomen lässt sich für die Ausbreitung und Nutzung elektronischer Medien beschreiben.

Das Fehlen einer klaren Definition von „Globalisierung“ hängt offensichtlich mit der Komplexität des damit Gemeinten zusammen und spiegelt die Unterschiedlichkeit seiner Erscheinungsformen wider.

Als vorherrschend in der kritisch gestimmten öffentlichen Debatte kann ein Verständnis gelten, das die starke Zunahme oft spekulativer Finanztransaktionen und des Warenverkehrs in Verbindung bringt mit einem Abbau sozialstaatlicher Sicherungen und einer daraus erwachsenden Verschärfung sozialer Gegensätze.

Mitunter wird in diesem Kontext auch das Schlagwort „neoliberale Globalisierung“ verwandt. Dieses Begriffsverständnis nimmt allerdings eine problematische inhaltliche Verengung vor: Es reduziert „Globalisierung“ allein auf die sozioökonomische Dimension und blendet kulturelle, politische und rechtliche Aspekte aus.

Listet man die Facetten des Phänomens auf, so gehören die „McDonaldisierung“ der Esskultur und der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ebenso dazu wie der partielle Souveränitätsverlust des Nationalstaates und die Intensivierung des weltweiten Wirtschaftswettbewerbs. Eine einheitliche Bewertung der Globalisierung fehlt also und daher ist bei der Diskussion über dieses Thema eine klare Benennung des jeweils Gemeinten notwendig.

Es empfiehlt sich somit ein Formalisieren des Begriffs „Globalisierung“. Das vermeidet vorschnelle Bewertungen und eine einseitige Fixierung. In einem solch operationalisierten Sinne kann „Globalisierung“ je nach Intention des Betrachters neutral als „Megatrend“ oder „Prozess der Entgrenzung“, apologetisch als „Strukturanpassung“, kritisch als „neue Einheitsideologie“ oder polemisch als „Raub- und Kasinokapitalismus“ verstanden werden.

Globalisierungskritiker werden oft von einem Gefühl der Verunsicherung, von diffusen Ängsten und dem Verlangen nach sozialer und politischer Gerechtigkeit bestimmt. Dagegen, dass solche Empfindungen in die öffentliche Debatte gebracht werden, ist selbstverständlich nichts einzuwenden.

Doch existiert neben der überwiegenden Mehrheit der Kritiker auch ein Segment extremistischer Agitatoren, denen die Globalisierung schlechthin als Beleg für die Verworfenheit freiheitlicher Ordnungen gilt. Sie greifen - gemäß ihrer jeweiligen weltanschaulichen Fixierung -

die legitimen Besorgnisse und Ängste demokratischer Globalisierungskritiker auf, um sie als Vehikel zur Förderung der eigenen extremistischen Ziele zu missbrauchen.

Doch vorab einige Überlegungen zur Globalisierung als möglichem Resonanzboden für Extremismus.

Ebenso wie nicht jede Kritik an bestimmten Elementen der Globalisierung extremistisch ist, fördert aber auch nicht jeder Aspekt der Globalisierung das demokratische Miteinander.

Hierzu nur zwei Anmerkungen, die sich auf die sozioökonomische Dimension der Globalisierung beziehen:

Transnationale Konzerne gewannen in den letzten Jahren an Bedeutung, während der Einfluss der Nationalstaaten auf die Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik kontinuierlich abnahm. Man kann einen solchen Prozess gutheißen, weil er zur Erweiterung ökonomischer Freiheiten beiträgt, man kann ihn aber ebenso ablehnen, da er die Gefährdung demokratischer Strukturen in sich birgt. So ist mit ökonomischer Macht regelmäßig auch politisches Gewicht verbunden. Denn mit dem Bedeutungsgewinn des ökonomischen Faktors gelangen demokratisch nicht kontrollierte und an nur partiellen Interessen orientierte gesellschaftliche Kräfte zu großem Einfluss auf die verbindliche Regelung des sozialen Miteinanders. Auch wenn man damit sicher nicht von einem Untergang des Staates als Ordnungsfaktor sprechen kann, wird gleichwohl die Balance der politischen Gestaltungskräfte zu Lasten des demokratischen Verfassungsstaates verschoben.

Der globale Trend zur Beschleunigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels kennt nicht nur Gewinner; er produziert Chancen und Belastungen zugleich. Liegen die Chancen in einer zunehmenden Vernetzung und Integration wirtschaftlicher und politischer Vorgänge, so äußern sich die Belastungen in mehrfacher Hinsicht: Sicher geglaubte soziale und wirtschaftliche Besitzstände geraten unter Veränderungsdruck, staatliche Institutionen und Kompetenzen finden sich auf dem Prüfstand wieder, gegen kulturelle Vereinheitlichung regen sich regionalistische bis hin zu separatistische Tendenzen.

Von Desintegration und Fragmentierung am deutlichsten bedroht sind aber die Verlierer der ökonomischen Globalisierung: Dies gilt sowohl für das Individuum im binnengesellschaftlichen Wettbewerb als auch für den einzelnen Staat im internationalen Maßstab.

So zählen sich zahlreiche Staaten der muslimischen Welt zu den Globalisierungsverlierern. Gescheiterte oder defizitäre Modernisierungsprozesse auf industriell-technischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet in diesen zumeist traditionell organisierten Gesellschaften zogen große soziale Probleme nach sich. In der Folge gewannen islamistische Bestrebungen und Organisationen Terrain.

Aber auch in entwickelten Industriegesellschaften führen eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung und aufkommende soziale Unsicherheitsgefühle in Teilen der Bevölke-

rung zu Protesten. Eine solche Stimmung der Unzufriedenheit und des sinkenden Vertrauens in die Fürsorgefunktion des Staates kann von extremistischen Kräften ganz unterschiedlicher Art gegen die Demokratie mobilisiert werden.

Gleiches gilt für eine andere Ebene, die Globalisierung der Kultur: Als Abwehr gegen die weltweite Angleichung von Lebensstilen drängen Menschen zunehmend auf die Achtung ihrer kulturellen Eigenarten und religiösen Unterschiede. Auch hierdurch entsteht ein Rekrutierungspotenzial für Extremisten, die agitatorisch geschickt die universellen Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten mit kritikwürdigen Auswüchsen einer globalen Konsumgesellschaft vermengen.

Die vorgenannten Gefährdungsmomente stellen indes keine direkten Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung dar und bilden insofern kein Arbeitsfeld für die Verfassungsschutzbehörden. Sie müssen aber als gesellschaftliche Rahmenbedingung für extremistische Bestrebungen durchaus zur Kenntnis genommen werden.

Eine Sicherheitsbehörde, die zum Schutz der zentralen Werte und Verfahrensregeln des demokratischen Staates beitragen soll, hat also jeden Anlass, sich mit den Gefahrenpotenzialen und Schattenseiten der Globalisierung zu befassen. So können sich die Verfassungsschutzbehörden als „Frühwarnsystem“ der Demokratie nicht damit begnügen, Statistiken über die strafrechtlich relevanten Aspekte der Globalisierungsproteste zu führen. Sie sollten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages auch Beiträge zum Verständnis des Phänomens leisten.

Dazu dient die Auseinandersetzung mit den Themen der heutigen Veranstaltung.

Islamistische Bewegungen entstanden seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts in der gesamten islamischen Welt als Reaktion auf den Kolonialismus und die folgende politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie der westlichen Nationen.

Anhänger und Funktionäre islamistischer Organisationen gelangten in der Folgezeit als Arbeitsmigranten oder Asylsuchende auch in die westeuropäischen Staaten und die USA. So ist der weltweit zu beobachtende Anstieg islamistischer Bestrebungen in den letzten dreißig Jahren sowohl hinsichtlich ihrer Entstehung als auch mit Blick auf ihre internationale Verbreitung als Begleiterscheinung der Globalisierung zu verstehen.

Islamisten äußern sich nicht explizit als Globalisierungsgegner oder -kritiker. Man kann sie als „geborene“ oder „natürliche“ Widersacher von Globalisierung bezeichnen, da sie diese rapiden Entwicklungen als neue Stufe der „Verwestlichung“ und „Amerikanisierung“ erfahren. Gleichwohl propagieren auch Islamisten mit ihren Vorstellungen von der weltweiten Ausbreitung ihrer Ideologie de facto eine Art islamistischer Gegen-Globalisierung.

Linksextremisten sind ihrem gesamten Anliegen nach „Internationalisten“: Ihre Revolutionsvisionen von einer kommunistischen oder anarchistischen Gesellschaft waren von jeher für einen globalen Rahmen konzipiert. Insofern richtet sich ihre Kritik nur vordergründig gegen

das Globalisierungsphänomen an sich. Tatsächlich bekämpfen sie die - aus ihrer Sicht grundfalsche - Gesamttendenz in Richtung „kapitalistische Weltordnung“. Sie wollen den „Neoliberalismus“ aufhalten, treten für eine andere Art der Globalisierung ein und hoffen - wenig realistisch - auf die Chance für eine neue revolutionäre Aufwallung.

Globalisierungskritik ist aber nicht nur ein Thema für die politische „Linke“; in Form und Inhalt mitunter deckungsgleich formulieren auch Rechtsextremisten ihre Positionen zu diesem Thema. Ideologisch steht dahinter die Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen National- oder Rassestaat, der sich gegen die globalen kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozesse um der Bewahrung der eigenen Identität willen weitgehend abschotten soll. Mit ihrer rigorosen Ablehnung der Globalisierung beabsichtigen Rechtsextremisten, entstehende Unmutsstimmungen und Proteste ideologisch mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus aufzuladen und sie politisch in ihrem Sinne umzusetzen.

Friedrich Heckmann

## **Islamische Milieus: Rekrutierungsfeld für islamistische Organisationen?**

### **Einführung**

Im Zuge der Einwanderung sind in den letzten 40 Jahren überall in Deutschland bestimmte Formen der Selbstorganisation von Migranten entstanden, für die wir schon früh in Anlehnung an die internationale Migrationsforschung das Konzept der ethnischen Kolonie eingeführt haben.<sup>1</sup> Wir werden dieses Konzept noch einmal kurz beleuchten. Zur Differenzierung des Koloniebegriffs erscheint es dann sinnvoll, in Übereinstimmung mit der modernen Sozialstrukturforschung das Konzept des ethnischen Milieus einzuführen, das die konkreten unterschiedlichen Lebenswelten von Einwanderern bezeichnen will. Die im Thema genannten islamischen Milieus sind eine Kategorie solcher ethnischen Milieus.

Nach dem 11. September und der Entdeckung der Hamburger Basis des Attentats taucht folgerichtig die Frage nach dem Verhältnis der Einwandererkolonien und -milieus zu extremistischen und terroristischen Organisationen auf. Sind sie, wie in der Themenstellung dieses Beitrags gefragt, ein Rekrutierungsfeld für extremistische, islamistische oder terroristische Organisationen? Welche Personengruppen in den ethnischen Kolonien und Milieus könnten anfällig sein für extremistische Organisationen und was haben diese ihnen zu bieten, was würde sie anziehend machen? Auf der Basis der soziologischen Marginalitätstheorie versuche ich hierauf eine vorsichtige Antwort zu finden. Vorsichtig, weil ein solider Forschungsbestand, auf den man sich stützen könnte, nicht vorliegt. Für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen wird es zunächst notwendig sein, die Konzepte von ethnischer Kolonie und ethnischem (islamischen) Milieu zu rekonstruieren.

In der Diskussion des 11. September war von den Tätern als so genannten Schläfern die Rede, mit der Vorstellung, dass die Täter mit bestimmten terroristischen Plänen nach Deutschland eingereist seien, konspirativ gelebt hätten und dann zu einem bestimmten Zeitpunkt losschlagen würden. Auf der anderen Seite gibt es zuverlässige Informationen des Inhalts, dass die späteren Täter erst nach einer bestimmten biographischen Wende (Erweckungserlebnis) und des folgenden Eintritts in extremistische Organisationen entsprechende Motivationen und Handlungen entwickelt haben. Auch scheinen sie keine gewöhnlichen Kriminellen zu sein, sondern fehlgeleitete „Idealisten“, die ihre Taten als im höchsten Maße moralisch ansahen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland?, Stuttgart 1981.

Auch zu hiermit zusammenhängenden Fragen möchte ich in meinem Vortrag Stellung beziehen.

Islamische Milieus unterscheiden wir inhaltlich und begrifflich von Islamismus und islamistischen Organisationen. Ein wichtiger Spezialfall ist, wenn islamistische Organisationen islamische Milieus schaffen und bestimmte Strategien und Mittel einsetzen, um Personen über diese Milieus für Islamismus zu gewinnen. Hierauf ist als weiterer Erklärungsansatz einzugehen.

Nicht näher eingehen kann ich auf die Entwicklung und die Struktur islamistischer Organisationen. Ich setze einfach voraus, dass es islamistische Organisationen gibt und frage danach, was sie für bestimmte Personen attraktiv machen könnte. Für mich wird es aber immer notwendig sein, bestimmte ihrer Merkmale zu berücksichtigen.

## **Ethnische Kolonien, islamische Milieus und islamistische Organisationen**

### **Ethnische Kolonien und islamische Milieus**

Wir gehen davon aus, dass islamische Milieus (ethnische Milieus) Teilstrukturen ethnischer Kolonien sind. Darum zunächst eine Verständigung über den Begriff der ethnischen Kolonie als Form ethnischer Selbstorganisation. Im Koloniebegriff sind drei zusammenhängende Elemente enthalten:

- eine ausgewanderte Menschengruppe, die ihre nationale, kulturelle oder ethnische Identität zu erhalten sucht,
- die Formen ihrer ökonomischen und soziokulturellen Organisation sowie
- ein Territorium, auf dem man „siedelt“.

Für moderne Migranten heißt siedeln das Finden eines Arbeitsplatzes und einer Wohnung. Ihrer ökonomischen Organisation sind relativ enge Grenzen gesetzt; sie müssen sich weitgehend in bestehende ökonomische Verhältnisse und Organisationsformen einfügen. Größere Freiheitsgrade haben sie im soziokulturellen und religiösen Bereich.

Koloniebildung ist die freiwillige Aufnahme oder Weiterführung innerethnischer Beziehungen. Anders als beim historischen Ghetto, in dem räumliche Integration und soziale Organisation durch Zwang zusammenfallen, ist die Entwicklung eines soziokulturellen Eigensystems der Minderheit bei Koloniebildung nicht notwendigerweise mit der Existenz segregierter und/oder zusammenhängender Wohnbezirke verbunden.

Ethnische Kolonien entstehen zum einem als institutionelle Antwort auf die Bedürfnisse der Migranten in der Migrations- und Minderheitensituation, zum anderen als „Verpflanzung“

und Fortsetzung sozialer Beziehungen, die bereits in der Herkunftsgesellschaft existierten. Migration ist mit großen Unsicherheitsmomenten verbunden, mit der Destabilisierung von Verhaltensweisen und Selbstverständnissen. Zugleich müssen für neuartige materielle und soziale Problemlagen neue Lösungen gefunden werden. Bei der Verpflanzung und Fortsetzung sozialer Beziehungen kommt der Verwandtschaft eine überragende Bedeutung zu. Neben der Verwandtschaft unterscheiden wir als weitere Strukturelemente ethnischer Kolonien das Vereinswesen, religiöse Gruppen, politische Organisationen, informelle soziale Verkehrskreise und Treffpunkte, spezifisch ethnische Medien, schließlich eine ethnische Ökonomie.

Häufig wird die ethnische Kolonie als ein relativ homogenes Gebilde angesehen, ausgezeichnet durch eine Gemeinsamkeit der Kultur. „Ethnische Kolonie“ steht zwar für bestimmte ethnische Gemeinsamkeiten, aber keineswegs für eine homogene Kultur oder Gruppe. Sie besteht aus einer Vielzahl von Gruppen und Milieus, die nach unterschiedlichen Merkmalen differenziert sind. Systematisch lassen sich vor allem folgende, die ethnische Kolonie differenzierende und z.T. konflikthaft spaltende Faktoren nennen: nationale, sozialstrukturelle, ideologisch-politische, regionale, religiöse und kulturelle Faktoren. Sozialstrukturelle Differenzierungen der ethnischen Kolonie, z.B. des Vereinswesens und der sozialen Verkehrskreise, haben ihre Quelle in der Differenzierung arbeitsmarktmäßiger und ökonomischer Herkunft und Stellungen sowie in Bildungsunterschieden. Regionale Differenzierungen sind das Resultat der Kettenwanderung mit ihrer Verpflanzung von im Herkunftsland bestehenden Sozialsystemen. Die Gründung politischer und religiöser Organisationen erfolgt häufig als Import von Organisationen aus dem Herkunftsland oder nach dem Muster dort existierender Gruppen.

Die häufig behauptete Homogenität der ethnischen Kolonie ist also vor allem eine „Außensicht“ und scheint Ergebnis oder Erscheinungsform vorurteilsbehafteter Vorstellungen zu sein. Treffend sagte Mills: „Wenn die Gruppe als ganze ein sichtbar gemeinsames Merkmal hat, dann ist es das, dass die Migranten von den Einheimischen als homogen wahrgenommen werden.“<sup>2</sup>

Ethnische Milieus sind Teilstrukturen, Subkulturen ethnischer Kolonien. Der soziologische Milieubegriff ist seit ca. zwanzig Jahren entwickelt worden, um gegenüber dem traditionellen Schichtbegriff konkrete Lebenswelten von Menschen erfassen zu können. Der Schichtbegriff fasst Menschen gleicher oder ähnlicher Bildung und Qualifikation, beruflicher Stellung und eines vergleichbaren Einkommens zusammen. Für die Erklärung bestimmter Verhaltensweisen, z.B. Wahlentscheidungen oder Konsumpräferenzen, reicht die soziale Schicht aber längst nicht mehr aus. Daher müssen Schichtmerkmale mit kulturellen Merkmalen, z.B. Werthaltungen, verbunden werden, um konkrete Lebenswelten erfassen zu können.

---

<sup>2</sup> C. Wright Mills et.al, *The Puerto Rican Journey*, New York 1967, S. 82.

Soziale Milieus fassen daher Menschen zusammen, die sich in Lebensauffassung, Lebensweise und sozialer Lage (im Sinne von Schichtmerkmalen) ähneln und subkulturelle Einheiten in der Gesellschaft bilden. Ethnische Milieus sind eine Form sozialer Milieus. In der sozialen Wirklichkeit sind die Grenzen zwischen den Milieus fließend, d.h., dass die Lebenswelten nicht so exakt abgrenzbar sind wie Bildungsabschlüsse oder Einkommensgrenzen.

Islamische Milieus begreifen wir als eine Ausprägung ethnischer Milieus. Islamische Milieus müssen von islamistischen, fundamentalistischen Organisationen unterschieden werden. Islamische Milieus bilden sich als eine institutionelle Antwort auf Bedürfnisse in der Einwanderungssituation. Islamistische Organisationen dagegen sind zumeist ein Import aus den Herkunftsländern der Migranten, wenngleich im Einwanderungskontext modifiziert und neuen Entwicklungsbedingungen folgend.

Im Unterschied zur Forschung über soziale Milieus der Mehrheitsgesellschaft ist der Forschungsstand über ethnische Milieus der Migrantenbevölkerung absolut unbefriedigend. Vorhanden sind eine Vielzahl von Studien über Organisationen, Vereinen und Verbänden, aber nicht über ethnische Milieus im oben definierten Sinne. Dem soziologischen Milieubegriff nähert sich Lale Yalcin an, wenn sie in ihrer Studie religiöser Sozialisation türkischer Familien in Nürnberg wie folgt resümiert: „Gegenüber dem Bild eines relativ homogenen Islam in der nicht islamischen Öffentlichkeit zeigt sich in der Realität eine starke Pluralität von Religiosität, Glaubensarten und Praktiken der Befolgung oder Nicht-Befolgung religiöser Normen und Vorschriften. Es zeigen sich starke Abgrenzungen innerhalb des Islam, zum einen entlang ethnischer Grenzen, zum anderen und vor allem zwischen einem ‚gemäßigten‘ und einem politisierten Islam. Für einige ist der Islam eine private, auf bestimmte Bereiche begrenzte ‚Angelegenheit‘, für andere soll die Religion die ‚Messlatte‘ für ihr gesamtes Leben sein, nach der sie alles ausrichten.“<sup>3</sup>

### **Islamistische Organisationen**

Islamistische Organisationen folgen einem fundamentalistischen religiösen Muster. Der Begriff des Fundamentalismus ist zwar am Fall einer Variante des nordamerikanischen Protestantismus entwickelt worden, wird aber in der Gegenwart auf vergleichbare Tendenzen in anderen Weltreligionen angewandt.<sup>4</sup> In Bezug auf protestantische Organisationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts nennt Thomas Meyer folgende Merkmale des religiösen Fundamentalismus, die man mit entsprechenden Übersetzungen auch auf den islamischen Fundamentalismus, den Islamismus anwenden kann: „(1) Die buchstäbliche Unfehlbarkeit der Heiligen

---

<sup>3</sup> Lale Yalcin-Heckmann, Religiöse Sozialisationen junger türkischer Muslime in Deutschland, DFG-Forschungsbericht, Bamberg 2000, S. 170.

<sup>4</sup> Vgl. Abdeldalam Hedar, Die Darstellung islamistischer Tendenzen und Gruppen im ägyptischen Roman von 1945 – 2000., Diss., Bamberg 2001, S. 17.

Schrift und die Gewissheit, dass es in der Bibel keinen Irrtum geben könne; (2) die Nichtigkeit moderner Theologie und Wissenschaft, soweit sie der Bibel widersprechen; und (3) die Überzeugung, dass niemand, der den fundamentalistischen Standpunkt nicht teilt, ein wahrer Christ sein könne. In ihrer Praxis mehr noch als in der Konfession dementieren sie (4) das moderne politische Grundgesetz der Trennung von Kirche und Staat.“<sup>5</sup>

Die islamistischen Bewegungen entstammen der arabisch-islamischen Welt - mit Beziehungen nach Afghanistan, Pakistan und Indonesien - und erscheinen dort oft als der einzige Weg, um angesichts der Unfähigkeit des jeweiligen bestehenden politischen Regimes Veränderungen zum Besseren zu erzwingen. Diese Bewegungen präsentieren sich als Ersatz für die herrschende dekadente Politik und als Kämpfer gegen den westlichen Einfluss.<sup>6</sup> Waldmann (2001, 103) stellt fest, „dass der religiöse Fundamentalismus, der den Hauptnährboden für den zeitgenössischen religiösen Terrorismus bildet, durchweg von einem Hauptmotiv geprägt ist: Abwehr des globalen Modernisierungs- und Säkularisierungstrends ... Rückkehr zu einer ausschließlich auf religiösen Grundlagen beruhenden Gemeinschaftsform.“<sup>7</sup> Angestrebt wird die „Einheit von Religion und Staat“.<sup>8</sup>

Die Bedingungen der Migration und die Interaktion mit der Einwanderungsgesellschaft führen dazu, dass das „Exportmodell“ islamistische Organisation im Einwanderungskontext vielfachen Wandlungsprozessen unterworfen ist, auf die wir hier aber im einzelnen nicht eingehen können. Ganz wichtig ist schließlich, dass sich mit der möglichen Entscheidung einer Gruppe, konspirativ und terroristisch zu arbeiten, eine organisationssoziologische Eigendynamik ergibt, die zu grundlegenden Veränderungen der Gruppenstruktur führt. Neidhardt (1982) hat das für die RAF ausgezeichnet beschrieben und analysiert.

Islamistische Organisationen lassen sich organisationssoziologisch als Sekten begreifen. Sekten sind zunächst dadurch gekennzeichnet, dass sie die Lehren und Praxis der aus ihrer Sicht etablierten Religion ablehnen, Grenzen ziehen und eine Gegenlehre und Gegenpraxis zu begründen suchen. Für ihre Mitglieder gilt eine besondere Form religiöser „Qualifizierung“, die ihnen in ihrer Selbstsicht eine Art religiösen Elitestatus verleiht. Sekten sind in dem Sinne totale und totalitäre Organisationen, als sie ihre Mitglieder umfassend, d.h. eben nicht nur in religiösen Dingen, bestimmen und kontrollieren wollen und an ihre Mitglieder höchste Anforderungen hinsichtlich Zeit, Geld, emotionaler Hinwendung und Identifizierung stellen.

Die Entwicklung der Kaplan-Bewegung hin zum „Kalifatsstaat“ als islamistische Sekte und ihr Elitenverständnis beschreibt Schiffauer wie folgt: „Die Lauen und die Halbherzigen haben die Bewegung verlassen – nur eine Elite ist geblieben. In einer Art sozialer Alchemie scheint das, was an Quantität verloren gegangen ist, an Qualität gewonnen zu werden. Wer jetzt noch

---

<sup>5</sup> Zitiert nach ebd., S. 16.

<sup>6</sup> Vgl. ebd., S. 6-7.

<sup>7</sup> Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 2001, S. 103.

<sup>8</sup> Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, *Muslimen in Deutschland*, Freiburg 1998, S. 62.

in der Bewegung war, hatte sich bewährt – er konnte sich mit guten Gründen zur Speerspitze, zur Elite der Revolution zählen. Säuberungen und Elitenbildung gehen mit einer wachsenden Betonung von Grenzen einher.“<sup>9</sup>

### **Islamismus: Attraktiv für wen?**

„Jede Analyse menschlichen Handelns macht es sich zu leicht, wenn sie bei der Anomalität der beteiligten Personen ansetzt und bei der Feststellung krankhafter Persönlichkeitseigenschaften stehen bleibt.“ So Neidhardt<sup>10</sup> in seiner Analyse der Baader-Meinhof-Terroristengruppe. Es kommt geradezu dem Verzicht auf eine Erklärung gleich, das abweichende Verhalten einfach als krankhaft oder nur böse zu bezeichnen.

Die soziologische Erklärung muss zur Ebene des Individuums, zur Rekonstruktion seines oder ihres subjektiven Sinns des Handelns vorstoßen, um gesellschaftliche Entwicklungen erklären zu können. Der subjektive Sinn des Handelns einzelner Menschen, d.h. jeweilige Wahrnehmungen, Definitionssituationen, Motive und Entscheidungen, erklärt ihre Handlungen.

„Was macht islamistische Organisationen attraktiv für wen?“ muss gefragt werden. Makrogesellschaftliche Strukturen, wie z.B. die globalen, extremen Ungleichheitsstrukturen, sowie Organisationen und Institutionen im Handlungskontext des Menschen sind Bedingungen, die in die Definition der Situation und des subjektiven Handlungssinns eingehen. Hier aber zunächst der Versuch, eine Erklärung auf der Handlungsebene des Individuums vorzulegen.

### **Marginalitätstheoretische Hypothesen**

Zur Erklärung individuellen Handelns erscheint uns für die Fragestellung des Themas die soziologische **Marginalitätstheorie** fruchtbar. Gegenstand der Marginalitätstheorie sind bestimmte, aus unklarer sozialer und ethnisch-kultureller Zugehörigkeit sowie „doppelter Sozialisation“ stammende Motivlagen bei Personen aus Minderheitengruppen. Sie wurde vor allem am Beispiel der Stellung von Juden im Emanzipationsprozess, die aus dem Ghetto befreit, aber noch nicht voll in der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert wurden, und den Nachkommen von Einwanderern in modernen Gesellschaften entwickelt. Zusammen mit Stonequist formulierte Robert Ezra Park im Rahmen der Chicago Schule der Soziologie die Grundlagen der Marginalitätstheorie und skizziert Merkmale des *marginal man*. Die marginale Person sei gezwungen, „to live in two societies and in two not only different but antago-

---

<sup>9</sup> Werner Schiffauer, Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland, Frankfurt 2000, S. 177.

<sup>10</sup> Friedhelm Neidhardt, Soziale Bedingungen terroristischen Handelns, das Beispiel der „Baader-Meinhof-Gruppe“ (RAF), in: BMI (Hrsg.), Gruppenprozesse. Analysen zum Terrorismus, Bd. 3, Opladen, S. 318 – 391, hier S. 319.

nistic cultures.“<sup>11</sup> Gemeint sind die Gesellschaft des Einwanderungslandes und die Gesellschaft der Einwanderer im Einwanderungsland, und der Gegensatz zwischen traditioneller und moderner Kultur. Die marginale Person lebe am Rande zweier Kulturen und könne weder vollständig mit ihrer Herkunft und ihren Traditionen brechen noch werde sie von den Gruppen akzeptiert, deren Mitgliedschaft sie anstrebe.

Marginalität ist, wenn man Parks Umschreibungen in einer präziseren Begrifflichkeit resümiert, gekennzeichnet durch enge Beziehungen von Personen zu unterschiedlichen Gruppen bei ungeklärter Zugehörigkeit. Die marginale Lage bewirke einen Kulturkonflikt und Identitätsunsicherheit. Wesentlich gegenüber Park ist vor allem Stonequists Explizierung des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheit als Ungleichheits- und Dominanzverhältnis und die Skizzierung von Auswirkungen der marginalen Lage auf die Persönlichkeitsstruktur: Verhaltensunsicherheit, Stimmungslabilität, Orientierungszweifel, Handlungsbefangenheit, ein Gefühl der Isolierung und Machtlosigkeit, Minderwertigkeitsgefühle.

Für eine Weiterentwicklung der Marginalitätstheorie ist es zunächst sinnvoll, über eine Beschreibung der marginalen Persönlichkeit hinauszugehen und zu versuchen, den Kernpunkt der Theorie in der Analyse von marginalen Positionen im Feld gesellschaftlicher Beziehungen zu stimmen. Marginale Positionen sind dadurch gekennzeichnet, dass im Feld gesellschaftlicher Beziehungen ihre Gruppenzugehörigkeit unsicher bzw. ungeklärt ist. In der Periode der jüdischen Emanzipation konnte die jüdische Gruppe nicht mehr als geschlossene Gruppe bezeichnet werden. Die „Grenze“ zwischen den Gruppen wurden durchlässig, es entstanden die Positionen des emanzipierten oder sich emanzipierenden Juden zwischen jüdischer und Mehrheitsgesellschaft. Im Kontext moderner Arbeitsmigration sind marginale Positionen gekennzeichnet durch Verlust von Bindungen an die Herkunftskultur, Teilakkulturation, aber Nichtzugehörigkeit oder nur partielle Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft. Dies lässt sich in der ersten, vor allem aber in der zweiten Migrantengeneration finden. Nicht die Mitgliedschaft in mehreren Gruppen, sondern die ungeklärte Zugehörigkeit zu Gruppen konstituiert marginale Positionen.

Wir unterscheiden drei Konstituierungsfaktoren marginaler Positionen. Ihre erste Voraussetzung ist die Existenz einer ethnischen Minderheitenkultur bzw. die Sozialisation in die Kultur einer Herkunftsgesellschaft. Bei dominantem Einfluss der Minderheiten- oder Herkunftskultur wird stabile Zugehörigkeit vermittelt; nachlassender Sozialisations- und Identifikationseinfluss trägt zur Ausbildung von Marginalität bei. Zu den objektiven Konstituierungsbedingungen marginaler Positionen gehört weiterhin ein Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitengruppe und Minderheitenkultur. Gleichberechtigte und gleichgewichtige Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen würden der Zugehörigkeitsproblematik jenen Status-

---

<sup>11</sup> Robert Park, Einleitung zu Everett V. Stonequist, *The Marginal Man. A Study in Personality and Culture Conflict*, New York 1937.

und Machtaspekt nehmen, der bei Marginalitätskonflikten kennzeichnend ist. Die ungeklärte Zugehörigkeit stellt eben auch einen ungeklärten Status im Prestige- und Einflussystem der Gesellschaft dar. Schließlich gehört zu den objektiven Konstituierungsbedingungen marginaler Positionen deren bikulturelle Bestimmung durch Mehrheits- wie durch Minderheitenkultur. Sie kann sich zeigen in der Form unterschiedlicher Sozialisation zwischen Elternhaus und Schule, „unterschiedlichen kulturellen Welten“ zwischen Arbeitsplatz und Familie oder biographisch als Unterschied zwischen Kindheits- und Jugendsozialisation in einer Kultur und Leben als Erwachsener in einer anderen Kultur.

Aus den Entstehungsbedingungen marginaler Positionen lassen sich Konfliktlösungsanforderungen für die Menschen herleiten, die in marginalen Positionen sind. Die jeweiligen unterschiedlichen Verarbeitungen der Konflikthanforderungen führen zu unterschiedlichen Orientierungen. Eine erste Anforderung kann als strukturell determinierte Zugehörigkeitsunsicherheit bezeichnet werden, die sich dem Subjekt als Gefühl der Zugehörigkeitsunsicherheit stellt. Deutliche Ablehnung, wie etwa beim Rassismus gegenüber Schwarzen, ist in diesem Sinne leichter zu ertragen als unsichere Zugehörigkeit. Als subjektive Spiegelung des Hierarchie- und Prestigegefälles zwischen Mehrheits- und Minderheitenkultur ist zum zweiten bei den „Inhabern“ marginaler Positionen aufgrund ihrer Herkunft aus der Minderheitenkultur und ihrer Nichtzugehörigkeit zur Mehrheitskultur eine Bedrohung des Selbstwertgefühls, unter Umständen Gefühle verletzter Ehre und Würde zu erwarten. Eine dritte Konfliktlösungsanforderung, mit der sich Inhaber marginaler Positionen auseinandersetzen müssen, sind Kulturkonflikte. Sie entstehen aus Prozessen der Beeinflussung als zwei unterschiedlichen und gegensätzlichen Kultursystemen und äußern sich als Bewertungs-, Orientierungs- und Handlungskonflikte, sind zwar in jedem gesellschaftlichen Handeln zu lösen, stellen sich aber in marginalen Positionen mit besonderer Intensität und Häufigkeit.

Aus dem Vorliegen bestimmter Ausprägungen der objektiven Konstituierungsverhältnisse und spezifischen Formen subjektiver Bewältigung oder des Scheiterns im Umgang mit den genannten Konflikthanforderungen entstehen unterschiedliche Handlungsweisen in marginalen Positionen. Wir wollen hier nur drei mögliche in Form von Hypothesen formulieren: Assimilierung, Herkunftsorientierung und Marginalität. Häufig lassen sich duale Orientierungen auf Herkunfts- und Einwanderungsgesellschaft sowie Mehrfachidentifizierungen feststellen. Wir gehen auf diese jedoch nicht weiter ein.

Die Formulierungen der Hypothesen erfolgt in einem ersten Schritt durch die Spezifizierung von Ausprägungen der Konstituierungsbedingungen marginaler Positionen; in einem zweiten Schritt werden jeweils subjektive Verarbeitungsformen der Konfliktlösungsanforderungen genannt.

- **Hypothese 1 (Assimilierung):** Bei Schwäche oder Auflösung der Minderheitenkultur, einem Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit, aber (wahrgenommener)

Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, bikultureller Bestimmung der Positionen und einer Lösung der Zugehörigkeitskonflikte durch Hinwendung zur Mehrheitsgesellschaft besteht in marginalen Positionen eine Tendenz zur Assimilierung.

- **Hypothese 2 (Herkunftsorientierung):** Bei Stärke der Minderheitenkultur, Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit und (wahrgenommener) relativer Geschlossenheit des Zugangs zur Mehrheitsgesellschaft, bikultureller Bestimmung der Positionen und einer Lösung der Zugehörigkeitskonflikte durch Bekenntnis zur Herkunftsgruppe besteht in marginalen Positionen eine Tendenz zu ethnischer Herkunftsorientierung. Herkunftsorientierung ist mit vielfältigen Anpassungen an die Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft zu Zwecken wie Arbeit und Kommunikation durchaus vereinbar.
- **Hypothese 3 (Marginalität):** Bei relativer Schwäche der Minderheitenkultur, einem Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit, relativer Offenheit der Mehrheitsgesellschaft und der Unfähigkeit des Subjekts, Zugehörigkeitskonflikte einer Lösung zuzuführen, besteht in marginalen Positionen eine Tendenz zur Marginalität. Diese ist als Verhaltensmuster gekennzeichnet durch die problematischen Aspekte des marginal man, wie von Stonequist beschrieben: Verhaltensunsicherheit, Stimmungslabilität, Orientierungszweifel, Gefühle der Isolierung und Machtlosigkeit sowie Minderwertigkeitsgefühle. Ich füge Gefühle verletzter Ehre und Würde hinzu.

Marginale Positionen und unterschiedliche Orientierungen in marginalen Positionen dürften sich bei Neuzuwanderern und der so genannten zweiten Migrantengeneration unterschiedlich konstituieren. Marginalität als kritische, d. h. für Fundamentalismus besonders rezeptive Verhaltenstendenz, kann sich bei der zweiten Generation herausbilden bei bikultureller Sozialisation, vor allem zwischen Familie und Bildungssystem, schwacher Integrationskraft ethnischer Milieus und schwierigen Zugangswegen in die Mehrheitsgesellschaft. Dabei werden in Deutschland die Integrationskraft ethnischer Milieus stark lokal und regional variieren, wie auch die Zugangswege und Mobilitätschancen in die Mehrheitsgesellschaft. Rezeptivität für Fundamentalismus und das Werben islamistischer Organisationen dürfte auch eher bei Personen mit geringer Ambiguitätstoleranz, d.h. der Fähigkeit, kognitive und emotionale Widersprüche auszuhalten, vorzufinden sein (psychologische Variable).

Marginale Positionen bei Neuzuwanderern bilden sich vermutlich vor allem bei Personen, die nicht über Kettenmigration und im Familienverband, sondern allein zuwandern. Aufgrund eines „mitgebrachten“ Bildungsstatus lernen sie relativ schnell Sprache, Regeln und Kultur der Einwanderungsgesellschaft. Ich möchte das am Beispiel von Studenten diskutieren. Sie erfahren eine zweite Sozialisation, nicht wie bei der zweiten Generation gleichzeitig und nebeneinander, sondern sie werden gewissermaßen hintereinander bikulturell sozialisiert. Geringe Einbindung in ethnische Milieus und die Erfahrung relativer Offenheit der Aufnahme-

gesellschaft können hier zu einer Frage nach der sozialen Identität und zu einem Gefühl der Zugehörigkeitsunsicherheit führen. Für Studenten aus der dritten Welt und aus islamischen Ländern, vor allem wenn sie nicht aus den Metropolen kommen, stellt sich die zentrale Identitätsfrage: Wie viel Verwestlichung ist noch mit Loyalität gegenüber meiner Herkunft verträglich, gegenüber Missachtung, Vorurteil, das in den westlichen Ländern gegenüber meiner Herkunft besteht? Bedeutet Verwestlichung auch Illoyalität gegenüber den Gruppen in der eigenen Gesellschaft, für deren Lage man als junger Mensch mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsgefühl besondere Sensitivität hat?

Als Zwischenergebnis lässt sich formulieren: In marginalen Positionen besteht eine bestimmte Wahrscheinlichkeit der Herausbildung von Marginalität; sie ist aber nur eine und mit Sicherheit nicht die verbreitetste von mehreren möglichen Verhaltenstendenzen in marginalen Positionen. Assimilierung, Herkunftsorientierung oder duale Orientierung sind quantitativ wesentlich bedeutsamer. Festzuhalten bleibt aber als zentrale Hypothese, dass bei Herausbildung von Marginalität eine besondere Rezeptivität für das Werben fundamentalistischer Organisationen gegeben ist.

### **Marginalität und die „Angebotsstruktur“ islamistischer Organisationen**

Marginalität ist ein für das Individuum belastender Zustand. Was können fundamentalistische Organisationen anbieten, um diesen Zustand überwinden zu helfen?

Nicht zu unterschätzen sind vermutlich bestimmte materielle Dienstleistungen, die vor allem für Neuzuwanderer attraktiv sind und die es der werbenden Organisation ermöglichen, erst einmal Kontakt und später Vertrauen aufzubauen. Aber der Kern der für Marginalität attraktiven Angebotsstruktur dürfte woanders liegen. Als straff geführte Organisation mit Sektencharakter und forderndem Mitgliederstatus vermitteln islamistische Organisationen ein stabiles Zugehörigkeitsgefühl und eine soziale Identität. Für marginal men beenden sie die Zugehörigkeitsunsicherheit.

Weiterhin: Ein geschlossenes und schlüssig erscheinendes Weltbild, das die Organisationen zu vermitteln suchen, kann aus den Orientierungsunsicherheiten und Glaubenszweifeln herausführen und kognitive und Glaubenssicherheit anbieten. In seiner Studie des sogenannten islamistischen Kalifenstaats von Metin Kaplan portraitiert Schiffauer einen Jugendlichen, Migrant der zweiten Generation, der Mitglied dieser islamistischen Organisation geworden ist. Schiffauer schreibt von ihm: „Seyfullah verwies ... auf die innere Konsistenz von Kaplans Denken: Dies sei vollkommen logisch. Da ist nichts, was sich widerspricht, weder vom islamischen noch vom logischen Standpunkt aus ... Also es ist wie in der Mathematik, wenn man klare Funktionen ableitet ... Kaplans Denken bot ihm eine ‚Formel‘, aus der er alles andere

ableiten konnte, einen intellektuell befriedigenden Fluchtpunkt, von dem aus sich seine Welt perspektivisch neu ordnete.“<sup>12</sup>

Gegenüber empfundener Handlungssohnmacht vermitteln islamistische Organisationen eine Handlungsperspektive, die dem idealistisch denkenden Menschen als Beitrag oder einzig richtiger Weg zur Beendigung von Ungerechtigkeiten dargestellt wird. Sie scheinen Antworten zu bieten auf die als Demütigung der islamischen Welt empfundene Politik westlicher Mächte.

Mit dem Sektencharakter islamistischer Organisationen hängt zusammen, dass sie sich als religiöse, moralische und politische Eliten verstehen: für die Minderwertigkeitsgefühle und Selbstzweifel des marginal man ein attraktiver Weg aus diesen Problemen.

### **Empirische Belege**

Eine systematische Prüfung eines Zusammenhangs zwischen Marginalität und politischem und religiösem Extremismus, gerade auch für die Erklärung der Hinwendung zum Islamismus, liegt nicht vor. Wir können deswegen hier nur einzelne empirische Belege oder Hinweise für die Triftigkeit der Theorie zusammenstellen und Vorschläge für ein Forschungsprogramm machen.

Ein erster Hinweis stammt aus einem soziologischen Projekt über die RAF-Terroristen. Neidhardt ging der Frage nach, in welchen Merkmalen sich die späteren Terroristen von den zahlreichen anderen Mitgliedern der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre unterschieden, was relevante Merkmale ihrer Vorkarriere gewesen seien: „Die RAF entstand ... nicht aus einer Gruppenkarriere. Sie ist das Ausfallprodukt einer radikalisierten Szene und ihrer Gruppierungen, Resultat doppelter Marginalisierung, einer äußeren und inneren. Die späteren RAF-Terroristen gerieten einerseits in das allgemeine Protestmilieu einer gesellschaftlich zunehmend isolierten Studentenbewegung und ihrer Nachfolger, ohne sich andererseits in diesem integrieren zu können. Ihre Geschichte ist die Geschichte von Gruppendurchläufen, Eintrittten und Austritten – eine Geschichte mehrfach Versprengter. ... Sie [=RAF-Mitglieder] entstammen einer bestimmten politischen Subkultur, springen in dieser hin und her, stoßen sich ab und treffen sich am Ende an einem gemeinsamen Punkt.“<sup>13</sup>

Sie überwinden ihre Marginalität durch Begründung einer eigenen gewaltbereiten Gruppe, die ihre Mitglieder total einbindet. Nach der Anwendung von Gewalt und der folgenden Konspiration entwickeln sich dann allerdings Gesetzmäßigkeiten des Handelns, die über den Horizont der Marginalitätstheorie hinausgehen. Interessant an dem ehemaligen RAF-Mitglied Horst Mahler ist im übrigen, dass er jetzt eine neue totalitäre Heimat gesucht hat, die inhalt-

---

<sup>12</sup> Schiffauer (Fußnote 9), S. 285.

<sup>13</sup> Neidhardt (Fußnote 10), S. 340 f.

lich-ideologisch völlig anders verortet ist. Konstant ist nicht die Ideologie, sondern das Suchen nach Sicherheit in einer totalitären Organisation. Kennzeichnend ist der Mangel an Ambiguitätstoleranz, die Fähigkeit, mit Widersprüchen zu leben und nicht auf alle Fragen eine Antwort zu haben.

Bei der Frage der Rezeptionsbereitschaft für Islamismus hatten wir weiter oben zwischen Neuzuwanderern und der zweiten Migrantengeneration unterschieden. In Bezug auf die zweite Generation liegt eine kleine Fallstudie von Schiffauer im Rahmen seiner Untersuchung der Kaplan-Gruppe vor, die uns als Beleg für die Fruchtbarkeit des marginalitätstheoretischen Ansatzes erscheint. Die Geschichte von Seyfullah ist die einer Rebellion gegen das türkische Elternhaus, für die er Unterstützung in einer peer group deutscher Freunde findet. Die Eltern ziehen jedoch um und er wird von seiner peer group getrennt, eine vielleicht sogar von den Eltern mit dem Umzug gewünschte Wirkung. Seyfullah verliert seinen Gruppenrückhalt.

„Seyfullah wurde auf sich selbst zurückgeworfen. Dies führte zu einer Zuspitzung der Krise. In seiner Hilflosigkeit wandte er sich dem Islam zu.“<sup>14</sup> In diesem Such- und Orientierungsprozess kommt es zur Begegnung mit der islamistischen Kaplan-Gruppe. „Die Begegnung mit Kaplan erlaubt es Seyfullah, ein strukturelles Problem zu überwinden, das sich vielen jungen Deutsch-Türken stellt. Junge Immigranten stehen vor der Notwendigkeit, sich in zwei Lebensbereichen bewegen zu müssen, die sich kritisch bis ablehnend gegenüberstehen ... Die Verzweiflung darüber, sich nicht verständlich machen zu können, geht einher mit dem Erlebnis von Macht- und Hilflosigkeit. Die Begegnung mit Kaplan ermöglichte es Seyfullah in dieser Situation, ‚Boden unter die Füße‘ zu bekommen.“<sup>15</sup> Er überwindet seine Marginalität durch Beitritt zu einer islamistischen Gruppe.

Hinweise auf Marginalität gibt es auch bei den Hamburger Terroristen des 11. September und ihrem Unterstützerkreis. Sie sind überwiegend gebildete Neuzuwanderer, die Zugehörigkeits- und Kulturkonflikte zwischen ihrer Herkunft und schneller Verwestlichung während des Studiums zu erfahren scheinen.<sup>16</sup> Eine marginale Position und Marginalität scheint am klarsten bei dem untergetauchten Said Bajaja vorzuliegen, Sohn einer deutschen Mutter und eines marokkanischen Vaters, der in Deutschland aufwächst, dann mit neun Jahren nach Marokko umzieht, als Student nach Hamburg zurückkommt. „Natürlich war er für die Marokkaner ein Ausländer und für die Deutschen auch“ sagt seine Mutter Anneliese Bahajam.<sup>17</sup> Das sind klare Hinweise für das Vorliegen einer marginalen Position, wenngleich nicht unbedingt für

---

<sup>14</sup> Schiffauer (Fußnote 9), S.280.

<sup>15</sup> Ebd., S. 301.

<sup>16</sup> Vgl. Stefan Aust/Cordt Schnibben, (Hrsg.), 11. September. Geschichte eines Terrorangriffs, Stuttgart-München 2002, S. 173-175.

<sup>17</sup> Ebd., S. 197.

Marginalität, da es ja mehrere Wege aus marginalen Positionen gibt, wie z. B. Assimilierung oder eine duale oder multiple Orientierung.

Die Marginalitätstheorie der Erklärung islamistischen Extremismus unterstellt, dass die fundamentalistische Reaktion nicht aus dem Herkunftsland mitgebracht wird – wengleich nicht bestritten werden soll, dass es das gibt (z. B. bei Angehörigen der Moslebruderschaften aus Ägypten) – sondern dass sie sich als Reaktionsweise im Zuwanderungs- und Integrationsprozess bildet. Auch der Verfassungsschutzbericht 2001 geht bei den Hamburger Attentätern des 11. September davon aus, „dass diese Personen erst in den Jahren ihres Aufenthaltes in einem westeuropäischen Land zu Islamisten wurden und für den ‚Heiligen Krieg‘ (Jihad) rekrutiert worden sind.“<sup>18</sup>. Die Hinwendung aus dem belastendem Zustand der Marginalität hin zum Angebot der islamistischen Organisation bedeutet einen radikalen biographischen Bruch, eine Art Erweckungserlebnis, der das Leben in eine andere Bahn lenkt.

Für die Attentäter des 11. September und Helfer aus ihrem Umkreis gibt es viele Hinweise auf solche biographischen Brüche. „Als sie nach Hamburg kamen, waren ... [sie] noch ganz normale Leute, Muslime natürlich und fleißige Studenten.“<sup>19</sup> „Die Todespiloten, auch das steht für die Fahnder heute fest, waren noch keine Krieger des Dschihad, als sie nach Deutschland kamen. Erst später hatten sie ihr ‚Erweckungserlebnis‘.“<sup>20</sup> Oder: „Jedenfalls wandelte sich Jarrah vom Disco-Gänger zum Radikal-Muslim, der fünfmal am Tag betete. Er wollte, ... dass seine Freundin ein Kopftuch trage, und sogar ihre Hände sollte sie bedecken.“<sup>21</sup> Die Überwindung der Marginalität wird als Erweckungserlebnis erfahren. Ein solches Erweckungserlebnis kann auch anders als durch Überwindung von Marginalität begründet sein; aber die Überwindung von Marginalität durch Beendigung der Zugehörigkeits- und Orientierungsunsicherheit ist die Erfahrung einer biographischen Wende.

### **Islamismus als Therapie**

Nur kurz ansprechen können wir ein Muster der Hinwendung zum Islamismus, das ich als „Islamismus als Therapie“ bezeichnen möchte. An einer Darstellung von Heitmeyer, Müller und Schröder kann dieses Muster illustriert werden. Die Autoren berichten von einem zweiundzwanzigjährigen jungen Türken. „Wenn er von seiner Vergangenheit erzählt, malt er diese in düsteren Farben: ‚Mein Leben war Dreck, Spielhallen waren mein Zuhause, ich liebte Alkohol und deutsche Mädchen.‘ Jetzt fühlt er sich geläutert und glaubt an die Überlegenheit

---

<sup>18</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 302.

<sup>19</sup> Aust/Schnibben (Fußnote 16), S. 165.

<sup>20</sup> Ebd., S. 195.

<sup>21</sup> Ebd., S. 194

des Islam.“<sup>22</sup> Dass religiöser oder anderer Glaube stabilisierend wirken kann, ist natürlich ein bekanntes Phänomen. Attraktiv und wirksam für sucht- und verhaltensgefährdete Personen ist an Sekten aber darüber hinaus das strenge Regiment, das sie ihren Mitgliedern abverlangen und kontrollieren. Schwächen der Selbstkontrolle werden durch Fremdkontrolle kompensiert.

### **Die Schaffung islamischer Milieus durch islamistische Organisationen**

Wir sind in unserer bisherigen Diskussion immer von der Differenz islamischer Milieus und Organisationen und islamistischen Organisationen ausgegangen. Ein wichtiger Spezialfall ist jedoch die Schaffung islamischer Milieus durch islamistische Organisationen mit dem Ziel, auf diesem Wege für Islamismus zu rekrutieren. Die Organisation Milli Görüs (IGMG) mit ihren etwa 27.000 Mitgliedern und ihren sozialen und kulturellen Aktivitäten ist hierfür ein klassisches Beispiel. „Mit ihrem reichhaltigen Unterhaltungsprogramm stoßen die Fundamentalisten auf beachtliche Resonanz. Sie führen Wochenendfreizeiten und mehrwöchige Sommerlager durch. In Konkurrenz zu den westlichen Sportvereinen bieten sie Sportkurse an, beispielsweise für Fußball, Basketball und Volleyball, für Schwimmen, Ringen, asiatische Kampfsportarten ...“<sup>23</sup> Computer-Kurse, Näh- und Kochkurse, Reisen, Nachhilfeunterricht und weitere Aktivitäten gehören zum Programm einer umfassenden Kinder- und Jugendarbeit. „Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Anhänger der IGMG islamistische Ziele verfolgen oder unterstützen.“<sup>24</sup>

Die Methode von Milli Görüs als islamistischer Organisation besteht darin, ihre Ziele über vielfältige interessante und gewinnbringende Angebote als islamische Aktivitäten, gewissermaßen durch die Schaffung islamischer Milieus für Jugendliche und Erwachsene, zu verfolgen. Die Angebote überschreiten dabei, wie gesehen, weit den religiösen Bereich und reichen in die verschiedensten Lebensbereiche hinein. Durch die Angebote wird es möglich, eine Beeinflussungskette aufzubauen, zunächst Vertrauen zu schaffen und Dankbarkeits- und Verpflichtungsgefühle aufzubauen. Durch Überzeugung, Überredung, Gruppen- und Konformitätsdruck, durch selektive Informationen oder Informationsmanipulation, durch das Ansprechen von Gefühlen und weitere Methoden der Einflussnahme kann man dann versuchen, Personen für den Islamismus zu gewinnen, ohne dass z. B. Marginalität vorliegt.

---

<sup>22</sup> Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller/Helmut Schröder, Verlockender Fundamentalismus, Frankfurt 1997, S. 16.

<sup>23</sup> Spuler-Stegemann (Fußnote 8), S. 97.

<sup>24</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 302.

## **Ergebnis und Ausblick**

Auf der Basis der Marginalitätstheorie kann als vorläufiges Ergebnis der Argumentation angenommen werden, dass die Ausgangsfrage „Islamische Milieus: Rekrutierungsfeld für islamistische Organisationen?“ eher zu verneinen sind. Wenn Personen in islamischen Milieus der ethnischen Kolonie integriert sind, haben sie kein Zugehörigkeitsproblem; ebenso wenig besteht ein Zugehörigkeitsproblem bei voller Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft, was deren Offenheit voraussetzt. Dann, wenn sich islamische Milieus auflösen oder nur geringe Integrationskraft haben bei gleichzeitig schwierigem Zugang in die Mehrheitsgesellschaft, entstehen marginale Positionen. Anfällig für Fundamentalismus und das Werben islamistischer Organisationen sind darum nach der Marginalitätstheorie Personen, die weder in die ethnischen Milieus noch in die Mehrheitsgesellschaft integriert sind.

Anfällig für Islamismus als Therapie sind verhaltensauffällige oder suchtgefährdete Personen, die in den Einflussbereich islamistischer Gruppen geraten und das Korsett strenger Regeln und Vorschriften in einer sektenhaften Gruppe zur Verhaltensstabilisierung benötigen.

Anfällig sind schließlich Personen, die in die Beeinflussungsmaschinerie von Organisationen wie der Milli Görüs hineingeraten.

Angesichts der schmalen empirischen Basis vor allem der marginalitätstheoretischen Interpretation erscheint ein Forschungsprogramm dringend, das zunächst über intensive qualitative Forschung und – nach dem methodologischen Paradigma der grounded theory vorgehend – die systematische Weiterentwicklung von Hypothesen schließlich den weiter entwickelten theoretischen Ansatz an größeren Fallzahlen überprüft.

Richard Stöss

## **Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen**

### **1 Problemstellung**

Es scheint mir für den Zweck dieses Beitrags entbehrlich, auf die Diskussion über den vieldeutigen Begriff der Globalisierung einzugehen. Unstrittig ist, dass die rasch voranschreitende Verdichtung und „räumliche Erweiterung von ökonomischen, kulturellen und politischen Beziehungen sowie die wechselseitige Verflechtung (Interdependenz) von Akteuren und Problemlagen“<sup>1</sup> nationale, regionale und selbst kommunale Entwicklungen prägt und das Denken und Handeln der Menschen beeinflusst. Einvernehmen besteht auch darüber, dass die Folgen der Globalisierung widersprüchlich sind. Auf der einen Seite befördert sie – vor allem in den modernen Industriegesellschaften – Entgrenzung, Freiheitsgewinne, Mobilität, Erkenntnisfortschritte, Horizonterweiterung und Wohlstand. Auf der anderen Seite gehen von der Globalisierung aber auch enorme Bedrohungen und Risiken aus: Armut, Verelendung, ökologische Katastrophen usw.

Mit Blick auf die Ursachen des Rechtsextremismus sind hauptsächlich vier Faktoren hervorzuheben:

- Migration: Das weltweit zunehmende soziale Gefälle zwischen Wohlstandsinseln und Armutsregionen, die innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen – weithin gewaltsam ausgetragenen - Konflikte in der „Dritten Welt“ sowie die Verfolgung von politischen, ethnischen und religiösen Gruppen nehmen zu und verstärken Wanderungsbewegungen gerade auch in die entwickelten Industriestaaten. Diese internationalen Migrationen dürften weiter anwachsen und „Dimensionen annehmen, die sich allen Steuerungs-, Regelungs- und Kanalisierungsversuchen entziehen.“<sup>2</sup>
- Standortwettbewerb: Mit zunehmender Globalisierung der Wirtschaft, insbesondere der Finanzmärkte, verschärft sich der Wettbewerb zwischen Standorten um Investitionen. Standortpolitik bedeutet aber nicht nur Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, sondern vielfach auch Lohnsenkung, Abbau von Sozialleistungen und

---

<sup>1</sup> Tobias Debiel, Globale Entwicklung, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, 4. Aufl., München 1996, S. 232-237, hier S. 233.

<sup>2</sup> Klaus Segbers, Entstehungsursachen und Entwicklungstrends von Wanderungsbewegungen, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen, Einwanderung, Asylpolitik, Köln 1993, S. 17-32, hier S. 18.

geringe Umweltstandards. In den westlichen Industriegesellschaften steht Modernisierung zumeist für Deregulierung, Kostensenkung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Bei unzureichender Modernisierung drohen Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer. In den Sektoren der Wirtschaft, die sich dem internationalen Wettbewerb nicht gewachsen fühlen, mehren sich Forderungen nach staatlichem Schutz (Subventionen, Protektionismus) vor unliebsamer Konkurrenz.

- Grenzüberschreitende Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten: Gegenwärtig sind weltweit über 100 Millionen Menschen arbeitslos, und das rasche Wachstum der Weltbevölkerung wird die Arbeitsmärkte verstärkt unter Druck setzen. Die Folgen sind nicht nur Arbeitsmigration und der Export von Arbeitsplätzen, sondern auch die Internationalisierung von Arbeitsmärkten. In den Industriestaaten sind falsch oder gering qualifizierte Personen im Wettbewerb mit Arbeitnehmern aus der „Dritten Welt“ oder aus Osteuropa benachteiligt und ständig von Arbeitslosigkeit bedroht. Und diejenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen, neigen nicht selten dazu, ihre Privilegien rabiat zu verteidigen.
- Standortnationalismus: Oft singen Modernisierungsverlierer und Wohlstandschauvinisten gemeinsam mit dem durch die Globalisierung bedrohten Mittelstand das Hohelied des „Standortnationalismus“.<sup>3</sup> Damit ist eine Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit zur „Begünstigung ‚eigener‘ Unternehmen, Produktionsstätten und Arbeitsplätze“<sup>4</sup> und zur Abwehr fremder Ansprüche und äußerer Bedrohungen gemeint.

Wenn Globalisierung der Entstehung bzw. Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leisten sollte, was in der Literatur behauptet wird und auch durchaus plausibel erscheint, dann dürfte er sich aus ihren Bedrohungen und Risiken speisen. Denn Rechtsextremismus gedeiht zumeist in Zeiten grundlegenden sozioökonomischen und/oder politischen Wandels, wenn der Verlust von Macht, Privilegien oder Sozialprestige für spezielle soziale Gruppen droht bzw. bereits eingetreten ist, wenn sich einzelne Gruppen oder sogar ganze Völker gegenüber anderen benachteiligt, zurückgesetzt oder bedroht fühlen.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Christoph Butterwegge, Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998, S. 147-161; ders, Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52 (2001) 11-12, S. 726-730.

<sup>4</sup> Ebd., S.157.

<sup>5</sup> Vgl. Richard Stöss, Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368, Bonn 2000, S. 101-130, hier S. 106.

Aus der Sicht der empirischen Sozialforschung ist allerdings erklärungsbedürftig, wie sich derartige Entwicklungen auf der individuellen Ebene als rechtsextreme Einstellungen niederschlagen.

Bei der Beantwortung der Frage nach den Beziehung zwischen Globalisierung und Rechtsextremismus steht die Forschung vor dem Problem, die Makroebene mit der Mikroebene, also gesamtgesellschaftliche (hoch aggregierte bzw. sehr allgemeine) Merkmale mit individuellen (sehr speziellen) Merkmalen in Beziehung zu setzen. Dieses Problem ist nicht neu. Es wurde in der empirischen Konfliktforschung durch die Ermittlung von intervenierenden Variablen zwischen allgemeinen Umwelteinflüssen und individuellen Einstellungen bzw. Verhaltensweisen gelöst.

Mein Referat gliedert sich folglich in drei Abschnitte. Zunächst werden ich mich mit den intervenierenden Variablen befassen. Dann erfolgt eine Betrachtung der Umwelteinflüsse, wobei es sich hauptsächlich um den sozialen Wandel und die Globalisierung handelt. Und schließlich wende ich mich der Situation des Rechtsextremismus unter dem Einruck der Umwelteinflüsse zu.

Da bislang keine Untersuchungen über den Zusammenhang von Globalisierung und rechtsextremen Einstellungen vorliegen, muss ich mich in diesem Beitrag auf empirisch gestützte Vermutungen beschränken.

## **2 Intervenierende Variablen zwischen Umwelteinflüssen und individuellem Rechtsextremismus**

### **a) Unzufriedenheit**

Unter den intervenierenden Variablen zwischen allgemeinen Umwelteinflüssen und individuellen rechtsextremen Einstellungen bzw. Verhaltensweisen spielt das Unzufriedenheitstheorem eine hervorragende Rolle.

Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition, Widerstand und Gewalt hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen.<sup>6</sup> Auf der individuellen Ebene geht es letztlich um die Wahrnehmung und Verarbeitung von Ungleichgewichtszuständen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. Max Kaase, Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart 1978.

<sup>7</sup> Vgl. Jürgen Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme, in: Schubarth/Stöss (Fußnote 5), S. 38-68, hier S. 54 ff.

Schon Ernst Bloch hatte den Faschismus der Zwischenkriegszeit als „Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit“ bezeichnet.<sup>8</sup> Damit sind widersprüchliche Entwicklungen in einer Gesellschaft gemeint: Modernisierung in einem Bereich - Stillstand oder Rückständigkeit in einem anderen, Demokratisierung hier - autoritäre Strukturen dort, Bedeutungsgewinn der Mittelschichten – Niedergang der Bauernschaft oder der Arbeiterklasse. Die Bedrohung des sozialen Status gilt als eine wichtige Ursache für die Hinwendung zum Rechtsextremismus. Nach den wegweisenden Aufsätzen von Lipset und Hofstadter aus dem Jahr 1955 hat die radikale Rechte in den USA („McCarthyism“) in dem Maß an Bedeutung gewonnen, wie die Zahl der Personen zugenommen hat, die ihren Status gefährdet oder keine Möglichkeit sahen, ihren Status zu verbessern.<sup>9</sup>

#### b) Relative Deprivation

Auf die Diskrepanz von Erwartungen bzw. Ansprüchen und Realität zielt auch das Konzept der relativen Deprivation (Unterversorgung mit lebenswichtigen bzw. für lebenswichtig erachteten Gütern oder Dienstleistungen). Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichgewichte in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Allgemeiner formuliert ist relative Deprivation das „Ergebnis sozialer Ungleichheit in der Verteilung von Werten oder angestrebten Gütern.“<sup>10</sup> In dem maßgeblich von Ted R. Gurr ausgearbeiteten Konzept spielt gerade die Kluft zwischen Werterwartungen und Wertrealisierungen eine wichtige Rolle, wobei „unerfüllte Erwartungen in Bezug auf niemals erreichte Werte“ weniger Unzufriedenheit erzeugen als der „Abbau einer bereits erreichten Wertposition.“<sup>11</sup> Unzufriedenheit erwächst also nicht nur aus materieller (ökonomischer, sozialer), sondern auch aus ideeller Deprivation, was für die Ursachenanalyse des Rechtsextremismus besonders bedeutsam ist.

Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher „modernen“ und eher „traditionellen“ Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sek-

---

<sup>8</sup> Vgl. Ernst Bloch, Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1978, S. 182-204.

<sup>9</sup> Vgl. Seymour Martin Lipset, The Sources of the „Radical Right“, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right. The New American Right expanded and Updated, Garden City 1964 (urspr. 1955), S. 307-371; Richard Hofstadter, The Pseudo-Conservative Revolt, in: ebd., S. 75-95.

<sup>10</sup> Kaase (Fußnote 6), S. 23.

<sup>11</sup> Ted Robert Gurr, Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg, Düsseldorf-Wien 1972 (ursprünglich: Why Men Rebel, 1970), S. 346 f.

tors sind spezifische Berufsgruppen (z.B. Bauern, Landarbeiter, Facharbeiter im Montanbereich, ungelernte Arbeiter) von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammebelegschaften zumeist langfristig sichere Arbeitsplätze und hohe berufliche Qualifizierung bieten können. Zugleich bahnen sich weitergehende Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-)Selbständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion auflösen oder gefährden oder doch mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern, der seit den achtziger Jahren in den entwickelten Gesellschaften Europas als wichtige Ursache für den Aufstieg des „neuen“ Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unsicherheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden.

### **3 Umwelteinflüsse**

Auf der Suche nach aktuellen Umwelteinflüssen, die Unzufriedenheit im allgemeinen und Statusängste oder relative Deprivation im besonderen erzeugen und auf diesem Wege Rechtsextremismus bewirken, stoßen wir in der Forschungsliteratur zunächst auf den sozialen Wandel. Globalisierung ist erst neuerdings hinzu gekommen, sie setzt gewissermaßen auf den sozialen Wandel auf.

#### **a) Sozialer Wandel**

Rascher sozialer Wandel bedeutet zumeist die Auflösung von bestehenden Normen und Bindungen. Viele Menschen sind mit den dabei zu erbringenden erheblichen Lern- und Anpassungsleistungen überfordert und reagieren darauf mit Anomie, mit Gefühlen also wie Einsamkeit, Verunsicherung, Macht- und Hilflosigkeit. Um Anomie abzuwehren, sucht das Individuum nach stabilen Ordnungsmustern, die Sicherheit und Geborgenheit versprechen. Nach Scheuch/Klingemann besteht eine Ungleichzeitigkeit zwischen dem ständigen sozio-ökonomischen Wandel und den relativ stabilen Wertemustern in einer Gesellschaft. Diese widersprüchlichen Situation erzeuge Desorientierung und Verhaltensunsicherheit bzw. das Bedürfnis nach starren Orientierungssystemen, wie Rigidität,

Konventionalismus oder Dogmatismus. Im Rechtsextremismus sehen beide Autoren daher eine „normale“ Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften.<sup>12</sup>

Im Kontext des sozialen Wandels moderner Industriegesellschaften wird der (vor allem jugendliche) Rechtsextremismus auch mit den damit verbundenen Individualisierungstendenzen erklärt.<sup>13</sup> Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Menschen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Resistenz gegen rechtsextreme Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten.

Der Individualisierungsthese in der Jugendsoziologie entspricht in etwa die Flexibilisierungsthese in der Wahlsoziologie.<sup>14</sup> Mit der Entwicklung der Bundesrepublik von einer industriellen zu einer postindustriellen (Dienstleistungs-) Gesellschaft verlören die für die klassische Industriegesellschaft typischen Konfliktlinien zunehmend an Bedeutung. Die daraus gewachsenen dauerhaften Allianzen zwischen sozialen Klassen bzw. Gruppen und Parteien lösten sich auf. Infolge der sozialen Differenzierung hätten sich die großen Volksparteien hinsichtlich ihrer sozialen Basis und ideologisch-programmatisch einander angeglichen, rivalisierten auf dem Wählermarkt um die besonders flexible Mitte und vernachlässigten ihre Kernwählerschaften. So habe sich ein erhebliches Potenzial von ungebundenen, unzufriedenen und stimmungsabhängigen Personen entwickelt, das besonders zur Nichtwahl oder zur Wahl von demagogischen Populisten neige.<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> Erwin K. Scheuch./Hans D. Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen 1967, S. 11-29.

<sup>13</sup> Vgl. v.a. Wilhelm Heytmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim-München 1987.

<sup>14</sup> Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1993, S. 50-61; Jürgen Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994.

<sup>15</sup> Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1993, S. 36-49.

## b) Globalisierung

Nicht nur mit Blick auf die allgemeinen Ursachen des Rechtsextremismus besteht ein enger Zusammenhang zwischen sozialem Wandel und Globalisierung. Globalisierung verstärkt oft nur Unzufriedenheit oder relative Deprivation, die aus dem sozialen Wandel resultieren. Aber sie erzeugt auch zusätzliche Probleme, die die weitere Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen.

### *Zerfall der Nationalstaaten*

Der Staat ist die politische Organisation eines Volkes. Sie verfügt über die „höchste und unwiderstehliche Gewalt über die Bewohner eines bestimmten Territoriums.“<sup>16</sup> Die Einheit von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt unterliegt im Zeichen der Globalisierung einer schleichenden Erosion. Nationale Regierungen übertragen nämlich zum Zweck kollektiver Problemverarbeitung zunehmend Kompetenzen auf supranationale Organisationen. Grenzüberschreitende Politik liegt in Anbetracht zunehmender Wirtschaftsverflechtung und wachsender Internationalisierung von Problemlagen durchaus im Interesse der Nationalstaaten, rüttelt zugleich aber an ihren Grundfesten. Denn dadurch gehen genuin staatliche Hoheitsrechte an externe Regime über: „Der Staat konzentriert nicht mehr die gesamte legitime Zwangsgewalt in sich, sondern teilt sie mit anderen, nicht staatlichen, aber auch nicht privaten Institutionen.“<sup>17</sup> Da supranationale Regime unter Konsenszwang stehen, neigen sie zu einer „Politik niedriger Standards“, zur „Harmonisierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner“<sup>18</sup> oder sogar zu Passivität. Die politische Schwäche supranationaler Regimes ermöglicht die Vorherrschaft der Ökonomie über die Politik. Auch die nationalen Regierungen büßen an Steuerungsfähigkeit ein, weil die Verhältnisse in ihrem Staatsgebiet vermehrt von globalen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen abhängen, auf die sie keinen Einfluss haben. Während die aus dem sozialen Wandel resultierenden Entwurzelungsprozesse und die damit verbundenen Statusängste und Anomiegefühle aktive staatliche Daseinsfürsorge und Einheitsbildung erforderlich machen, schwächt Globalisierung die Fähigkeit nationaler Regierungen zu effizienter Problemlösung. Insbesondere nationale Maßnahmen zur Abschwächung oder gar Beseitigung der zunehmenden sozialen Ungleichheit, vor allem zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit, erweisen sich als wenig aussichtsreich, weil die meisten der begünstigten Wirtschaftsteilnehmer (also die großen Unternehmen) über keine oder nur schwache territoriale Bindungen verfügen und mithin der Gewalt der Einzelstaaten nicht oder nur bedingt unterworfen sind.

---

<sup>16</sup> Dieter Grimm, *Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. Main 1987, S. 53.

<sup>17</sup> Ebd., S. 81.

<sup>18</sup> Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch, *Regieren im dynamischen Mehrebenensystem*, in: Dies. (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 15-44, hier S. 27.

### *Entgrenzung*

Grenzen bieten Schutz vor äußeren An- und Eingriffen und ermöglichen die Regulierung externer Einflüsse, je nach dem, ob sie erwünscht oder unerwünscht sind. Nach innen kennzeichnen Grenzen einen Raum, einen einheitlichen Kommunikations-, Handlungs- und Wirkungszusammenhang, der durch Normen geregelt wird, auf die sich die dort Ansässigen verständigt haben, und der durch Werte geprägt ist, die die Bewohner im Laufe der Zeit entwickelt haben. Der begrenzte Raum ermöglicht Sicherheit, Integration und Gemeinschaft, er bietet Orientierung und Identität, schränkt allerdings auch Freiheit ein und legitimiert Zwang.

Die mit der Globalisierung einhergehenden Entgrenzungsvorgänge erweitern zwar die Freiheitsgrade der Menschen, fördern Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit und bereichern die heimische Kultur durch neue Impulse und Erfahrungen. Sie schmälern aber auch die Souveränität der Bewohner über ihren Raum, zwingen die Einheimischen, sich mit fremden Menschen und Gewohnheiten auseinander zu setzen, Vorurteile abzubauen und Immigranten zu integrieren. Entgrenzung kann das interne Konflikt- und Gefahrenpotenzial erhöhen und Desintegration und Orientierungslosigkeit Vorschub leisten. Entgrenzung bedeutet auch das Zusammenwachsen von ehemals separierten Gesellschaften. Kulturelle Eigenarten können verloren gehen, internationale Trends können nationale Kulturen beeinflussen oder gar prägen.

Globalisierung macht die Menschen „tendenziell heimatlos“ und sorgt „allenthalben für soziale und kulturelle Verunsicherung, indem die nationalstaatlichen Bindekräfte geschwächt und nationalstaatliche Zugehörigkeiten entwertet werden.“<sup>19</sup>

Der klassische Nationalstaat steht der Globalisierung tendenziell im Wege und wird sich daher langsam von der politischen Bühne verabschieden. Einige werden ihm keine Träne nachweinen, andere werden den Abschied bedauern, ihn aber für unvermeidlich halten. Und nicht wenige Menschen dürften seinen Abgang als Weltuntergang empfinden und sich der vermeintliche Katastrophe widersetzen. Hier liegt die Quelle für neonationalistische Bestrebungen.

### *Entwertung*

Werte stellen – kurz gefasst – Konzeptionen des Wünschenswerten dar, relativ stabile und weithin situationsunabhängige Überzeugungen, die das menschliche Verhalten regeln. Politische Werte beziehen sich auf die Beurteilung von politisch-gesellschaftlichen

---

<sup>19</sup> Bernhard Gill, Organisierte Gewalt als „dunkle Seite“ der Modernisierung. Vom nationalen Krieg zum transnationalen Terrorismus, in: Soziale Welt, 53 (2002) 1, S. 49-65, hier S. 60 f.

Verhältnissen und kennzeichnen grundlegende gesellschaftsgestaltende Zielvorstellungen.

Politik, die zunehmend von externen Einflüssen und von globalen ökonomischen Entwicklungen abhängig ist, konzentriert sich notgedrungen auf das unter diesen eingeschränkten Bedingungen Machbare und bedarf daher kaum der Werte als grundlegende Wegweiser politischen Handelns. Wertegebundene Politik erweckt im Übrigen Erwartungen, die sie selten einlösen kann. Die mit dem sozialen Wandel einhergehende Entideologisierung hatte bereits bewirkt, dass sich die linken und die bürgerlichen Volksparteien in programmatischer und praktischer Hinsicht immer ähnlicher werden. Mit dem Werteverlust der Politik setzt sich diese Entwicklung fort, so dass heute vielfach gar nicht mehr von Volksparteien, sondern von mit dem Staat verwachsenen Kartellparteien die Rede ist.<sup>20</sup> Sie bilden – so lautet die These - ein Machtkartell, um neuen Parteien den Zutritt zur staatlich-administrativen Sphäre und den dort vorhandenen Ressourcen fern zu halten. Jedenfalls haben die sozialdemokratischen Parteien unter dem Eindruck der „Krise des Wohlfahrtsstaates“ wesentliche Elemente des Neoliberalismus übernommen und sich damit den bürgerlichen Parteien weiter angenähert. Das - primär ökonomischer Rationalität folgende - neoliberale Denken durchdringt die westlichen Industriegesellschaften mehr und mehr und breitet sich von dort über den Globus aus, der aus der Sicht des Neoliberalismus vor allem aus Wirtschaftsstandorten und Absatzmärkten besteht.

Die allenthalben zu beobachtende Ausdünnung von politischen und kulturellen Werten bewirkt das Wiederaufleben längst überholt geglaubter oder auch neuer, in jedem Fall gegen die Globalisierung gerichteter Werte: Nationalismus, Ethnozentrismus und religiöser Fundamentalismus.

#### **4 Rechtsextremismus**

##### a) Rechtsextremismus unter den Bedingungen der Globalisierung

Da Globalisierung eine sehr diffuse Variable darstellt, die sich statistisch kaum mit Individualdaten in Beziehung setzen lässt, habe ich zunächst nach intervenierenden Variablen gesucht, die zwischen allgemeinen Umwelteinflüssen (dazu zählt in erster Linie der soziale Wandel und erst an zweiter Stelle die Globalisierung) und individuellem Rechtsextremismus vermitteln. Als besonders bedeutsame intervenierende Variable wurde Unzufriedenheit identifiziert, die allerdings erst dann zu unkonventionellem rechtsgerichtetem Denken und Handeln führt, wenn sie sich zu Statusangst und vor allem zu relativer De-

---

<sup>20</sup> Vgl. Richard S. Katz./Peter Mair, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, 1 (1995) 1, S. 5-28.

privation verdichtet. Da sich moderne Industriegesellschaften in atemberaubender Geschwindigkeit wandeln, erzeugen sie in Teilbereichen ständig Unzufriedenheit, Statusbedrohungen und relative Deprivation. Rechtsextremismus stellt folglich eine gängige Begleiterscheinung moderner Gesellschaften dar. Und daher ist es unmöglich, aus den komplexen Umwelteinflüssen die besonderen Wirkungen der Globalisierung für individuellen Rechtsextremismus herauszufiltern und zu messen. An dieser Stelle ist auch die quantitative empirische Sozialforschung auf Plausibilitätserwägungen angewiesen.

Globalisierung hängt eng mit dem sozialen Wandel zusammen, liefert aber zusätzliche Anlässe für Unzufriedenheit und verstärkt daher die normalen Statusbedrohungen und die relative Deprivation. Indem Globalisierung die Entgrenzung der Welt, Migration, die Auflösung der Nationalstaaten und den Werteverfall beschleunigt, bietet sie optimale Gelegenheitsstrukturen für rechtsextreme Bewegungen, Subkulturen und Organisationen und begünstigt die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und individuellen Präferenzen für rechtsextreme Parteien.

Denn das Wesen der rechtsextremen Ideologie besteht in der Synthese von Nationalismus und Ethnozentrismus. Nation und Volk stehen im Zentrum des Denkens und Handelns von Rechtsextremisten, und beides ist durch die Globalisierung existenziell bedroht. Dabei handelt es sich um eine qualitativ neuartige Bedrohung. Dass Nation und Volk existenziell bedroht sind, behauptet der Rechtsextremismus seit seinem Bestehen. Davon lebt er schließlich. Ging es dem bundesdeutschen Rechtsextremismus früher darum, das Deutsche Reich (in welchen Grenzen auch immer) wiederherzustellen, so steht er heute vor der Aufgabe, die Prinzipien Nation und Deutschtum als solche gegen die übermächtigen, „objektiven“ Globalisierungstendenzen zu verteidigen.

Neu ist weiterhin, dass dies auf die Rechtsextremismen aller Länder zutrifft. Früher hatte jeder Rechtsextremismus seine spezielle, durch besondere politische, ethnische oder territoriale Merkmale gekennzeichnete „nationale Frage“. Heute sind alle Rechtsextremismen in den westlichen Industriegesellschaften mit denselben Herausforderungen konfrontiert, und daher gleichen sich auch die Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus international an.

Dazu gehört auch, dass die etablierten Volks- oder Kartellparteien die Globalisierung mehr oder weniger als gegeben hinnehmen und sich darauf beschränken, unter den erschwerten Bedingungen möglichst effizient zu regieren. Sie agieren im Sog der Globalisierung anstatt sie politisch zu gestalten oder gar zu steuern, selbst wenn die Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf die ökonomisch-sozialen Vorgänge begrenzt sind. Dadurch sind sich die etablierten Parteien immer ähnlicher geworden. Infolge ihres Drangs in die Mitte haben sie an Profil und Dynamik und damit eben auch an Attraktivität bei den Wählern eingebüßt. Politik wird in den EU-Staaten von weithin abgehobenen politischen

Klassen gemacht, die die Bürger nur noch als Wähler wahrnehmen. Viele Bürger wollen sich aber nicht mehr nur als „Stimmvieh“ von den etablierten Parteien missbrauchen lassen und beklagen die Immobilität der Politik und die Missachtung der Sorgen, Bedürfnisse und Wertewartungen der „kleinen Leute“. Der zeitgenössische europäische Rechtsextremismus lässt sich auch als wertgebundene Rebellion der Modernisierungsverlierer und Privilegienverteidiger gegen die Globalisierung bezeichnen. War der Rechtsextremismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwiegend ein Mittelschichtenphänomen, so rekrutiert er sich heute zumeist aus den von der Globalisierung besonders betroffenen unteren Schichten.

Dies leitet zu einer dritten Novität über: Es bestehen gewisse Berührungspunkte zwischen der Globalisierungskritik von links und rechts. Vor allem altlinke, staatsfixierte Konzepte zur Beseitigung der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums bzw. zur Herbeiführung von mehr sozialer Gerechtigkeit erfreuen sich zunehmender Akzeptanz bei der extremen Rechten, und deren Nationalismus findet sich wenigstens ansatzweise im standortnationalistischen Denken der alten Linken wieder. Der neuerdings vielfach beschworene Hinweis auf den Nationalbolschewismus ist zwar unzutreffend, weil von einer Zusammenarbeit extrem linker und extrem rechter Gruppen nicht die Rede sein kann. Aber im Denken vieler Menschen lassen sich diese Links-Rechts-Konvergenzen durchaus nachweisen.<sup>21</sup>

#### b) Empirische Aspekte

Es spricht also vieles dafür, dass der kontemporäre Rechtsextremismus stark durch die Globalisierungsfolgen geprägt ist. Da der empirische Nachweis für den Verstärkereffekt nicht direkt zu erbringen ist, käme dieser Behauptung dann wenigstens eine gewisse empirische Evidenz zu, wenn die intervenierenden Variablen Globalisierungseffekte widerspiegeln.

Allerdings muss daran erinnert werden, dass die Ursachen des Rechtsextremismus nicht nur im sozialen Wandel und in der Globalisierung gesucht werden dürfen. Rechtsextremismus bedeutet - nicht nur nach meiner Definition - antidemokratisches Denken und Handeln. Demokratiefeindschaft stellt mithin eine zentrale Determinante des Rechtsextremismus dar, unabhängig davon, ob sie Ergebnis von aktuellen Umweltbedingungen oder Ausfluss von Persönlichkeitsmerkmalen (Autoritarismus, Dogmatismus etc.) ist. Rechtsextremismus darf nicht auf eine Begleiterscheinung des sozialen Wandels und der Globalisierung reduziert werden, er ist auch ein Kind der Moderne. Die Gegnerschaft zur

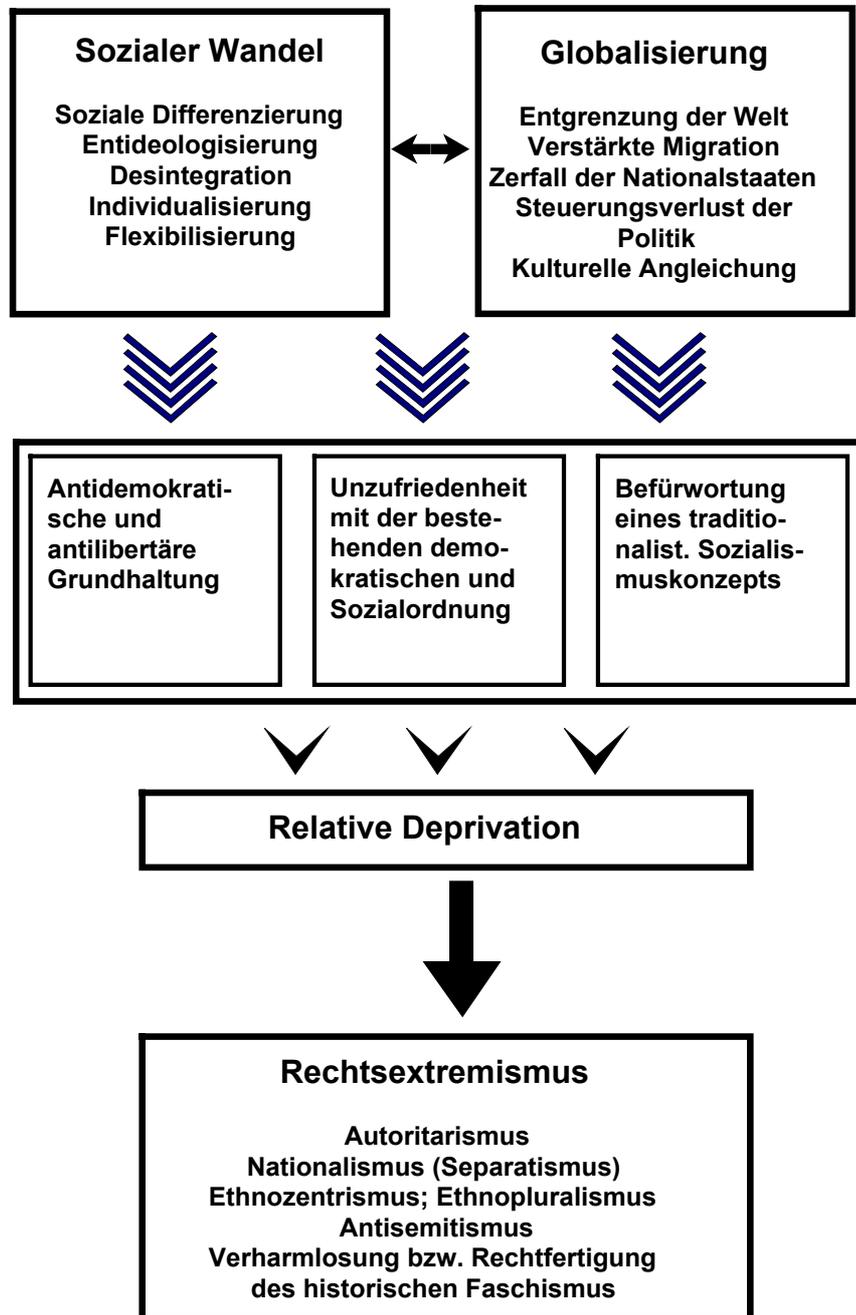
---

<sup>21</sup> Vgl. Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin 2001.

Demokratie bildet mithin eine Konstante in seiner Existenz, die Angst vor grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, vor Lern- und Anpassungsleistungen, die vorurteilsbehaftete Verarbeitung von Unzufriedenheit, Statusbedrohung und Deprivation und die Suche nach Sicherheit und Orientierung verbürgenden Werten oder Ideologien stellen veränderliche, historisch bedingte Determinanten des Rechtsextremismus dar. Demokratiefeindschaft muss also in die Ursachenanalyse mit einbezogen werden.

Insgesamt ergibt sich also folgendes Modell:

## Umwelteinflüsse, intervenierende Faktoren und Rechtsextremismus in westlichen Demokratien



Wie eingangs erwähnt, liegen keine Datensätze vor, die angemessene Variablen enthalten, um den Zusammenhang von Globalisierung und rechtsextremen Einstellungen umfassend zu analysieren. Es war mir nur möglich, einige Aspekte dieses Modells an verschiedenen Datensätzen zu testen. Ich verzichte daher darauf, die Untersuchungsergebnisse im Detail vorzustellen und belasse es bei einigen allgemeinen Anmerkungen zu den Befunden, die ich als Thesen verstanden wissen will:

- ▶ Bei den Umwelteinflüssen sind sozialer Wandel und Globalisierung schwer voneinander zu trennen. Im Bewusstsein der Menschen hängen beide Faktoren offenbar sehr eng miteinander zusammen. Bei der Herausbildung von rechtsextremen Einstellungen spielt die zunehmende Migration eine Schlüsselrolle. An zweiter Stelle steht die (vor allem transatlantische) Homogenisierung der Kultur. Beide Faktoren tragen in erheblichem Umfang zur Entstehung von Unzufriedenheit bei.
- ▶ Antidemokratische und antilibertäre Grundhaltungen befördern nach wie vor besonders stark die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen. Dies gilt auch für Personen, die keine relative Deprivation aufweisen. Anders gesagt: Rechtsextremismus *kann* durch Globalisierung (mit-)verursacht sein, muss es aber nicht. Die Bedeutung der Globalisierung für Rechtsextremismus sollte daher nicht überschätzt werden.
- ▶ Relative Deprivation korreliert nur schwach oder gar nicht mit antidemokratischen bzw. antilibertären Einstellungen. Ziemlich starke Zusammenhänge ergeben sich dagegen mit Unzufriedenheit mit der bestehenden demokratischen und der Sozialordnung sowie mit der Befürwortung eines traditionalistischen Sozialismuskonzepts. Bei der Ursachenanalyse sollte daher deutlicher als in meinem Modell zwischen antidemokratischem Denken und relativer Deprivation unterschieden werden.
- ▶ Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen relativer Deprivation und rechtsextremen Einstellungen. Relative Deprivation ist - wie Rechtsextremismus - überwiegend ein Unterschichtphänomen (geringe Bildung, geringes Einkommen, Selbstzuordnung zu einer unteren Schicht).
- ▶ Gerade bei Rechtsextremisten, die der Unterschicht zuzurechnen sind, bestehen starke Affinitäten zu einem traditionalistischen Sozialismuskonzept (starker Sozialstaat, Kapitalismuskritik, Umverteilung von oben nach unten etc.). Diese Verbindung ist in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägt, und zwar mehr noch bei Frauen als bei Männern.

- ▶ Insoweit Rechtsextremismus primär auf einer antidemokratischen bzw. antilibertären Grundhaltung fußt, umfasst er mehr oder weniger gleichmäßig alle Komponenten des rechtsextremen Einstellungsmusters. Insoweit er primär auf Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und auf relativer Deprivation beruht und sich damit auch aus den Globalisierungsfolgen speist, zielt er inhaltlich besonders stark auf Nationalismus und Ethnozentrismus (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus). Die übrigen Komponenten treten dagegen in den Hintergrund.

Fazit: Dass Globalisierung der Entstehung bzw. Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leistet, kann als gesichert gelten. Unklar ist bislang, in welchem Umfang das der Fall ist und wie sich Globalisierung und sozialer Wandel als Ursachenbündel gegeneinander abgrenzen lassen.

Armin Pfahl-Traugber

## **Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite?**

### **Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus**

#### **1 Einleitung: Begriffsbestimmungen, Fragestellungen und Forschungsstand**

„Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“, „Ein Ende der Globalisierung“ und „Globalisierung stoppen - stoppt die Weltpolizei USA!“ lauten die Mottos von drei Demonstrationen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Wollte man allein von derartigen Parolen auf die politische Ausrichtung der Teilnehmer schließen, dann dürfte eine Zuordnung allgemein zur politischen „Linken“ nahe liegen. Die Ablehnung der Globalisierung, die Klage über die Massenarbeitslosigkeit, die Kritik am Auseinanderklaffen von Arm und Reich und die Verurteilung der imperialen US-Politik gelten in ihrer Kombination als typische Positionen dieses politischen Lagers. Die Veranstalter der exemplarisch erwähnten Demonstrationen standen allerdings auf einer ganz anderen Seite, denn es handelte sich tatsächlich um Aufmärsche von Rechtsextremisten aus dem Umfeld der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Sie stellen mit dem besonderen inhaltlichen Bezug keineswegs Ausnahmefälle dar, greift man doch in diesem politischen Lager verstärkt das Themenfeld „Globalisierungskritik“ zu Agitationszwecken auf. Insofern gibt es eine Kritik der Globalisierung in Form einer politischen Bewegung nicht nur von Netzwerken wie „Attac“, sondern auch von bestimmten Rechtsextremisten.

Die Gruppierung „Attac“ zieht allerdings einen deutlichen Trennungsstrich: „Ausgeschlossen sind Neofaschisten, die immer mal wieder versuchen, mit nationalistisch, gar antisemitisch motivierter Kapitalismuskritik bei Attac unterzuschlüpfen. „Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.“<sup>1</sup> Diese Abgrenzung ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen politischen Grundpositionen und Milieus durchaus glaubwürdig. Gleichwohl bestehen hinsichtlich einiger zentraler Kernaussagen der geäußerten Kritik zumindest formale Gemeinsamkeiten, die bei den Rechtsextremisten aber in ganz anderen ideologischen Prägungen wurzeln. Hieraus ergeben sich besondere Fragestellungen: Die folgende Analyse will die Argumentationsweise und Bedeutung der Globalisierungskritik in den unterschiedlichen Bereichen dieses politischen Lagers beschreiben und einschätzen. Danach

---

<sup>1</sup> Christian Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002, S. 137.

soll nach den eigentlichen ideologischen Grundauffassungen hinter der formulierten Globalisierungskritik von Rechtsextremisten gefragt werden. Und schließlich geht es um eine Einschätzung des auf dieses Thema bezogenen Bewegungscharakters im rechtsextremistischen Lager und dessen gegenwärtiger und potenzieller gesellschaftlicher Bedeutung.

Analysen und Forschungen zu diesem besonderen Aspekt gibt es bislang noch nicht. Die wenigen Veröffentlichungen zum Themenkomplex „Globalisierung und Rechtsextremismus“ fragen hauptsächlich danach, inwieweit die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung Rechtsextremisten neue Anhänger- und Wählerpotenziale zutreiben können. Der Autonomieverlust des Nationalstaats, die sozialen Folgen wirtschaftlicher Umbrüche und die wachsenden Identitätsprobleme motivierten, so der Tenor dieser Arbeiten, Abwehrreaktionen zugunsten autoritärer Politikvorstellungen unter „rechten“ Vorzeichen.<sup>2</sup> Auch die wirtschaftspolitischen Positionen von Rechtsextremisten stellen bislang noch ein weitgehendes Desiderat der Forschung dar. Die wenigen Veröffentlichungen zu diesem Komplex unterstellen, dass in dem politischen Lager Auffassungen zugunsten einer freien Marktwirtschaft vorherrschen. Das sozialdarwinistische Prinzip der Durchsetzungsfähigkeit des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren entspreche dem Ruf nach einer von sozialstaatlichen Einschränkungen weitgehend befreiten Wirtschaftsweise.<sup>3</sup> Dieser Auffassung widerspricht allerdings die antikapitalistische und prosozialistische Dimension bei Teilen des Rechtsextremismus in Geschichte<sup>4</sup> und Gegenwart<sup>5</sup>.

Vor einer ausführlichen Auseinandersetzung mit diesem Aspekt soll zunächst die Definition der für die vorliegende Analyse zentralen Arbeitsbegriffe erfolgen: Extremismus wird hier als Sammelbezeichnung für politische Bestrebungen gegen die Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates (aus politikwissenschaftlicher Sicht) oder gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (aus verfassungsschützerischer Sicht) verstanden.<sup>6</sup> Die Besonderheit des Rechtsextremismus (im Unterschied zum Linksextremismus) besteht in der ideologischen Begründung dieses Konflikt- und Spannungsverhältnisses, wobei folgende Merkmale auszumachen sind: erstens die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, womit Grund- und Menschenrechte herabgewürdigt werden, zweitens die Ideologie der Ungleichheit, die Angehörigen anderer Ethnien oder

---

<sup>2</sup> Vgl. Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt/M. 2001.

<sup>3</sup> Vgl. Herbert Schui/Ralf Ptak/Stephanie Blankenburg/Günter Bachmann/Dirk Kotzur, *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997.

<sup>4</sup> Vgl. Christoph H. Werth, *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die folgende Darstellung zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Grundpositionen im gegenwärtigen Rechtsextremismus, insbesondere im Umfeld der NPD.

<sup>6</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Politischer Extremismus - was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff*, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit*, Köln 2000, S. 185-211.

Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit einen geringeren Wert zuschreibt, drittens der politische Autoritarismus, der den Staat als die Gesellschaft einseitig dominierend betrachtet und viertens ein homogenes Gesellschaftsbild, das von der politischen Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Volkes ausgeht. Sammelbezeichnung meint in diesem Kontext, dass die Ideologieelemente sich sowohl inhaltlich als auch organisatorisch durchaus unterschiedlich artikulieren können.<sup>7</sup>

Während die Definition des Begriff Rechtsextremismus somit eine normative Dimension aufweist, soll der Terminus Globalisierung<sup>8</sup> hier im rein formalen Sinne verstanden werden. Er steht für die Ausweitung und Wechselwirkung unterschiedlicher Handlungszusammenhänge über die Grenzen einzelner Nationalstaaten hinaus. Entgegen einer ansonsten vorgenommenen Verengung des Begriffs auf derartige Entwicklungen im ökonomischen und sozialen Bereich sind solche Tendenzen auch auf kultureller, politischer und rechtlicher Ebene auszumachen. Exemplarisch lassen sich für diese Trends Veränderungen wie die weltweite Verbreitung von alltagskulturellen Gütern oder Wertvorstellungen, die Zunahme grenzüberschreitenden Austauschs von Dienstleistungen, Kapital und Waren oder der tendenzielle Souveränitätsverlust der Nationalstaaten gegenüber supranationalen Institutionen benennen.<sup>9</sup> Die Vielschichtigkeit des Phänomens nötigt somit zur Differenzierung hinsichtlich der angesprochenen Entwicklungen und führt zu Bewertungen, die durchaus unterschiedlich sein können. Übrigens stellt in dem definierten Sinne Globalisierung demnach kein originär neues Phänomen dar, es lässt sich allenfalls von einer Beschleunigung damit verbundener Entwicklungen in den letzten Jahren sprechen.

## **2 Die Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus**

Welchen Stellenwert besitzt die Ablehnung der Globalisierung für den organisierten Rechtsextremismus? Lassen sich in den unterschiedlichen Bereichen dieses politischen Lagers auch unterschiedliche Ausrichtungen und Gewichtungen des Agitationsthemas erkennen? Um diese Fragen zu beantworten, soll die Einstellung von Rechtsextremisten zur Globalisierung aufgegliedert nach den jeweiligen Handlungsebenen dargestellt und eingeschätzt werden. Zunächst geht es um die rechtsextremistischen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP), die das quantitativ größte Personenzentrum des Rechtsextremismus stellen und durch Wahlkandidatur direkt um gesellschaftliche Unterstützung für sich werben. Einen Sonderfall stellt demgegenüber die NPD dar, handelt es sich doch einerseits um eine Partei, die aber andererseits primär auf das Handlungsfeld „Aktion“ setzt. So kooperierte sie bei öffentlichkeitswirksamen Auftritten

---

<sup>7</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, München 1999, S. 11-20.

<sup>8</sup> Vgl. Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung?*, Frankfurt/M. 1997.

<sup>9</sup> Vgl. Ulrich Beck (Hrsg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/Main 1998.

teilweise mit Neonazis und Skinheads, wofür auch gemeinsame Demonstrationen gegen die Globalisierung stehen. Und schließlich soll die Auseinandersetzung mit diesem politischen Themenfeld im publizistischen Rechtsextremismus anhand drei intellektuell anspruchsvollerer Zeitschriften wie „Nation & Europa“, „Opposition“ und „Signal“ erörtert werden.

## 2.1 DVU und REP

Die gegenwärtig größte rechtsextremistische Partei ist die DVU<sup>10</sup>, die mit 15.000 Mitgliedern<sup>11</sup> die stärkste Organisation dieses politischen Lagers ist und Ende der neunziger Jahre in drei Landtage einziehen konnte. Da die überwiegende Mehrheit der Parteiglieder inaktiv ist, politisch arbeitende Strukturen weitgehend fehlen und den vereinzelt Wahlerfolgen mehr Wahlniederlagen gegenüberstehen, kann von einer Etablierung auch der DVU als Wahlpartei noch nicht einmal in Ansätzen gesprochen werden. Ihr lediglich sechs Seiten umfassendes Programm beschränkt sich auf zwölf allgemein gehaltene Punkte, die keine genaueren Angaben oder konkretere Forderungen enthalten. Das Thema Globalisierung wird darin nicht explizit angesprochen: Allenfalls lassen sich einem entsprechenden Diskurs die Forderungen nach der „Bewahrung der deutschen Identität“ oder „Kein Verzicht auf berechnete deutsche Interessen“ zuordnen. Wirtschaftspolitisch vertritt man widersprüchlich erscheinende Forderungen, die gleichzeitig das Senken von Abgaben und Steuern und umfangreiche Investitionen des Staates für die soziale Sicherheit der deutschen Arbeitnehmer verlangen. Insbesondere der Landwirtschaft und dem Mittelstand solle von staatlicher Seite geholfen werden.<sup>12</sup>

Auch wenn die von dem Parteivorsitzenden Gerhard Frey herausgegebene Wochenzeitung „National Zeitung“ (mit einer Auflage von 45.000 die am weitesten verbreitete rechtsextremistische Publikation) nicht als Parteiorgan angesehen werden kann, dient sie aufgrund der herausgehobenen Bedeutung und Funktion ihres Verlegers als Sprachrohr der DVU. Die Zeitung griff das Thema Globalisierung erst im Kontext der kommentierenden Berichterstattung über gewalttätige Ausschreitungen von linksextremistischen Globalisierungskritikern auf: „Das Märchen von der ‚rechten Gefahr‘ soll nur ablenken“ lautete der Tenor, denn: „Der Feind steht links!“<sup>13</sup> Die „äußerste Linke“ betreibe außerdem selbst „ganz massiv diese Globalisierung beispielsweise durch Förderung einer un-

---

<sup>10</sup> Vgl. Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend - Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998; Jürgen Hoffmann, Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 12, Baden-Baden 2000, S. 240-252.

<sup>11</sup> Alle Zahlenangaben - falls nicht anders angegeben - nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002.

<sup>12</sup> Vgl. Deutsche Volkunion (DVU) (Hrsg.), Partei-Programm, München o. J.

<sup>13</sup> Bruno Wetzel, Der Feind steht links! Das Märchen von der „rechten Gefahr“ soll nur ablenken, in: National-Zeitung, Nr. 28 vom 6. Juli 2001, S. 3.

differenzierten freien Masseneinwanderung aus aller Herren Länder nach Deutschland und Österreich.“<sup>14</sup> Überdies stellt man in einigen Beiträgen den Globalisierungsprozess in den Kontext von Weltbeherrschungsabsichten ungenannter Akteure: „Die Vorstellung mancher Kreise, die ganze Welt unter ihre Kontrolle zu bringen, ist wahnhaft wie nie zuvor.“ Die Globalisierung habe mittel- und langfristig wegen der Weltbevölkerungsentwicklung und daraus folgender zunehmender nationalistischer Reaktionen keine wirkliche Chance.<sup>15</sup>

Als zweitwichtigste rechtsextremistische Partei gelten die REP<sup>16</sup>, die über 11.500 Mitglieder verfügen und ebenfalls als Wahlpartei nicht etabliert sind. An die Wahlerfolge Ende der achtziger Jahre konnte die Partei in den neunziger Jahren nicht mehr anknüpfen. Zwar gelang den REP 1992 und 1996 mit Zustimmung von um die zehn Prozent der Stimmen zweimal hintereinander der Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg. 2001 erhielten sie aber nur noch 4,4 Prozent der Stimmen und verloren damit ihre letzte Vertretung in einem Länderparlament. In dem Parteiprogramm von 2002 gehen die REP in einem gesonderten Abschnitt auch auf das Thema „Globalisierung“ ein, bleiben dabei aber bei allgemeinen Aussagen stehen. Dort heißt es: „Die gegenwärtige Globalisierung kennt weder Gleichberechtigung noch Selbstbestimmung, sondern nur das Recht des Stärkeren.“ In einer schrankenlosen Konkurrenz setze sich wirtschaftliche Macht gegen die berechtigten Interessen der Menschen durch. Der weltweite Wettbewerb ohne staatliche Beeinflussung werde dazu genutzt, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen, die Löhne zu drücken und Sozialleistungen abzubauen. „Dabei bedeutet Globalisierung weitgehend Amerikanisierung, da die USA über die größte wirtschaftliche Macht verfügen.“<sup>17</sup>

Mit derartigen Aussagen nehmen die REP in gewissem Maße Abstand von früheren wirtschaftspolitischen Positionen, die stärker auf eine freie Marktwirtschaft setzten und sozialstaatliche Regelungen kritisierten. Allerdings kommt derartige Kritik bezogen auf die Globalisierung nur geringe Bedeutung in der Gesamtagitation der Partei zu. Es finden sich in Erklärungen und in der Parteipresse nur selten Ausführungen zu dieser Thematik. Allenfalls wird die Globalisierungsperspektive als Gegenbild zur angestrebten ethnischen und politischen Gemeinschaft kritisiert. Exemplarisch dafür stehen folgende Ausführungen des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer vor dem Bundesparteitag 2000: „Nation und nationale Identität stehen einer universalistischen Weltkultur gegenüber, die als zwangsläufige Folge der Globalisierung beschworen wird. Wir stellen dieser Globalisierungsu-

---

<sup>14</sup> Der Einwanderungs-Wahn, in: National-Zeitung, Nr. 34 vom 17. August 2001, S. 1.

<sup>15</sup> Bernhard Barkholdt, Wenn es erst 10 Milliarden Menschen gibt ... Weltbevölkerung, Globalisierung, Nationalismus, in: National-Zeitung, Nr. 4 vom 18. Januar 2002, S. 12.

<sup>16</sup> Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990; Steffen Kailitz, Die „Republikaner“ - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 13, Baden-Baden 2001, S. 139-153.

<sup>17</sup> Die Republikaner (Hrsg.), Programm. Politik für Deutsche, Berlin 2002, S. 14.

topie das Bild eines Gemeinwesens gegenüber, das seine Identität aus der gemeinsamen Sprache, der gemeinsamen Geschichte, dem gemeinsamen Schicksal, gemeinsamer Tradition und Brauchtum, einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen geistesgeschichtlichen Prägung bezieht.”<sup>18</sup> Hier wird die Globalisierung nicht mehr aus sozialpolitischen Auffassungen, sondern um der Wahrung der nationalen Identität willen kritisiert.<sup>19</sup>

## 2.2 NPD

Einen weitaus höheren Stellenwert als bei DVU und REP nimmt die soziale und wirtschaftliche Dimension der Globalisierungskritik in der NPD<sup>20</sup> ein, was sich auch aus deren in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vollzogenen Neuorientierung ergibt. Die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durch die Wahlerfolge in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bislang erfolgreichste rechtsextremistische Wahlpartei hatte seit Anfang der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre zunehmend an Bedeutung verloren. Ihre Mitgliederzahl schmolz bis 1996 auf 3.500 zusammen und Wahlergebnisse bewegten sich meist unter 0,5 Prozent der Stimmen. Der 1996 zum Parteivorsitzenden gewählte Udo Voigt brachte die NPD auf einen neuen Kurs: Insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden traten vor allem jüngere Männer der Partei bei und ließen deren Mitgliederzahl 2001 bis auf 6.500 anwachsen. Ideologisch erfolgte eine Abwendung vom besitzbürgerlich ausgerichteten Deutsch-Nationalismus hin zu einem „deutschen“, „nationalen“ bzw. „völkischen Sozialismus“. Strategisch setzte die Partei nicht mehr primär auf Wahlkandidaturen, bei denen man in der Regel doch lediglich unter einem Prozent der Stimmen erhielt, sondern auf Aufmärsche und Demonstrationen, zum Teil in Kooperation mit Neonazis und Skinheads.

Die für die Einstellung zur ökonomischen Globalisierung bedeutsamen sozial- und wirtschaftspolitischen Grundpositionen der NPD ergeben sich bereits aus dem knapp gehaltenen Parteiprogramm von 1997: Die Wirtschaft sei nicht autonom, sondern Teil des Ganzen. Sie müsse dem Volk dienen. Daher bekenne sich die Partei zu einem „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“. Zur Globalisierung heißt es wörtlich: „Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft beruht auf dem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch

---

<sup>18</sup> Rolf Schlierer, Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden vor dem Bundesparteitag in Winnenden, 18. November 2000, Manuskript, S. 9.

<sup>19</sup> Ein u.a. von einem früheren Parteimitglied verfasstes Buch kann den REP nicht gänzlich zugeschrieben werden. Vgl. Manfred Ritter/Klaus Zeitler, *Armut durch Globalisierung. Wohlstand durch Regionalisierung*, Graz 2000.

<sup>20</sup> Vgl. Horst W. Schmollinger, *Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Opladen 1984, S. 1922-1994; Armin Pfahl-Traughber, *Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Extremismus & Demokratie* 11, Baden-Baden 1999, S. 146-166.

Schaffung von wirtschaftlichen Monokulturen ... Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenerwerbslosigkeit geführt hat.“ Statt dessen fordert man eine „am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft“, die in einer Überschrift als „raumorientierte Volkswirtschaft“<sup>21</sup> bezeichnet, aber konzeptionell nicht näher beschrieben wird. Gleichwohl finden sich im Programm bereits grundlegende politische Positionen zur Globalisierung, die aufgrund der ihr unterstellten sozialen Folgen abgelehnt wird.

Diese Grundauffassungen schlagen sich auch in der Parteipresse wie der monatlich mit 10.000 Exemplaren erscheinenden „Deutschen Stimme“ nieder. Hierfür steht etwa der Artikel „Wirtschaftswachstum über alles? Kapitalistische Globalisierung = Schrankenlose Sklaverei!“, worin von einem von „multikulturellen Ideologen und Globalisierungsstrategen“ vorangetriebenem „Umvolkungsprozeß“ ebenso die Rede ist wie von der vom „internationalen Finanzkapital betriebene(n) brutale(n) kapitalistische(n) Globalisierung“.<sup>22</sup> Neben kritischen Aussagen zur Globalisierung finden sich in der „Deutschen Stimme“ auch Beiträge zu geforderten Alternativen wie in der Artikelserie „Gibt es einen Ausweg aus der Globalisierungsfalle?“. Dort werden angebliche Fehlkonstruktionen des Geldsystems wie der „zerstörerische Zinseszinsmechanismus“ kritisiert und Reformen wie die Umwandlung der Bundesbank in ein staatliches Währungsamt („Deutsche Notenbank“) vorgeschlagen.<sup>23</sup> Das Parteiorgan druckte außerdem Erklärungen bekannter NPD-Funktionsträger und anderer Rechtsextremisten zum Thema ab, so etwa den Text „Den Völkern die Freiheit - Den Globalisten ihr globales Vietnam!“, worin u.a. von der Fortexistenz eines seit 1914 bestehenden Krieges gegen das Deutsche Reich gesprochen wird.<sup>24</sup>

Auch zahlreiche Demonstrationen der NPD veranschaulichen den hohen Stellenwert der Globalisierungskritik als Agitationsfeld der Partei. Nach der Situation des eigenen Lagers und Bezügen auf historische Ereignisse bildete dieses Thema in jüngster Zeit das wichtigste Thema von NPD-Aufmärschen. Dazu einige Beispiele, wobei insbesondere die Mottos der Demonstrationen von Bedeutung sind: Am 1. Mai 2000 führte der NPD-Kreisverband Lahn-Dill einen Aufmarsch unter der Parole „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“ durch. Eine Demonstration des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 1. Mai 2001 stand unter dem Motto „Deutschland zuerst - gemeinsam für soziale Gerechtigkeit in einem Europa der Vaterländer - ge-

---

<sup>21</sup> Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (Hrsg.), Parteiprogramm, Stuttgart 1997.

<sup>22</sup> Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Kapitalistische Globalisierung = Schrankenlose Sklaverei!, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2001, S. 22.

<sup>23</sup> Vgl. Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Gibt es einen Ausweg aus der Globalisierungsfalle? (4), in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Oktober 2001, S. 22.

<sup>24</sup> Vgl. Den Völkern die Freiheit - Den Globalisten ihr globales Vietnam!, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Oktober 2001, S. 10.

meinsam die Globalisierung stoppen". Und die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) führte am 27. Oktober 2001 eine Demonstration in Heidelberg unter der Parole „Globalisierung stoppen - stoppt die Weltpolizei USA!" durch. Die relativ hohe Bedeutung des Themas für die NPD veranschaulicht auch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Globalisierung" im JN-Bundesvorstand und die Erstellung einer Internet-Plattform unter der Bezeichnung „www.gegen-globalisierung.de".<sup>25</sup>

### 2.3 Neonazis und Skinheads

In ähnlicher Form wie die NPD nutzen die Neonazis das Thema Globalisierung. Die als eigenständige Strömung des bundesdeutschen Rechtsextremismus erst Anfang der siebziger Jahre entstandenen Organisationen von Anhängern des historischen Nationalsozialismus mussten seit Beginn der neunziger Jahre eine Welle von Verbotsmaßnahmen hinnehmen.<sup>26</sup> In Reaktion darauf erfolgte eine tendenzielle Umstrukturierung, weg von festen Organisationen, hin zu eigenständigen Kleingruppen. In diesen „Nationalen Kameradschaften" bündeln sich die 2.800 Neonazis, die insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Aufmärsche auf sich hinzuweisen versuchen. Die dafür nötige Kampagnenfähigkeit ging nach den Organisationsverboten durch die Irritation der Szene, interne Differenzen und Verbote von Demonstrationen zeitweise zurück. Nachdem es dem Hamburger Neonazi Christian Worch allerdings mehrmals gelang, Demonstrationsverbote durch das Bundesverfassungsgericht aufheben zu lassen, stieg nicht nur die Zahl der Demonstrationen, sondern auch die Anhängerschaft der Szene. Eines der wichtigsten thematischen Bezugfelder bildete dabei neben den darauf anspielenden sozial- und wirtschaftlichen Positionen die Ablehnung der Globalisierung.

Dies dokumentieren einige Beiträge in dem in der Neonazi-Szene überaus wichtigen Magazin „Zentralorgan", wo in diesem Kontext etwa Beiträge gegen die Einführung des Euro erschienen. Davon gehe „eine enorme Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität Europas" aus. Es könne in keines „um die Zukunft Deutschlands und Europas besorgten Menschen Interesse liegen", den Euro einzuführen. „Profitieren werden davon nur diejenigen, welche die Welt im 19. Jahrhundert (Anm.: gemeint ist wohl das 20. Jahrhundert) bereits

---

<sup>25</sup> Vgl. Weltweiter Widerstand gegen die Globalisierung. Junge Nationalisten nutzen verstärkt neue Medien als politisches Forum, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/September 2001, S. 8; Alexander Delle, Mit modernen Methoden und Aussagen in die Zukunft. JN führen Bundeskongress in Mecklenburg-Vorpommern durch, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Oktober 2001, S. 12.

<sup>26</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Hitlers selbsternannte Erben: Die Neonazi-Szene. Zur Entwicklung einer rechtsextremistischen Subkultur, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Texte zur Inneren Sicherheit, Bd. I, Bonn 1997, S. 81-106; Armin Pfahl-Traughber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.) Extremismus & Demokratie 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173.

zweimal in alles vernichtende Kriege gestürzt“ hätten.<sup>27</sup> In anderen Beiträgen ist vom notwendigen „deutschen Protest gegen Ausbeuter, Globalisierer und andere Volksfeinde“ die Rede, führe doch die von den „Oneworld-Faschisten forcierte Globalisierung ... zu einer Entwurzelung der Unternehmen.“<sup>28</sup> Auch auf Flugblättern der Neonazi-Szene finden sich ähnliche Aussagen: So gab etwa die „Aktion ‚Nationalismus - Freiheit der Völker!‘“ einen Text unter dem Titel „Freiheit der Völker statt Oneworld der Ausbeuter!“ heraus, worin es u.a. heißt, nur das Kapital kämpfe international. „Im Zeichen der zunehmenden Globalisierung verschwimmen die Grenzen zwischen einzelnen Staaten immer weiter“. Die Völker würden sich in den „wirtschaftlichen Würgegriff einer globalen Machtclique begeben.“<sup>29</sup>

Eine derartige Agitation prägt nicht nur die Publikationen, sondern auch die Veranstaltungen von Neonazis. So rief etwa die „Bürgerinitiative für deutsche Interessen“ für den 1. Mai 2001 zu einen Aufmarsch unter dem Motto „Kampf der Arbeitslosigkeit - Kampf dem Euro - Für die DM und deutsche Interessen“ in Frankfurt/Main auf. Am 14. Juli 2001 führten „Freie Nationalisten“ unter dem Titel „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ einen Aufmarsch in Neubrandenburg durch. Die „Freie Kameradschaft Frankfurt/Oder“ organisierte mit dem „Bündnis rechts Brandenburg“ am 15. September 2001 eine Demonstration ebenfalls unter dem Motto „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ in Frankfurt/Oder. Und für den 1. Mai 2002 meldete der Neonazi Steffen Hupka einen Aufmarsch in Frankfurt/Main unter dem Titel „Gegen ein Europa der Konzerne - Vielfalt erhalten - Globalisierung bekämpfen!“ an. Auch hier zeigt der Vergleich mit anderen Demonstrationsthemen den relativ hohen Stellenwert des Themenfeldes für Neonazis. Nach der Situation des eigenen Lagers und der Erinnerung an historische Ereignisse bildet die Globalisierungskritik noch vor der Ausländerpolitik und dem Drogenmissbrauch ein wichtiges Themenfeld von neonazistischen Aufmärschen.

An diesen Kundgebungen beteiligen sich häufig auch rechtsextremistische Skinheads. Bei großen Teilen der ursprünglich unpolitischen Jugendkultur bildeten sich im Laufe der Zeit rechtsextremistische Orientierungen heraus.<sup>30</sup> Vergleicht man diese Entwicklung mit der von Parteien und Neonazis, so stellen die Skinheads das einzige Lager des Rechtsextremismus mit einer kontinuierlichen quantitativen Aufwärtstendenz (1991: 4.200; 2001:

---

<sup>27</sup> Vgl. Der Euro - Weg in die Katastrophe (I), in: Zentralorgan, Nr. 9/Frühjahr 2000, S. 6f., Der Euro - Weg in die Katastrophe (II), in: Zentralorgan, Nr. 10/Sommer 2000, S. 6f. Die Zitate finden sich im letztgenannten Artikel S. 7.

<sup>28</sup> Mobilisierungserfolg: über 3.000 Aktivisten auf der Straße!, in: Zentralorgan, Nr. 10/Sommer 2000, S. 11; Warum? ... marschieren wir am 1. Mai, in: Zentralorgan, Nr. 10/Sommer 2000, S. 13.

<sup>29</sup> Aktion „Nationalismus - Freiheit der Völker“ (Hrsg.), Freiheit der Völker statt Oneworld der Ausbeuter, Boizenburg o. J. (2001) (Flugblatt)

<sup>30</sup> Vgl. Klaus Farin (Hrsg.), Die Skins. Mythos und Realität, Berlin 1997; Christian Menhorn, Skinheads - Portrait einer jugendlichen Subkultur, Baden-Baden 2001.

10.400 Personen<sup>31</sup>) dar. Durch Freizeitmöglichkeiten und Gruppenbindungen sowie eine spezifische Mode und Musik wirken sie attraktiv auf Jugendliche aus bestimmten sozialen Zusammenhängen und konnten so Sympathie und Zulauf insbesondere in Ostdeutschland auslösen. Dort schmolzen zunehmend die Grenzen gegenüber NPD und Neonazis und es kam zu einer Vermischung der drei Teilbereiche des Rechtsextremismus. Gleichwohl versteht sich die Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads weiterhin als eigenständige Subkultur und lässt sich nur schwer in die anderen Organisationen einbinden. Sie dienen allerdings häufig als Mobilisierungspotenzial für rechtsextremistische Demonstrationen, wozu auch die Aufmärsche gegen die Globalisierung zählen. Eine eigenständige Beschäftigung mit diesem Politikfeld lässt sich unter Skinheads allerdings nicht feststellen.

## 2.4 Publizistischer Rechtsextremismus

Besonders stark thematisiert wird die Globalisierung in rechtsextremistischen Publikationsorganen mit einem formal höheren intellektuellen Anspruch: Hierzu gehört die monatlich in einer Auflage von um die 14.000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift „Nation & Europa“<sup>32</sup>, die sich nach ihrer Gründung 1951 als wichtiges Strategie- und Theorieorgan des Rechtsextremismus etablierte. In einem bezeichnenderweise „Unter den Rädern der Globalisierung: Deutschland wird plattgemacht“ überschriebenen Artikel führt Stammautor Roland Wuttke bildungspolitische Defizite, wirtschaftlichen Niedergang und anstehende Masseneinwanderungen auf die Globalisierung zurück.<sup>33</sup> In einem weiteren Beitrag des von ihm unter der Überschrift „Gedanken zur Globalisierung: Das Leben - ein Monopoly-Spiel?“ bemerkt er: „Die Globalisierung ist eine konsequente Form des Wirtschaftsimperialisismus. Bei einer Gleichschaltung der Kulturen können wirtschaftliche Ansprüche besser begründet und fortgeschrieben werden.“ Der soziale Nutzen natürlicher Gruppen und Personen müsse Vorrang haben vor der Macht des Rentabilitätsdenkens. „Der Irrtum der ‚Globalisierer‘ besteht in ihrem Unvermögen zu erkennen, daß sie die menschliche Existenz und damit ihre eigene Erfolgsgeschichte untergraben.“<sup>34</sup>

Ausführungen mit ähnlichem Tenor finden sich auch in der Zeitschrift „Opposition“, die in einer Auflage von 1.400 Exemplaren zweimonatlich erschien.<sup>35</sup> Der Stammautor Mi-

---

<sup>31</sup> Die Zahlenangaben aus den Verfassungsschutzberichten beziehen sich auf gewaltbereite Rechtsextremisten, wovon der überwiegende Teil den rechtsextremistischen Skinheads zugerechnet wird.

<sup>32</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Zeitschriftenportrait: Nation Europa, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 12, Baden-Baden 2000, S. 305-322.

<sup>33</sup> Vgl. Roland Wuttke, Unter den Rädern der Globalisierung: Deutschland wird plattgemacht, in: Nation & Europa, 50. Jg., Nr. 4/April 2000, S. 10-15.

<sup>34</sup> Roland Wuttke, Gedanken zur Globalisierung: Das Leben - ein Monopoly-Spiel; in: Nation & Europa, 51. Jg., Nr. 6/Juni 2001, S. 26-29, hier S. 27, 29

<sup>35</sup> Die Zeitschrift „Opposition. Magazin für Deutschland“ erschien in der rechtsextremistischen „Verlagsgesellschaft Berg“, sollte eine Art „Spiegel von ‚rechts‘“ sein, wurde aber im Frühjahr 2002 eingestellt.

chael Nier, ein früherer Professor für dialektischen und historischen Materialismus in der DDR, der den Weg ins rechtsextremistische Lager fand, spricht etwa in einem „Heilsideologie Liberalisierung“ überschriebenen Beitrag von der „Globalisierungsdroge“. Die damit verbundene Privatisierung richte sich „gegen die Menschen und Völker, denen dieses Wegzuprivatisierende bis dahin als Gemeineigentum gehörte“.<sup>36</sup> „Opposition“ druckt auch Beiträge, die eine Alternative zur Globalisierung aufzeigen sollen und auf die Propagierung autarker Vorstellungen hinauslaufen. Stammautor Gerhoch E. Reisegger bemerkt in dem Artikel „Globalisierung ohne Alternative?“: „Diese völlige Um- und Abkehr vom heutigen Dogma der Globalisierung und seinen innersten Antriebskräften - Liberalisierung, De-Regulierung und Privatisierung - bedeutet, sich dem Problem unter dem Gesichtspunkt der Autarkie zu nähern.“<sup>37</sup> Statt der Entgrenzung sollten wieder Grenzen gezogen werden. Konzeptionell anknüpfen möchte der Autor dabei an die Vorstellungen, die der Philosoph Johann Gottlieb Fichte in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ (1800) formulierte.

Die Zeitschrift „Signal“<sup>38</sup>, die vierteljährlich in einer Auflage von 5.000 Exemplaren erscheint, widmete sogar eine Ausgabe dem Schwerpunktthema Globalisierung. Darin bemerkt Michael Nier in seinem Beitrag „Globalisierung zwischen Weltgeschichte und Geldgeschichte“: „Die Globalisierung ist der Versuch, eine völlige Durchkapitalisierung der Welt im Interesse der Finanzoligarchie und der transnationalen Konzerne bis in den letzten Winkel durchzuführen. Es handelt sich um kapitalistischen Fundamentalismus und Fanatismus.“<sup>39</sup> Die Menschen in aller Welt sollten sich der Geldgier der „anglo-amerikanischen Finanzeliten“ beugen, die ihr eigenes Land als Kampfmaschine ihrer Interessen umgebaut hätten. Der als Autor in unterschiedlichen rechtsextremistischen Publikationen bekannt gewordene Michael Müller widmet sich in einem weiteren Beitrag unter der Überschrift „US-Rasenmäher auf Herders blühender Wiese“ den kulturellen Begleiterscheinungen der Globalisierung: „Barbarisierung, Primitivierung und Kommerzialisierung der unterschiedlichsten kulturellen Lebenswelten gehen einher mit der Eroberung und Durchdringung der Märkte unseres Erdballs durch die führende kapitalistische Wirtschaftsmacht, die USA.“<sup>40</sup> Deutschland sei eine kulturelle „Ami-Kolonie“.

Und schließlich muss im Kontext der rechtsextremistischen Globalisierungskritik im publizistischen Bereich noch auf eine wichtige Buchveröffentlichung hingewiesen werden. Der Vordenker der französischen Neuen Rechten, der auch im deutschen Rechtsextre-

---

<sup>36</sup> Michael Nier; Heilsideologie Liberalisierung. Parteien: Die Union und die Globalisierungsdroge, in: Opposition, 4. Jg., Nr. 4/2001, S. 18-24, hier S. 19.

<sup>37</sup> Gerhoch Reisegger, Globalisierung ohne Alternative? in: Opposition, 4. Jg., Nr. 1/2001, S. 28-31, hier S. 29.

<sup>38</sup> „Signal. Das patriotische Magazin“ wurde unter dem Titel „Europa vorn“ von dem rechtsextremistischen Verleger Manfred Rouhs 1987 gegründet und herausgegeben.

<sup>39</sup> Michael Nier, Globalisierung zwischen Weltgeschichte und Geldgeschichte, in: Signal, 15. Jg, Nr. 139/2002, S. 4-9, hier S. 5.

<sup>40</sup> Manfred Müller, US-Rasenmäher auf Herders blühender Wiese, in: ebenda, S. 14f., hier S. 14.

mismus angesehene und einflussreiche Publizist Alain de Benoist, veröffentlichte unter dem Titel „Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung“ eine eigenständige Monographie zum Thema. Darin kritisiert er die Globalisierung bezogen auf die kulturellen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung, warnt vor einem „Turbokapitalismus“ als dritter Entwicklungsphase des Kapitalismus und formuliert eine scharfe Kritik an den USA. Benoist plädiert für die Rückkehr der Gemeinschaften zur gesellschaftlichen Integration, für den Reichsgedanken als Modell einer künftigen Struktur Europas und für ein föderales und souveränes Europa auf Basis der Regionen.<sup>41</sup> Wie stark er dabei Argumente und Wortwahl aus der politischen Linken benutzt, geht aus einer anderen Veröffentlichung hervor. In einem als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 herausgebrachten Bändchen „Die Wurzeln des Hasses“ formuliert Benoist: „Der Hauptfeind ist und bleibt ... die globale Entfesselung der Logik des Kapitals und die nahtlose Integration sozialer Belange in die Marktwirtschaft.“<sup>42</sup>

### **3 Ideologische Hintergründe rechtsextremistischer Globalisierungskritik**

Die referierten Auffassungen und Parolen zur Globalisierung sind zwar einseitig und überzogen, sie müssen aber nicht immer rechtsextremistisch sein. Weder ein besonderes Kulturverständnis noch eine spezifische Wirtschaftsform gehören zu den Kriterien, die zu den Bestandteilen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder den Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten gerechnet werden. Insofern kann deren Ablehnung allein für sich auch nicht als antidemokratisch oder extremistisch bezeichnet werden. Entscheidend für eine Zuordnung als rechtsextremistisch ist der ideologische Hintergrund für die geäußerte Kritik, bildet er doch die inhaltliche Basis für die jeweiligen Aussagen. Insofern können wortgleiche Einwände gegen die Globalisierung vorgebracht werden, wobei die eine Seite damit eine Besserung der sozialen Situation in einer Demokratie erhofft und eine andere Seite damit gegen die Normen und Regeln einer Demokratie agitiert. Um daher solche Aussagen hinsichtlich ihres möglicherweise bestehenden extremistischen Charakters differenziert einschätzen zu können, bedarf es einer Darstellung und Analyse der politischen Grundpositionen, die nicht immer offen erkennbar sind, aber die eigentliche Absicht und Zielrichtung der geäußerten Auffassungen veranschaulichen

---

<sup>41</sup> Vgl. Alain de Benoist, *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung*, Tübingen 2001.

<sup>42</sup> Alain de Benoist, *Die Wurzeln des Hasses. Ein Essay zu den Ursachen des globalisierten Terrorismus*, Berlin 2002, S. 58.

### 3.1 Fixierung auf den ethnisch und politisch homogenen Nationalstaat

Die Ablehnung der Globalisierung durch Rechtsextremisten unterscheidet sich von anderen politischen Artikulationsformen der Globalisierungskritik durch eine besondere ideologische Prägung. Sie besteht in der Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen National- oder Rassenstaat, der sich von den kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einwirkungen aus anderen Ländern um der Bewahrung der eigenen Geschlossenheit willen weitgehend abschotten soll. Dies bedeutet im Einzelnen: Das Volk als Inhaber der Souveränität wird nicht primär politisch, sondern ethnisch definiert. Man sieht den Status von Individuen als Bürger in Abhängigkeit von ihrem Status als Deutscher oder Weißer und nimmt eine damit verbundene Abstufung des jeweiligen Rechtsstatus vor. Mit der angestrebten ethnischen Einheit soll auch die politische Einheit einhergehen, womit das der Realität moderner und pluralistischer Gesellschaften widersprechende Modell einer geschlossenen und homogenen Gemeinschaft beschworen wird. Es läuft dabei unter antipluralistischen Vorzeichen auf die Beschwörung eines möglichst vollständigen Einklangs von Regierenden und Regierten hinaus. Um die damit verbundene Geschlossenheit bewahren zu können, bedarf es notwendigerweise einer Ausschließung heterogener Elemente.<sup>43</sup>

Deutlich wird die Fixierung auf eine geschlossene Gesellschaft exemplarisch in der Grundsatzerklärung des NPD-Parteivorstands vom Dezember 2000 zur Notwendigkeit einer effizienten politischen Opposition: „Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“<sup>44</sup> Mit der als Alternative zur Globalisierung eingeforderten „Volksgemeinschaft“ bedient sich die NPD eines von der historischen NSDAP zwar nicht erfundenen, aber politisch geprägten Begriffs.<sup>45</sup> Inhaltlich richtet er sich gegen die angeblich liberale Auffassung von einer künstlichen Gesellschaft einzelner Individuen und propagiert die ethnische und politische Homogenität der Gemeinschaft aller Deutschen. Hiermit muss die NPD nicht notwendigerweise eine Einstellung im nationalsozialistischen Sinne meinen. Die Ablehnung des Pluralismus in einer

---

<sup>43</sup> Dies ist auch die Konsequenz aus dem homogenen Demokratieverständnis, das der unter Rechtsextremisten hoch angesehene Staatsrechtler Carl Schmitt vertrat. Vgl. Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (1923), Berlin 1985, S. 14.

<sup>44</sup> „Abrechnung mit dem System“. Die Bestandsaufnahme aus Sicht des NPD-Parteivorstandes im Wortlaut, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 12/Dezember 2000-Nr. 1/2001, S. 6.

<sup>45</sup> Vgl. Michael Stolleis, *Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 20 Jg., Nr. 1/1972, S. 16-38; Hans Ulrich Thamer, *Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie*, in: Jörg-Dieter Gauger/Klaus Weigelt (Hrsg.), *Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation*, Bonn 1990, S. 112-127.

offenen Gesellschaft zugunsten der Beschwörung der biologisch und historisch bedingten Geschlossenheit der Gemeinschaft ist aber unverkennbar.<sup>46</sup>

Noch deutlicher zeigt sich diese politische Stoßrichtung in einem der wenigen programmatischen Veröffentlichungen aus dem deutschen Rechtsextremismus, dem von Jürgen Schwab veröffentlichten Buch „Deutsche Bausteine“. Der einer jüngeren Generation angehörende rechtsextremistische Intellektuelle deutet darin die Globalisierung als „Verallgemeinerung der fremdwirtschaftlichen Abhängigkeit“ und „Durchsetzung der Freihandelsdoktrin durch das antinationale Finanzkapital“. Demgegenüber sieht er in der „raumorientierten Volkswirtschaft“ den „Ausweg aus der Globalisierungsfalle“. Wirtschaftspolitisch plädiert Schwab für eine Abschaffung des „Kapitalismus“ als Grundvoraussetzung nationaler Politik, womit ein „deutscher Volksstaat“ angestrebt werden solle. Zur Erreichung dieses Zieles gilt es für Schwab, in der „gegenwärtigen revolutionären Phase einen sozialrevolutionären Nationalismus im Sinne eines ‚deutschen Sozialismus‘“ zu propagieren. Ein Ausweg könne aber nur gefunden werden, „in dem der Parlamentarismus und die aus ihm resultierende Parteienherrschaft von der nationalen Intelligenz als das Grundübel erkannt“ werde.<sup>47</sup> Um eines möglichst homogenen Volksstaates willen bedarf es demnach für Schwab einer Abschaffung von Parlamentarismus und Parteien.

Aus politischer Rücksichtnahme artikulieren nicht alle Rechtsextremisten derart rigoros ihre ideologischen Grundauffassungen. Insbesondere bei den beiden größeren Wahlparteien und im publizistischen Bereich formuliert man die Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen Staat verbal gemäßigter über die auch von Demokraten geäußerte Kritik am Souveränitätsverlust des Nationalstaates. Exemplarisch dafür steht etwa die folgende Aussage von Jean-Jacques Hegg, die sich in einem „Schindluder mit einem Schlagwort: ‚Globalisierungsgegner‘“ überschriebenen Artikel in der Zeitschrift „Nation & Europa“ findet: „Es gibt nur einen logischen und konsequenten Weg, den Nachteilen der Globalisierung zu begegnen: sie als Ganzes abzulehnen, die Nationalstaaten zu stärken und deren Souveränität, wo sie ausgehöhlt und unwirksam gemacht wurde, wiederherzustellen.“<sup>48</sup> Zur klaren Unterscheidung von demokratischen und extremistischen Positionen bedarf es hier der Beachtung des jeweils mit dem Souveränitätsverlust von Nationalstaatlichkeit Gemeinten: Wird damit die schwindende Möglichkeit demokratischer Regierungen zur verbindlichen Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders beklagt oder die Abgeschlossenheit ethnisch und politisch homogener Staaten beschworen?

---

<sup>46</sup> Vgl. zu Gemeinschaft und Gesellschaft sowie zu geschlossener und offener Gesellschaft die sozialwissenschaftlichen Klassiker: Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie (1887), Darmstadt 1979; Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. I: Der Zauber Platons, Bd. II: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen (1945), München 1980.

<sup>47</sup> Jürgen Schwab, Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik, Stuttgart 1999, S. 272, 273, 292, 317, 312.

<sup>48</sup> Jean-Jacques Hegg, Schindluder mit einem Schlagwort: „Globalisierungsgegner“, in: Nation & Europa, 52. Jg., Nr. 5/Mai 2002, S. 34f., hier S. 34.

### 3.2 Ablehnung des Individualitätsprinzips und der Menschenrechte

Aus der Fixierung auf einen ethnischen und politisch homogenen Nationalstaat leiten sich weitere ideologische Hintergründe rechtsextremistischer Globalisierungskritik ab: Hierzu gehört die Ablehnung der Menschenrechte, die - aufgrund deren allgemeiner Wertschätzung - in der Regel aber nicht offen bekannt wird. Darüber hinaus beanspruchen Rechtsextremisten in ihrer Opposition zur Demokratie selbst die Wahrnehmung von Grundrechten - in ihrem Interesse. In der individualistischen und universalistischen Dimension der Menschenrechte<sup>49</sup> sehen die Anhänger dieses politischen Lagers allerdings eine den eigenen politischen Grundauffassungen widersprechende Stoßrichtung, verbinden sie damit doch die mögliche Erosion von Gemeinschaften und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von außen: Einerseits werde im Namen der Menschenrechte das einzelne Individuum über ein bestimmtes Kollektiv gestellt, womit egoistisch einzustufende Einzelinteressen die angeblichen Interessen der ethnischen Gemeinschaft überlagerten. Andererseits sehen Rechtsextremisten im Anspruch auf weltweite Gültigkeit von Menschenrechten die Gefahr, damit könnten bestimmte Zustände in den angestrebten geschlossenen Gemeinschaften neben der Kritik von außen auch militärische Interventionen nach sich ziehen.

Aufgrund der angedeuteten strategischen Rücksichtnahmen werden die Menschenrechte von Rechtsextremisten nur selten deutlich und offen abgelehnt. Eines der wenigen Beispiele stellt folgendes Zitat des Chefredakteurs der Zeitschrift „Opposition“, Karl Richter, dar: „Das Gebot der Stunde ... bleibt nachhaltiges und entschiedenes Opponieren gegen alles, was uns derzeit von den großen Brüdern angepriesen wird: Globalisierung, Menschenrechte, Multikulti, die Liberalisierung und Atomisierung aller Lebensbereiche.“<sup>50</sup> Diese Auflistung reiht jene Auffassungen und Werte aneinander, welche Rechtsextremisten als Feindbilder dienen. Dazu gehören mit der Globalisierung und „Multikulti“ gesellschaftliche Prozesse und politische Einstellungen, die auch von Demokraten abgelehnt werden können. Die ausdrückliche Aufnahme der Menschenrechte in den Feindbild-Katalog veranschaulicht dabei aber die rechtsextremistische Grundposition der Einstellung und deren Vermischung mit der Ablehnung der Globalisierung. Beides, Globalisierung und Menschenrechte, stellt Richter darüber hinaus als Auffassungen oder Mittel nicht näher benannter „Großer Brüder“ dar, womit ausgerechnet den Menschenrechten der Status eines Herrschaftsinstruments zugewiesen wird.

---

<sup>49</sup> Vgl. Heiner Bielefeldt, Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos, Darmstadt 1998; Ludger Kühnhardt, Die Universalität der Menschenrechte, Bonn 1987.

<sup>50</sup> Karl Richter, Der Chaoskanzler, in: Opposition, 5. Jg., Nr. 1/2002, S. 1.

Vorherrschend in rechtsextremistischen Verlautbarungen zum Thema Menschenrechte ist allerdings die Kritik an ihrer politischen Instrumentalisierung, die sich anhand der US-Außenpolitik partiell durchaus auch überzeugend belegen lässt. Damit soll aber nicht nur diese Verwendung des Bezugs auf die Menschenrechte kritisiert, sondern deren Wertigkeit als solche in Frage gestellt werden. Dafür steht etwa eine Stellungnahme von Jürgen Schwab in einem "Nation & Europa"-Artikel unter der Überschrift: „US-Vorherrschaft und Globalisierung. Geht das Völkerrecht kaputt?“, wo es heißt: „Unter ‚Globalisierung‘ ist vor allem zu verstehen die weltweite Durchsetzung der westlich definierten ‚Menschenrechte‘ unter Beseitigung des Völkerrechts ...., außerdem der global gesteuerte Vorrang der Ökonomie gegenüber der Politik mit dem Ziel einer einheitlichen Weltmarktwirtschaft.“<sup>51</sup> Der Autor kritisiert dabei die Verweise auf die Menschenrechte, die den USA zur Rechtfertigung ihrer imperialen Machtpolitik dienen. Durch die Formulierung „westlich definiert“ streitet Schwab darüber hinaus die interkulturelle und universelle Dimension der Menschenrechte ab und stellt durch die Verwendung von Führungszeichen deren inhaltliche und rechtliche Gültigkeit in Frage.

Mit derartigen Diskursen einher geht die Ablehnung des Individualitätsprinzips als Grundlage moderner demokratischer Verfassungsstaaten. Entgegen der rechtsextremistischen Deutungen versteht man darunter nicht die einseitige Betonung egoistischer Interessen und sozialer Bindungslosigkeit. Vielmehr soll sich politische Herrschaft über die Wahrung der Autonomie, Rechte und Würde des Individuums legitimieren und es damit nicht mehr den Vorgaben eines Kollektivs bedingungslos unterordnen. Alain de Benoist äußert sich etwa in seinem Buch zur Globalisierung demgegenüber wie folgt: „So führt der Individualismus paradoxerweise zur Anomie und zum Massenkonformismus“. Oder er bemerkt: „Im Individualismus gründet dagegen die Legitimität der Gesellschaften auf abstrakten, von ihren Zugehörigkeiten abgeschnittenen Menschen.“ Und weiter heißt es: „Die Betonung des Individuums zieht also eine langsame Auflösung des Sozialen nach sich, die in die Anomie und in die Atomisierung mündet.“<sup>52</sup> In all diesen Formulierungen wird der Individualismus mit der Auflösung von sozialer Integration und der Vereinzelung des modernen Menschen in Verbindung gebracht. Statt dessen fordert Benoist um der Wahrung der „wahren Identität“ willen die Einbettung des Einzelnen in das Kollektiv der Kulturen oder Völker.

---

<sup>51</sup> Jürgen Schwab, US-Vorherrschaft und Globalisierung: Geht das Völkerrecht kaputt?, in: Nation & Europa, 51. Jg., Nr. 11/12/Nov./Dez., 2001, S. 16-21, hier S. 16.

<sup>52</sup> Benoist (Fußnote 41), S. 20, 210 und 215.

### 3.3 Antiamerikanismus und Antiwestlertum

Als weitere ideologische Hintergründe rechtsextremistischer Globalisierungskritik können Antiamerikanismus und Antiwestlertum angesehen werden.<sup>53</sup> Mit beiden Einstellungen sind nicht bloße kritische Positionen zur Politik der USA oder des Westens gemeint, welche selbstverständlich demokratisch legitim sind und mitunter auch inhaltlich angemessen sein können. Vielmehr handelt es sich bei beiden Begriffen um Sammelbezeichnungen für Auffassungen, die Wertvorstellungen wie Aufklärung und Demokratie, Menschenrechte und Pluralismus ablehnen. Dass diese grundlegenden Werte für das politische Selbstverständnis der USA und des Westens auch von diesen bisweilen verletzt wurden, soll damit nicht abgestritten werden. Gerade deren Akzeptanz unterscheidet die USA-Kritik vom Antiamerikanismus, die Kritik des Westens von Antiwestlertum. Es kommt bei der Unterscheidung von beidem demnach auf die Reichweite und Stoßrichtung der jeweiligen Einwände an: Verwerfen sie gänzlich die Grundlagen von Amerikanismus und Westlertum oder beziehen sie sich nur auf eine spezifische Ausdrucksform von beidem. Bei der rechtsextremistischen Globalisierungskritik ist letzteres erklärtermaßen nicht der Fall.<sup>54</sup>

Ein typisches Beispiel für „Antiwestlertum“ bildet ein Beitrag in der Zeitschrift „Opposition“ von Günther Wolf unter dem bezeichnenden Titel „Ja zu Identität und Verwurzelung, nein zur One World: Überfälliger Abschied vom Westen“. Lange Zeit habe ein hirnloser Antikommunismus den klaren Blick vernebelt. „Dass die Besetzung unserer Hirne durch den ‚Westen‘, durch das westliche Denken ... ungleich gefährlicher war (ist) als die militärische Besetzung Mittel- und Ostdeutschlands durch die Sowjetunion, das erkannten - und erkennen - nur wenige: Denn Panzer ziehen wieder ab, Seelenmord und Hirnvergiftung haben Langzeitwirkung.“<sup>55</sup> Beklagt wird ein mangelnder politischer Wertegehalt des Westens, wobei der Autor ignoriert, dass erst die Abwesenheit einer allgemein verbindlichen Weltanschauung eine offene und pluralistische Gesellschaft ermöglicht. Insofern steht das politische Verständnis des Westens auch für die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates und keineswegs nur für Geld und Profit als alleinige Werte gesellschaftlichen Miteinanders. Die demokratisch durchaus legitime Kritik an einer Fixierung auf ökonomische Interessen in westlichen Gesellschaften ver-

---

<sup>53</sup> Vgl. Dan Diner, *Verkehrte Welten - Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay*, Frankfurt/Main 1993; Richard Herzinger/Hannes Stein, *Endzeit-Propheten oder die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Reche*, Reinbek 1995.

<sup>54</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traugher, „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), *Prägestärkte des 20. Jahrhunderts. Demokratie - Extremismus - Totalitarismus*, München 1997, S. 193-217.

<sup>55</sup> Günther Wolf, *Ja zu Identität und Verwurzelung, nein zur One World: Überfälliger Abschied vom Westen*, in: *Opposition*, 3. Jg., Nr. 2/1999, S. 30-33, hier S. 30.

knüpft der Autor somit direkt mit der extremistischen Ablehnung der Grundprinzipien westlicher Politikmodelle.

Ähnlich verhält es sich mit dem Antiamerikanismus, der auch hinter einer demokratisch begründbaren Kritik an der US-Außenpolitik stehen kann. Mitunter beschränkt man sich im publizistischen Rechtsextremismus auf diese Dimension und beklagt lediglich die imperiale Seite amerikanischer Außenpolitik. Exemplarisch dafür steht ein „Nation & Europa“-Artikel von Roland Wuttke unter der Überschrift „USA bleiben sich treu: Globale Ambitionen“, worin die US-Hegemonialpolitik und deren moralische Legitimation kritisiert werden. Hierbei spricht der Autor allerdings auch abwertend von einem „abstrakten Humanitätsideal“<sup>56</sup> und lehnt damit ein Grundprinzip moderner demokratischer Verfassungsstaaten ab. Deutlicher formulieren andere Veröffentlichungen ihre USA-Kritik. Im neonazistischen „Zentralorgan“ heißt es unter der Überschrift „Uncle Sam bedroht die Freiheit der Völker“ mit abwertendem Unterton: „Die USA sind ein künstlich geschaffenes Staategebilde. Geschaffen nicht von einem Volk, wie wir es aus Europa kennen, sondern von Einwanderern aus aller Herren Länder.“ Damit wird ein biologisch begründetes Gesellschaftsverständnis gegen die moderne vertragstheoretische Legitimation politischer Herrschaft gestellt.

Die USA wollten, so heißt es weiter im „Zentralorgan“-Artikel, ein solches Gesellschaftskonzept weltweit mit ihrer „Neuen Weltordnung“ durchsetzen. „Besser bekannt sind diese Ziele unter dem Begriff Globalisierung.“<sup>57</sup> Ähnlich wie andere Rechtsextremisten sieht man hier in der politischen und wirtschaftlichen Dimension der Globalisierung ein Instrument, das den USA zur Erlangung der Weltherrschaft diene. Mitunter verbirgt sich hinter einer solchen Kritik, meist über die Hinweise auf die angeblichen Mächenschaften der „Ostküste“, ein latenter Antisemitismus. So äußert etwa Karl Richter in seinem „Nation & Europa“-Artikel „Der 11. September und die Folgen: Lynchjustiz als neue Weltordnung?“ im Zusammenhang mit den amerikanischen Reaktionen: „Auch die Ostküsten-Lobby nutzt ihre Chance.“<sup>58</sup> Wer im innerrechtsextremistischen Diskurs damit gemeint ist, veranschaulicht folgende Einschätzung des ehemaligen Linksterroristen und jetzigen Rechtsextremisten Horst Mahler: „Damit erweist sich dieses Jahrhundert in Wahrheit als das Jahrhundert der Ostküsten-Juden. Denn das Machtzentrum des Dollarimperialismus - der vor einigen Jahren die hübsche Bezeichnung ‚Globalismus‘ angenommen hat - ist das von Juden beherrschte Bankensystem der USA.“<sup>59</sup> Hinter der Globalisierung steckt für ihn das „Finanzjudentum“.

---

<sup>56</sup> Roland Wuttke, USA bleiben sich treu: Globale Ambitionen, in: Nation & Europa, 51. Jg., Nr. 9/September 2001, S. 48f., hier S. 49.

<sup>57</sup> Free Willy, Uncle Sam bedroht die Freiheit der Völker, in: Zentralorgan, Nr. 13/2001, S. 29-32, hier S. 30.

<sup>58</sup> Karl Richter, Der 11. September und die Folgen: Lynchjustiz als neue Weltordnung?, in: Nation & Europa, 51. Jg., Nr. 10/Okttober 2001, S. 5-10., hier S. 8.

<sup>59</sup> Horst Mahler, Guten Tag, Herr Friedman ... Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö (Schweden) o. J. (2002), S. 58.

### 3.4 Die Besonderheiten rechtsextremistischer Kapitalismuskritik

Schließlich bilden die referierten ideologischen Grundpositionen auch die Folie für die im Zusammenhang mit dem rechtsextremistischen Globalisierungsdiskurs artikulierte Kapitalismuskritik: Sie richtet sich nicht gegen die damit gemeinte Wirtschaftsweise als solche, womit Unterschiede zu einer marxistischen Position bestehen. Vielmehr kann man im Rechtsextremismus in der Regel eine prinzipielle Bejahung der Marktwirtschaft ausmachen, allerdings verbunden mit gewissen Einschränkungen. Sie beziehen sich auf die angestrebte staatliche Förderung und Protektion bestimmter wirtschaftlicher Bereiche, insbesondere der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Der hauptsächliche Stoßrichtung der Kapitalismuskritik nimmt die kulturellen und sozialen Begleiterscheinungen einer bestimmten marktwirtschaftlichen Praxis ins Visier. Zu letzteren gehören Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie die ungerechte Verteilung von wirtschaftlichen Erträgen. Die kulturellen Folgen sehen Rechtsextremisten in der Fixierung auf den individuellen Egoismus und dem Verlust von kollektiven Werten, welche zur Auflösung und Fragmentierung der postulierten geschlossenen Gemeinschaft führten. Erst durch den Einklang der Kapitalismuskritik mit diesem Gesellschaftsbild wird deren rechtsextremistischer Charakter deutlich.

Ein bedeutsames Beispiel für derartige Auffassungen stellen die in einer Reihe von rechtsextremistischen Veröffentlichungen nachgedruckten „Thesen zum Kapitalismus“ dar.<sup>60</sup> Ihr Autor Thor von Waldstein, ein früherer Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB), der NPD-Hochschulorganisation, schreibt darin: „Die Kapitalismuskritik in Deutschland ist heute intellektuell verwaist. Die Gretchen-Frage für die politische Rechte in diesem Lande wird es sein, ob es ihr gelingt, die Positionen des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die ‚linken Leute von rechts‘, oder es kommen keine Leute von rechts.“<sup>61</sup> Der Kapitalismus führe zu geistiger und seelischer Unterernährung, löse ökologische und soziale Katastrophen aus, trage weder eine Gemeinschaft noch einen Staat und zerstöre die menschliche Gemeinschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen. Waldstein äußert sich zwar weder über eine konzeptionelle Alternative zu der so beschriebenen Wirtschaftsordnung noch zur Art und Weise der nationalen „Aufladung“ der Kapitalismuskritik. Dafür emp-

---

<sup>60</sup> Vgl. Thor von Waldstein, 16 Thesen zum Kapitalismus: Dem Geld dienen oder dem Volk?, in: Nation & Europa, 48. Jg., Nr. 10/Oktober 1998, S. 13-15; ders., Thesen zum Kapitalismus, in: Staatsbriefe, 9. Jg., Nr. 5/Mai 1998, S. 3; ders., Thesen zum Kapitalismus, in: ders., Das Geld, die Macht und das Elend der politischen Klasse. Anmerkungen zur Lebenserwartung des Kapitalismus in Deutschland, in: Gesellschaft für Freie Publizistik (Hrsg.), Mut zur Freiheit. 1848-1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit, Oberboihingen 1998, S. 77-98, hier S. 96-98.

<sup>61</sup> Waldstein, 16 Thesen zum Kapitalismus. Dem Geld dienen - oder dem Volk? (Fußnote 60), S. 15.

fehlt er damit verbundene Inhalte als wichtiges Agitations- und Themenfeld rechtsextremistischer Aktivitäten.

Inhaltlich nehmen sie - idealtypisch gesehen - zwei unterschiedliche Formen an: Dem Ruf nach einer Eingrenzung des Kapitalismus steht die Forderung nach einem Sozialismus des Volkes gegenüber. Für die erstgenannte Position wirbt ein Beitrag von Karl Richter, der in der Zeitschrift „Opposition“ einen bezeichnenderweise „Legt den Kapitalismus an die Leine!“ betitelten Beitrag veröffentlichte. Dort heißt es, Freihandel und Globalisierung seien Risikofaktoren erster Ordnung, die Arbeit, Sicherheit und Wohlstand bedrohten. Zu den Alternativen bemerkt Richter: „Schlag nach bei Ludwig Erhard: Wohlstand für alle funktioniert nur, wenn Staat, Wirtschaft und Bürger am gleichen Strang ziehen und sich als Solidarpartner verstehen. Das setzt einerseits einen starken Ordnungsstaat voraus, andererseits wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, unter denen sich Unternehmer und Investoren, aber auch Steuerzahler und Bürger wohlfühlen.“<sup>62</sup> Hier geht es somit um eine Begrenzung der freien Marktwirtschaft, die „Bändigung des liberalkapitalistischen Monsters“. Richters Plädoyer für die Neuorientierung am Modell der sozialen Marktwirtschaft der fünfziger und sechziger Jahre ist allein für sich genommen nicht rechtsextremistisch, es erfolgt allerdings unter dem Vorzeichen einer rechtsextremistischen Grundposition.

Während sich derartige Auffassungen auch bei der DVU und den REP finden, tritt die NPD für einen Sozialismus des Volkes ein. Der Parteivorsitzende Udo Voigt bemerkte in einem „Bekenntnis zur Volksgemeinschaft. Plädoyer für den nationalen Sozialstaat“ überschriebenen Artikel: „Unser Sozialismus ist ... ein Sozialismus des Volkes für das Volk und nicht der eines imaginären internationalen Klassenkampfes! Nur aus sozialer Gerechtigkeit und dem Solidarprinzip wächst die nationale Volksgemeinschaft. ... Zusammenfassend läßt sich feststellen: Solidarprinzip, Volkssozialismus, gemeinsame ethnische und kulturelle Entwicklung und eine raumorientierte Volkswirtschaft sind untrennbar mit dem Begriff der Volksgemeinschaft verbunden.“<sup>63</sup> Neben der deutlichen Absage an ein marxistisches Sozialismuskonzept findet sich in dem Text allerdings keine ebenso rigorose Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsweise als solcher. Die Positionen Voigts bleiben unklar. Er spricht zwar vom „bevorstehenden Zusammenbruch der westlichen liberalkapitalistischen Systeme“, benennt dabei aber keine wirtschaftspolitische Alternative im Sinne des zuvor zitierten Richter. Der „Sozialismus des Volkes“ würde sich dann nur auf eine sozial ausgewogenere Verteilung von Gütern unter den Deutschen beziehen.

---

<sup>62</sup> Karl Richter, Legt den Kapitalismus an die Leine!, in: Opposition, 2. Jg., Nr. 4/1998, S. 1.

<sup>63</sup> Udo Voigt, Bekenntnis zur Volksgemeinschaft. Plädoyer für den nationalen Sozialstaat, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2000, S. 2.

#### **4 Das rechtsextremistische Bewegungspotenzial zur Globalisierungskritik**

Die angedeuteten Gemeinsamkeiten bei der Globalisierungskritik von Rechtsextremisten und der sich herausbildenden Bewegung von „links“ lassen sich, bei nicht zu leugnenden Differenzen hinsichtlich der jeweiligen politischen Grundeinstellungen, nicht nur bei der Verwendung ähnlicher Argumentationsmuster und Parolen ausmachen, sondern sie bestehen auch bezogen auf die Artikulationsformen von Protesten, wie etwa die zahlreichen rechtsextremistischen Demonstrationen mit globalisierungskritischen Parolen zeigen. Damit nimmt ein Teil des Rechtsextremismus Formen einer neuen sozialen Bewegung an. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen: Wie angemessen ist es, in diesem Fall von einer solchen Bewegung zu sprechen? Welche Bewegungspotenziale weist der Rechtsextremismus in dieser Hinsicht auf? Wie steht es um dessen auf die Globalisierungskritik bezogenes intellektuelles und programmatisches Potenzial? Wie kann die gesellschaftliche Verankerung einer von Rechtsextremisten ausgehenden Ablehnung der Globalisierung eingeschätzt werden? Und zusammenfassend bedarf es einer Antwort auf die Frage, ob sich eine globalisierungskritische soziale Bewegung von rechtsextremistischer Seite bereits herausgebildet hat bzw. herausbilden könnte.

##### **4.1 Besonderheiten und Merkmale von neuen sozialen Bewegungen**

Zunächst ist es erforderlich, den Begriff neue soziale Bewegung zu definieren. Die Bezeichnung kam bei der sozialwissenschaftlichen Analyse und Erforschung von Protestbewegungen in westlichen Demokratien<sup>64</sup> auf und bezog sich in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere auf die Friedens- und Umweltbewegung der siebziger und achtziger Jahre.<sup>65</sup> Die damit einhergehende wissenschaftliche Kontroverse thematisierte das konkrete Verständnis von neuen sozialen Bewegungen, bildete sich doch keine allseits geteilte und einheitlich verwendete Definition heraus. Dominierend war allerdings die Begriffsbestimmung des Politologen Joachim Raschke: „Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“<sup>66</sup> Angesichts der aufgrund ihrer Allgemeinheit auch nötigen Abstraktheit der Definition Raschkes soll bezüglich der ein-

---

<sup>64</sup> Vgl. Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt/M. 1994; Stefan Sacci, *Politische Potentiale in modernen Gesellschaften. Zur Formierung links-grüner und neokonservativer Bewegungen in Europa und den USA*, Frankfurt/Main 1998.

<sup>65</sup> Vgl. Karl-Werner Brand/Detlev Büsler/Dieter Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1986; Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1987.

<sup>66</sup> Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/M. 1985, S. 77.

zelen Bestandteile und Kriterien dieses Verständnis von sozialer Bewegung erläutert werden:

Die Formulierung „kollektiver Akteur“ bezieht sich auf die Einbindung einzelner Individuen in einen kollektiven Handlungszusammenhang. Sie verstehen sich dabei nicht als bloße Gesinnungsgemeinschaften und passive Objekte von gesellschaftlichen Prozessen, sondern als aktiv in sie eingreifend Handelnde und Protest zur Veränderung Mobilisierende. Der Begriff „Akteur“ soll indessen nicht notwendigerweise die formale oder inhaltliche Homogenität unterstellen, denn in Bewegungen können durchaus unterschiedliche Organisationen agieren, welche sich allerdings über die Gemeinsamkeiten hinsichtlich weitreichender Ziele einig sind. Solche können, müssen aber nicht, im Sinne eines grundlegenden Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse bestehen. Gleichwohl ist deren Handeln darauf gerichtet, durchaus relevante Entscheidungen, Entwicklungen oder Strukturen in der Gesellschaft zu verändern, wobei dies in unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung geschehen und damit ebenso traditionalistisch wie fortschrittlich, politisch ebenso rechts wie links sein kann. Die zitierte Definition aus der früheren Bewegungsforschung schließt also ausdrücklich auch rückwärtsgewandte traditionalistische wie antidemokratisch ausgerichtete - und somit auch rechtsextremistische - Positionen ein.

Ein wichtiges konstitutives Merkmal von sozialen Bewegungen ist weniger deren Institutionalisierung, sondern das In-Bewegung-Bleiben im Sinne von Dauerhaftigkeit und Kontinuität von kollektiven Handlungen, was soziale Bewegungen eben auch von spontanem Massenverhalten unterscheidet. Gleichzeitig besteht angesichts der relativ unterentwickelten Institutionalisierung - Zusammenhänge ergeben sich mehr über Netzwerke und weniger über Strukturen - ein Unterschied zwischen sozialen Bewegungen und strukturierten Organisationen, was aber auch nicht ausschließt, dass letztere Teil-Akteure in sozialen Bewegungen sein können. Insofern bilden soziale Bewegungen auch ein sowohl von kollektiven Episoden als auch festen Organisationen unterscheidbares Phänomen. Es ist weiterhin durch eine hohe symbolische Integration gekennzeichnet, welche sich in einem ausgeprägten Wir-Gefühl artikuliert und sich auch durch äußere Formen der Zusammengehörigkeit zu erkennen gibt (Habitus, Mode, Umgangsformen etc.). Zum geringen Institutionalisierungsgrad gehört auch die geringe Rollenspezifikation in sozialen Bewegungen, welche zwar Differenzierungen wie Handlungseliten, Aktivisten und Mitläufer aufweisen, aber nicht im strukturierten Sinne festgeschrieben sind.

Die unterschiedlichen Phasen von Handlungen sozialer Bewegungen können hinsichtlich einer Konstituierungs-, Bewegungs- und Endphase ausdifferenziert werden. Mit der Konstituierungsphase ist die Zeit der Entstehung, Entwicklung und Herausbildung einer sozialen Bewegung gemeint. Hierbei gilt es aber auch zu beachten, dass deutlich erkennbare Ansätze zur Konstituierung - aus welchen Gründen auch immer - in ihren Anfängen

stecken bleiben können und die bedeutsame Phase der Bewegung und Handlung im eigentlichen Sinne nicht erreicht wird. Gerade die vergleichende Betrachtung von entwickelten und relevanten sozialen Bewegungen vermittelt dann wichtige Erkenntnisse über die notwendigen Erfolgsbedingungen für die Herausbildung von längerfristig handlungsfähigen Bewegungen. Ähnliche Erkenntnisse gestatten darüber hinaus auch Analysen der Endphase von sozialen Bewegungen, können dabei doch folgende Formen unterschieden werden: die Auflösung der Bewegung durch vollständigen Erfolg oder politisches Scheitern, die Transformation in eine Nachfolgebewegung und die Institutionalisierung der Bewegung mit unterschiedlichen Folgen für deren ursprüngliche Zielsetzung.

#### **4.2 Identifizierung des globalisierungskritischen Bewegungspotenzials**

Anfang der neunziger Jahre kam es in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu einer Kontroverse um die Frage, ob das vorgestellte Konzept von neuen sozialen Bewegungen auch auf den Rechtsextremismus angewandt werden könne. Einige Wissenschaftler sprachen sich dafür aus und verwiesen auf dezentrale Strukturen bei hohem Vernetzungsgrad oder das Vorhandensein einer ausgeprägten jugendspezifischen Subkultur.<sup>67</sup> Andere Wissenschaftler lehnten eine solche Zuordnung ab und sahen in der antidemokratischen Ausrichtung des Rechtsextremismus einen strikten Gegensatz zur demokratischen Dimension sozialer Bewegungen.<sup>68</sup> Die letztgenannten Einwände nehmen eine normative Aufladung des Begriffs neue soziale Bewegung als per se demokratisch vor. Dies trifft allerdings in dieser Pauschalität nicht auf die gemeinten Formen - die Achtundsechziger, Friedens- und Ökologiebewegung - zu, da es in diesen durchaus auch antidemokratische Kräfte gab. Gerade das rein formale Verständnis im Sinne der zitierten Definition von Raschke erlaubt erst die analytische Anwendung des damit verbundenen Konzepts und erkenntnisfördernde vergleichende Betrachtungen von unterschiedlichen Bewegungstypen.<sup>69</sup> Sie ermöglichen erst eine differenzierte Einschätzung des rechtsextremistischen Bewegungspotenzials.

Worin besteht dieses nun? Welche Bestandteile des Rechtsextremismus können ihm zugeordnet werden? Für den Parteienbereich gilt es nach den jeweiligen Parteien zu diffe-

---

<sup>67</sup> Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?, in: Vorgänge 32. Jg., Nr. 122/1993, S. 105-116, Claus Leggewie, Rechtsextremismus - eine soziale Bewegung?, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325-338.

<sup>68</sup> Vgl. Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 89-100; Thomas Ohlemacher, „Kollektive Aktion“ statt „soziale Bewegung“? oder: Wie notwendig ist der Bewegungsbegriff bei der Analyse des Rechtsextremismus?, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 1/1996, S. 7-11.

<sup>69</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Noch einmal: Rechtsextremismus als (neue) soziale Bewegung? Versuch einer Einschätzung vor dem Hintergrund der Situation Ende der 90er Jahre, in: Frieder Dünkel/Bernd Geng (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandaufnahme und Interventionsstrategien, Mönchengladbach 1999, S. 89-109.

renzieren. Während die DVU aufgrund ihrer unterentwickelten Organisationsstruktur und der weitgehenden Inaktivität ihrer Mitglieder keine Handlungsweisen im oben definierten Sinne entfaltet und solches für die REP aufgrund der mehr eingegrenzt parteipolitischen Aktivitäten ihrer Mitglieder lediglich sporadisch feststellbar ist, sieht es diesbezüglich bei der NPD anders aus: Unter der strategisch bedingten formalen Beibehaltung des Parteienstatus verlagert sie ihre Aktivitäten von der „Politik“ („Kampf um die Parlamente“) hin zur „Aktion“ („Kampf um die Straße“). So versucht die NPD, durch öffentliche Präsenz in Form von Demonstrationen und Veranstaltungen Anhänger und Sympathisanten zu mobilisieren. Mit einer gewissen Kontinuität konnte man dabei seit Anfang 1997 mehrmals größere Aufmärsche durchführen. Gerade dadurch lässt sich von einem kollektiven Akteur im Sinne der Bewegungsdefinition sprechen. Derartige Aktivitäten gingen mit einer inhaltlichen Neuorientierung einher, welche sich insbesondere auf die Ablehnung der Durchkapitalisierung von Gesellschaften und der Folgen der Globalisierung konzentrierte.

Mit derartigen Positionen konnte die NPD insbesondere Aktivisten aus dem Bereich der Neonazi-Szene sowie der rechtsextremistisch orientierten Skinheads ansprechen. Beide setzen sich primär aus jungen Männern der unteren sozialen Schichten zusammen. Sie waren daher direkt oder indirekt von den erwähnten gesellschaftlichen Prozessen betroffen und verarbeiteten diese ideologisch durch die Akzeptanz von rechtsextremistischem Gedankengut. Über einen besonderen Habitus und eine spezifische Mode lassen die Anhänger dieses Teils des rechtsextremistischen Lagers ihre Zusammengehörigkeit erkennen. Damit wäre das für neue soziale Bewegungen typische Merkmal einer hohen symbolischen Integration über die angesprochenen formalen und inhaltlichen Gemeinsamkeiten erfüllt. Und schließlich muss noch auf den Aspekt der geringen Rollenspezifikation eingegangen werden, wobei es sich zeigt, dass gerade in diesem Punkt die stärkste Annäherung an Eigenschaften der sozialen Bewegung im Rechtsextremismus stattgefunden hat. Die Herausbildung der „Nationalen Kameradschaften“ bei Neonazis und regional präsenten Skinhead-Gruppen steht für ein dezentrales Netzwerk autonomer Initiativen. Sie verfügen zwar nicht über feste Organisationsstrukturen, sind aber kontinuierlich mobilisierbar.

Wie lässt sich nun das Bewegungspotenzial zum erörterten politischen Kontext im Rechtsextremismus zusammenfassend identifizieren? Da die Bedeutung des Globalisierungsthemas bei DVU und REP eher gering ist und die Mitglieder beider Parteien - 2001 zusammen 26.500 - sich eher selten an politischen Aktionen wie Demonstrationen beteiligen, kann das Personenpotenzial in diesem Bereich nicht als Segment einer solchen Bewegung angesehen werden. Ihm zurechnen lässt sich der Komplex von NPD, Neonazis und Skinheads - 2001 zusammen 19.700 Personen -, wovon ein gewisser Teil - bis zu 3.000 Personen - an Demonstrationen zum Globalisierungsthema teilnahm. Die drei Be-

standteile dieses Bewegungszusammenhangs stehen allerdings weder konfliktfrei zueinander, noch verfügen sie über einen identischen Status als autonomer Akteur. Die Mehrheit der Skinheads bildet eher ein Mobilisierungspotenzial, das sich nicht fest in politische Strukturen einbinden lassen will und kaum eigenständige politische Aktivitäten entfaltet. NPD und Neonazis sind sowohl Kooperationspartner bei den politischen Aktionen wie Konkurrenten um die Führung innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Sie arbeiten nur in Abhängigkeit von den politischen Rahmenbedingungen und dem konkreten Binnenverhältnis zusammen.

### **4.3 Das intellektuelle Potenzial der rechtsextremistischen Globalisierungskritik**

Analytisch hilfreich für die Einschätzung der gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsextremismus als neuer sozialer Bewegung ist die vergleichende Betrachtung mit politisch erfolgreichen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Hierzu bemerkten die beiden Sozialwissenschaftler Werner Bergmann und Rainer Erb: „Für die rechte Bewegung ist die Zentrum/Peripherie-Differenz aus drei Gründen sehr ausgeprägt, die im Rekrutierungspotential, im Fehlen einer Meso-Ebene in der Organisationsumwelt und in den Bewegungsorganisationen liegen: 1. Anhänger und Rekrutierungspotential rechter Bewegungen gehören mehrheitlich zu den bildungsfernen Schichten, so daß die kognitiven Voraussetzungen für die rasche Übernahme des ideologisch-theoretischen Programms fehlen. ... 2. Ihr fehlen auch weitgehend die ‚sozialen Relais‘ oder ‚Scharnierorganisationen‘ (wie sie den NSB in Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften zur Verfügung stehen ...) ... 3. Damit ist eine weitere strukturelle Behinderung der rechten Bewegung angesprochen. Sie muß, um hinzuströmende Anhänger zu schulen, Schulungsmaterial und Lerngelegenheiten ... aller Art ... bereitstellen.“<sup>70</sup> Wie steht es vor dem Hintergrund damit verbundener Überlegungen um das intellektuelle Potenzial rechtsextremistischer Globalisierungskritik?

Bei der bilanzierenden Betrachtung des geistigen Anspruchs der rechtsextremistischen Globalisierungskritik fällt zunächst allgemein auf, dass entsprechende Auffassungen zwar in der organisatorischen und publizistischen Elite dieses politischen Lagers verbreitet sind. Die inhaltliche Verankerung damit einhergehenden Wissens an der jeweiligen Organisationsbasis dürfte aber eher gering sein, geht doch die Einstellung zum Globalisierungsthema kaum über die Wiedergabe einfacher Parolen hinaus. Nicht zufällig mangelt es in diesen Teilen des Rechtsextremismus auch an gesonderten Arbeitskreisen und Diskussionszirkeln zum Thema, welche die angesprochenen Schulungsarbeiten vorantreiben könnten. Eine Ausnahme stellt lediglich die Arbeitsgemeinschaft „Globalisierung“ im

---

<sup>70</sup> Werner Bergmann/Rainer Erb, „Weder rechts noch links, einfach deutsch!“. Kollektive Identität rechter Mobilisierung - im Vergleich zu anderen Bewegungen, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 1/1996, S. 21-26, hier S. 22f.

Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“ dar. Deren bereits erwähnte Informationsplattform im Internet steht unter dem Motto „Gegen System und Kapital - Unser Kampf ist national!“. Sie enthält allerdings nur Berichte von Demonstrationen, Hinweise auf Literatur und Texte zum Thema aus dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“. Darüber hinausgehende Aktivitäten wie etwa die Durchführung von Seminaren zu verschiedenen Facetten der Globalisierung entfaltete die Arbeitsgemeinschaft allerdings nicht.

Eine in diesem Sinne aktivere Organisation stellt das „Deutsche Kolleg“ dar. Die 1994 in der Nachfolge des Berliner Lesekreises der Zeitung „Junge Freiheit“ gegründete Einrichtung steht unter der Leitung der beiden früheren Linksextremisten Horst Mahler und Reinhold Oberlercher und sieht die Schulung der „nationalen Intelligenz“ als ihre eigentliche Aufgabe an. Die inhaltliche Basis bildet ein programmatisches Papier Oberlerchers, das unter dem Titel „Grundriß einer erneuerten deutschen Volkswirtschaft. Ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle“ in der Zeitschrift „Opposition“ erschien.<sup>71</sup> Darin benannte der Autor Grundauffassungen und Sofortmaßnahmen zur Herausbildung einer „kulturraumgemäßen Volkswirtschaft“, die das wirtschaftspolitische Ideal von Rechtsextremisten darstellt. Zwar fand dieser Text auch durch Nachdrucke<sup>72</sup> eine gewisse Verbreitung im rechtsextremistischen Lager. Die Komplexität und Realitätsfremdheit seines Inhaltes behinderten allerdings die breitere Akzeptanz und das inhaltliche Verständnis. Darüber hinaus enthält der „Grundriß“ nur wenige Punkte, die Möglichkeiten zum Anknüpfen an den öffentlichen Diskurs zum Themenkomplex Globalisierung und Wirtschaftspolitik eröffnen. So wirkt der Text wie ein weltfremdes Gegen-Modell zur modernen Wirtschaftsgesellschaft.

Und schließlich muss bezogen auf die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Thema „Globalisierung“ noch auf das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ verwiesen werden. Neben kommentierenden Artikeln zu Demonstrationen oder ökonomischen Entwicklungen<sup>73</sup> finden sich dort auch Grundsatzbeiträge. Überwiegend enthalten sie Klagen über die „Liquidierung des Sozialstaates“, die „fundamentalen Verfallserscheinungen“ oder die „Wertlosigkeit kapitalismus-erhaltender Kritik“. An systematisch entwickelten Gegenkonzeptionen oder einzelnen Reformvorschlägen mangelt es indessen, sieht man einmal von der Beschwörung einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ oder der Forderung nach einem „staatlichen Währungsamt“ ab.<sup>74</sup> Inhaltlich verankert dürften auch diese Auf-

---

<sup>71</sup> Reinhold Oberlercher, Grundriß einer erneuerten deutschen Volkswirtschaft: Ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle, in: Opposition, 1 Jg., Nr. 4/1998, S. 14-20.

<sup>72</sup> Vgl. Reinhold Oberlercher, Grundriß der deutschen Volkswirtschaft, in: Signal, 11. Jg., Nr. 126/1998, S. 20f.

<sup>73</sup> Vgl. u.a. Anti-Globalisierungsprotest in Heidelberg. Genehmigte JN-Demonstration von Polizei blockiert - Spontaner Protest in Ludwigshafen, in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2001, S. 11; Frank Kerkhoff, Globalisierung: Weltweite Privatisierung der Infrastruktur wird forciert, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2002, S. 8.

<sup>74</sup> Vgl. u.a. Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Kapitalistische Globalisierung = Schrankenlose Sklaverei!, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2001, S. 22; Jürgen W. Gansel, Nationalismus als Zwingherr des Globalkapitalismus. Chancen auf eine „Antikapitalistische Front der Jungen von rechts bis links“?, in: Deut-

fassungen wohl nur innerhalb der Elite der rechtsextremistischen Organisationen sein. Ansonsten dient das Thema Globalisierung mehr der Mobilisierung von allgemeinem Protest und Unmut. Dies gestattet sogar den problemlosen Austausch eines Demonstrationsmottos wie am 15. September 2001 in Frankfurt/Oder, wo ein Aufmarsch unter der Überschrift „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ ursprünglich unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen - härtere Strafen für Kinderschänder“ geplant war.

#### **4.4 Gesellschaftliche Verankerung rechtsextremistischer Globalisierungskritik**

Bedeutsam für die politische Relevanz einer sozialen Bewegung ist neben der eigenen intellektuellen und quantitativen Stärke auch die Verankerung ihrer Positionen in der Bevölkerung (Einstellungspotenziale) und in „Scharnierorganisationen“ (Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten etc.). Neue soziale Bewegungen entstehen in der Regel in einer gesellschaftlich marginalen Sphäre, streben aber nach Akzeptanz in der Mehrheitskultur. Gerade sie ist die Voraussetzung für die Entfaltung von politischer Bedeutung, die andere politische Akteure zur Beachtung und Reaktion nötigt. Am Grad der damit verbundenen gesellschaftlichen Verankerung lässt sich auch der Stellenwert sozialer Bewegungen als relevante Größe ablesen. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Überbrückung der erwähnten Randständigkeit ist die Präsenz von deren Akteuren und Positionen in „sozialen Relais“, den gesellschaftlichen „Scharnierorganisationen“. Exemplarisch veranschaulichen lässt sich dies anhand der Friedensbewegung Ende des siebziger und Anfang der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Ihre Anhänger fanden sich etwa bei Lehrenden und Studierenden an Universitäten, die dort für die jeweiligen Positionen warben und auf diese Weise gesellschaftlichen Einfluss nehmen konnten.

Derartige „Scharnierorganisationen“ fehlen dem organisierten Rechtsextremismus, der in Gewerkschaften, Kirchen oder Universitäten noch nicht einmal in Ansätzen über eine solche Bastion verfügt. Allenfalls können geringere Teile der Burschenschaften<sup>75</sup> und der Vertriebenenverbände<sup>76</sup> den Status solcher „sozialen Relais“ bilden. Sie verfügen aber über keine so relevante gesellschaftliche Bedeutung wie die anderen genannten „Scharnierorganisationen“. Dieser Tatbestand minimiert auch den Stellenwert des Rechtsextremismus als gegen die Globalisierung gerichteter sozialer Bewegung. Hinzu kommt die politische Sensibilität vieler gesellschaftlicher Einrichtungen, womit sich Abgrenzung

---

sche Stimme, Nr. 9/September 2001, S. 22; Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Gibt es einen Ausweg aus der Globalisierungsfalle?, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Okttober 2001, S. 22.

<sup>75</sup> Unter den unterschiedlichen Dachverbänden studentischer Korporationen gibt es auch die bedeutsamen „Deutschen Burschenschaften“, wozu eine Reihe mit rechtsextremistischer Ausrichtung zählen. Vgl. etwa Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, München 2002, S. 63f.

<sup>76</sup> Innerhalb der mehrheitlich demokratisch ausgerichteten Vertriebenenverbände finden sich ab und an auch rechtsextremistische Auffassungen, welche sich etwa in der Wochenzeitung „Der Schlesier“ artikulieren. Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2001, Düsseldorf 2002, S. 147-149.

und Ablehnung gegenüber den Vertretern dieses politischen Lagers verbindet. Von einem relevanten „sozialen Relais“ lässt sich allenfalls für ein bislang noch nicht begrifflich richtig erfassbares Segment von Jugendlichen sprechen. Gemeint sind damit insbesondere junge Männer mit formal geringerer Bildung und einem niedrigeren Sozialstatus, die auch als soziale Basis der jugendlichen Subkultur der Skinheads gelten können. In dieser sozialen Gruppe finden typisch rechtsextremistische Deutungsmuster, Mentalitäten und Orientierungen relativ weite Anerkennung.<sup>77</sup>

Über das Ausmaß und die Verbreitung globalisierungskritischer Auffassungen in der Bevölkerung liegen bislang noch keine detaillierten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen vor. Gleichwohl kann in aller Allgemeinheit eine nicht unerhebliche Angst vor dem Abbau des Sozialstaates, dem Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, der Konkurrenz um Arbeitsplätze und dem Einfluss fremder Kulturen konstatiert werden. Darüber hinaus bestehen in der Bevölkerung nach einer Reihe von empirischen Untersuchungen rechtsextremistische Einstellungen von je nach unterschiedlich angelegter Messgröße zwischen sechs und 17 Prozent.<sup>78</sup> Den rechtsextremistischen Parteien und Organisationen gelingt es bedingt durch eigenes Unvermögen und gesellschaftliche Sensibilität allerdings nicht, größere Teile dieses Potenzials als Aktivisten, Unterstützer oder Wähler für das eigene politische Lager zu mobilisieren. Dies gilt auch bezogen auf das Globalisierungsthema: Obwohl es eine nicht zu ignorierende Schnittmenge zwischen den gegen die Globalisierung Eingestellten und den rechtsextremistisch Eingestellten in der Bevölkerung gibt, vermag es der organisierte Rechtsextremismus nicht, dieses Potenzial in größeren Teilen fester an sich zu binden. Dieses Unvermögen schwächt entsprechend auch das eigene Bewegungspotenzial.

Bilanzierend kann festgehalten werden: Es lässt sich durchaus eine breite Akzeptanz von globalisierungskritischen Positionen sowohl in der Bevölkerung allgemein als auch in bedeutenden „Scharnierorganisationen“ ausmachen, es bestehen aber nur in einer besonderen sozialen Gruppe (männliche Jugendliche mit formal geringer Bildung und einem niedrigen Sozialstatus) Anknüpfungspunkte zur extremistischen Rechten. Das Thema „Globalisierung“ ist darüber hinaus politisch anders, nämlich durch die globalisierungskritische Bewegung von „links“ besetzt. Diese wird deshalb von Rechtsextremisten als nicht authentischer Globalisierungsgegner kritisiert: Die „Linke“, so der Tenor aus dem rechtsextremistischen Lager, trete nur für eine Globalisierung unter anderen Vorzeichen ein und lehne sie nicht wie die „Rechte“ gänzlich ab. Die globalisierungskritische Bewe-

---

<sup>77</sup> Vgl. Angela Kunkat, Rechtsextremistische Einstellungen und Orientierungen männlicher Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern, in: Dünkel/Geng (Fußnote 69), S. 209-236; Bernd Wagner, Rechtsextreme Entwicklungen in „normalen“ Jugendszenen der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland, in: ebenda, S. 193-204.

<sup>78</sup> Vgl. Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994; Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000, S. 25-35.

gung von „links“ verfügt darüber hinaus über Präsenz in den relevanten „sozialen Relais“, die den organisierten Rechtsextremisten fast völlig fehlt. Somit besteht zwar eine globalisierungskritische soziale Bewegung von rechtsextremistischer Seite, von einer bedeutsamen gesellschaftlichen Verankerung kann aber noch nicht einmal in Ansätzen gesprochen werden.

## **5 Schlussbilanz: Einschätzung des Bewegungspotenzials und Reaktionen des Einstellungspotenzials**

Bilanziert man die vorgenannten Betrachtungen und Einschätzungen zur Bedeutung der Globalisierung im rechtsextremistischen Diskurs und bei rechtsextremistischen Aktivitäten, so kann folgendes hinsichtlich eines möglichen Potenzials für die Herausbildung einer sozialen Bewegung gesagt werden: Während das Thema bei DVU und REP nur eine geringe Bedeutung hat, nimmt die NPD bei Demonstrationen und in Veröffentlichungen immer stärker Bezug auf die Bekämpfung der Globalisierung. Ähnliches gilt in etwas abgeschwächerter Form auch für die Neonazi-Szene. Zusammen mit rechtsextremistisch orientierten Skinheads führen NPD und Neonazis eine Reihe von öffentlichen Aufmärschen und Demonstrationen durch. Auch im publizistischen Rechtsextremismus trifft das Thema durch Beiträge in formal anspruchsvolleren Zeitschriften zunehmend auf Interesse. Die Ablehnung der Globalisierung von Rechtsextremisten unterscheidet sich von anderen politischen Artikulationsformen durch eine besondere Grundauffassung: Sie besteht in der Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen National- oder Rassenstaat, verbunden mit der Ablehnung des Individualitätsprinzips und der Menschenrechte sowie einem nationalistisch begründeten Antiamerikanismus und Antikapitalismus.

Das Agieren von NPD, Neonazis und Skinheads gegen die Globalisierung entspricht den formalen Merkmalen einer neuen sozialen Bewegung. Die kontinuierlich zum Thema durchgeführten Demonstrationen stehen dafür ebenso wie die Existenz dezentraler Strukturen mit relativ hohem Vernetzungsgrad. Auch das Bestehen von bzw. die Verankerung in einer rechtsextremistisch geprägten Jugendkultur in Gestalt der Skinheads sprechen dafür. Allein aus sich heraus dürfte es der rechtsextremistischen Bewegung gegen die Globalisierung allerdings nicht gelingen, eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft zu erlangen. Dagegen sprechen drei Gründe: Erstens mangelt es an einem entwickelten intellektuellen und programmatischen Niveau, das ein geistiges Anknüpfungspotenzial für ein bislang noch außerhalb des rechtsextremistischen Lagers stehendes Anhänger- und Sympathisantenspektrum darstellen könnte. Zweitens fehlt es an gesellschaftlicher Akzeptanz, da die Rechtsextremisten nicht über „Scharnierorganisationen“ oder „soziale Relais“ in die Gesellschaft verfügen und sich auch noch keine prominenten

Persönlichkeiten auf ihre Seite geschlagen haben. Und drittens ist das Thema Globalisierungskritik durch eine Bewegung von „links“ politisch besetzt, welche sich gleichzeitig von Rechtsextremisten ausdrücklich distanziert..

Dafür könnten aber Entwicklungen im Kontext der Globalisierungsprozesse Rechtsextremisten Anhänger zutreiben: Die Folgen wirtschaftlicher Internationalisierungstrends treffen primär soziale Schichten, die hinsichtlich ihrer Einstellungen und ihres Wahlverhaltens dem Rechtsextremismus zuneigen. So führt der Sozialwissenschaftler Roland Roth das europaweite Aufkommen des Rechtsextremismus auf Auswirkungen der Globalisierung zurück: „Was wir in den letzten 20 Jahren an wachsendem Rechtsextremismus erleben, vor allem auch unter Jugendlichen, ist vorrangig eine Reaktionsbildung auf Globalisierungsprozesse und die damit verbundenen Denationalisierungen, die als bedrohlich erfahren werden.“<sup>79</sup> Dadurch entstehende Protest- und Unmutsstimmungen können über eine ideologische Aufladung mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus zur Politisierung in Richtung der extremistischen Rechten führen. Die „linken“ Globalisierungskritiker dürften dieses Potenzial kaum auffangen können, da sie sich politisch und sozial anders zusammensetzen. In Verbindung mit dem wachsenden Vertrauensverlust in demokratische Institutionen bildet sich somit ein von rechtsextremistischer Seite ansprechbares latentes politisches Konfliktpotenzial heraus.

Die dadurch bestehende „Nachfrage“ wird angesichts des schlechten „Angebots“ in Deutschland noch nicht bedient. Intellektuelle, organisatorische, personelle und strategische Defizite der Rechtsextremisten führten bislang noch nicht zur Herausbildung einer erfolgreichen rechtsextremistischen Wahlpartei. Ein Blick in die europäischen Nachbarländer veranschaulicht allerdings den seit Mitte der achtziger Jahre feststellbaren Aufwärtstrend „rechtspopulistischer“ Parteien<sup>80</sup> Auch in letzter Zeit gelangen ihnen erneut eindrucksvolle Wahlerfolge.<sup>81</sup> Den Zusammenhang dieser Entwicklung mit bestimmten Folgewirkungen der Globalisierung veranschaulicht u.a. die Analyse der Wählerbasis. Ein Beispiel: Nachdem der Vorsitzende des „Front National“, Jean-Marie Le Pen, beim ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen am 21. April 2002 auf den zweiten Platz kam, schrieb die Journalistin Michaela Wiegel nach einer Auswertung statistischen Materials zu den Besonderheiten der Wählerschaft: „Einzelhandel und Handwerker, die von der Globalisierung betroffen sind, zählen zu den Stammwählern.“ Und weiter: „Das Streben nach einer geschlossenen Gesellschaft, die den Bürger gegen den internationalen

---

<sup>79</sup> Roland Roth, Globalisierungsprozesse und Jugendkulturen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5 vom 1. Februar 2002, S. 20-27, hier S. 26.

<sup>80</sup> Vgl. Frank Decker, Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000; Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994.

<sup>81</sup> Vgl. Warum Rechtspopulisten in Europa siegen ... Große Männer für kleine Leute, in: Die Tageszeitung vom 25. April, S. 4-5; Peter Sturm u.a., Attackieren statt arrangieren. Der Erfolg von Protestparteien in Europa zeigt, was möglich ist und wie man sich dazu exponieren muß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2002, S. 3.

Wettbewerbsdruck und die europäische Harmonisierung schützt, überwiegt in der Le-Pen-Wählerschaft.“<sup>82</sup>

Anhand dieser exemplarischen Hinweise auf die politische Verarbeitung von sozialen Ängsten zeigt sich deutlich: Eine Gefährdung der Demokratie kann nicht nur durch Proteste von Extremisten gegen die Globalisierung erfolgen, sondern auch durch die gesellschaftlichen Folgen einer bestimmten Form der wirtschaftlichen Globalisierung bedroht werden. Die als ungerecht empfundene Verteilung von deren Vor- und Nachteilen führt in Teilen der Bevölkerung zu Protest und Unmut. Er kann von extremistischen Kräften ganz unterschiedlicher Art gegen die Demokratie mobilisiert werden. Gleiches gilt für eine andere Ebene, die Globalisierung der Kultur. Im Sinne einer Abwehrreaktion auf die weltweite Angleichung von Lebensstilen drängen Menschen zunehmend auf die Achtung ihrer kulturellen Eigenarten und religiösen Unterschiede. Auch hierdurch entsteht ein mögliches Rekrutierungspotenzial für die Gegner von Demokratie, Gewaltenteilung und Menschenrechten. Die vorgenannten Gefährdungsmomente stellen keine direkten Angriffe auf den demokratischen Verfassungsstaat dar, sie bilden aber für extremistische Bestrebungen günstige gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Deren Gestaltung erfolgt nicht automatisch und natürlich, sie lässt sich politisch steuern und ändern.

---

<sup>82</sup> Michaela Wiegel, Geschlossene Gesellschaft. Welche Franzosen haben für Le Pen gestimmt?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 2002, S. 16.

Rudolf van Hüllen

### **Linksextremisten: Avantgarde oder Randerscheinung in der Anti-Globalisierungsbewegung?**

Wenn eine Verfassungsschutzbehörde sich veranlasst sieht, Ausführungen zu gesellschaftlichen Protestbewegungen zu machen, die im linken Teil des politischen Spektrums angesiedelt sind, wird dies in der Regel ungleich kritischer kommentiert, als wenn sich die gleiche Behörde mit einem „rechten“ Phänomen beschäftigt. Ein paar klärende Vorbemerkungen können deshalb nützlich sein:

#### **Erste Vorbemerkung: Verfassungsschutz und soziale Protestbewegungen**

Gesellschaftliche Protestbewegungen sind selbstverständlicher Bestandteil bürgerlicher Freiheiten in Demokratien, und zwar auch dann, wenn sie dem etablierten Politik- und Wirtschaftsbetrieb gelegentlich störend erscheinen. Deshalb haben die Sicherheitsbehörden auch nicht die Aufgabe, solche Bewegungen zu beobachten, oder – wie es häufig dramatisierend heißt – zu „observieren“ oder zu „überwachen“. Ihre Arbeit hat sich allenfalls auf „Trittbrettfahrer“ in solchen Phänomenen zu richten, die danach trachten, die Protestmotive für ihre ganz eigenen weitergehenden und gegen die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung gerichteten Ziele auszunutzen.

#### **Zweite Vorbemerkung: Verfassungsschutz und Privatisierung**

Ein wichtiges Element gegenwärtiger wirtschaftspolitischer Trends und der sie tragenden veröffentlichten Meinung besteht darin, mit Schlagworten wie Deregulierung, Privatisierung oder Verschlankung die Existenzberechtigung öffentlich-rechtlicher Institutionen in Frage zu stellen.

Eine Behörde mit Verfassungsauftrag und dem klaren Bewusstsein von der Wichtigkeit ihrer Aufgaben wird zu dieser Facette der Globalisierung zwangsläufig eine kritische Auffassung haben. Was das Ideologem „Privatisierung“ betrifft, sind Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher und hoheitlich handelnder Institutionen gewissermaßen geborene Globalisierungskritiker. Hinzu kommt, dass unser Grundgesetz gegenüber der Wirtschaftsverfassung bekanntermaßen neutral ist. Verfassungsschutz meint also nicht Wirtschafts-, Export- und Freihandelsschutz.

### **Dritte Vorbemerkung: Verfassungsschutz und dogmatische Denkmuster**

Mitarbeiter von Verfassungsschutzbehörden haben geradezu berufsbedingt eine ausgeprägte Witterung für dogmatische Argumentationsmuster. Sie bezieht sich nicht nur auf marxistisch-leninistische, fremdenfeindlich-nationalistische oder islamistische Stereotype. Sie kann deshalb nicht übersehen, dass die zeitgenössisch ganz dominierende Wirtschaftswissenschaft ein Depot aus dogmatischen Theorien angelagert hat, das gegenüber gegenläufigen Meinungen und Fakten, sogar gegenüber evidenten Pleiten und Katastrophen außerordentlich resistent ist.

Eigentlich hatte man gehofft, die Verwalter ewiger Wahrheiten mit dem wohlgelittenen Verschwinden der Stalins und Suslows, der Honeckers und Hagers losgeworden zu sein. Aber längst hat sich als deren Neuauflage der beharrliche Prediger des weltweiten Freihandels und der deregulierten Marktwirtschaft etabliert. Die frühere britische Premierministerin Margret Thatcher hatte deren angebliche Zwangsläufigkeit in die so genannte TINA-Formel gegossen: T – I – N – A für „There is no alternative“: Wenn diese Grundannahme stimmte, wäre Wirtschaft nicht länger Gegenstand bewusster gesellschaftlicher und politischer Gestaltung und auch demokratischer Entscheidungsmacht entzogen. Die beunruhigendste Variante dieser Ideologie gibt dem Publikum zu wissen, es gebe im Grunde eigentlich nur ein einziges „natürliches“ bzw. „naturgesetzlich richtiges“ Wirtschaftsmodell.

Mit solchen angeblich „natürlichen“ Formen der Vergesellschaftung hatten wir indessen im letzten Jahrhundert zweimal zu tun, einmal in einer „biologistischen“, einmal in einer „historizistischen“ Variante – die Ergebnisse sind bekannt und Neuauflagen unerwünscht. Ein gewisses Misstrauen gegenüber dem, was von der globalisierungskritischen Protestbewegung „pensée unique“, Einheitsideologie genannt wird, scheint also berechtigt.

Soweit die – ich weiß – gemessen an der herrschenden Meinung vielleicht etwas provokanten Vorbemerkungen.

### **Konturen des deutschen Linksextremismus-Potenzials**

„Linksextremisten als Avantgarde oder Randerscheinung“: Da muss man zunächst einen Blick auf die Befindlichkeit des deutschen Linksextremismuspotenzials werfen. Es besteht derzeit aus zwei miteinander konkurrierenden, ja sich bisweilen befehdenden Phänotypen.

Ca. 7.000 gewaltbereite Linksextremisten, vor allem so genannte „Autonome“, beziehen aus einer anarchistischen Grundeinstellung ihren Hass auf Staat und Gesellschaft, auf das von ihnen so genannte „Schweinesystem“. Sie lehnen langfristige Strategien, verbindliche Strukturen und weitgehend auch die Suche nach Akzeptanz in der Bevölkerung ab. Zugleich sind sie aber für mehr als 90 % der linksextremistisch motivierten Gewalt- und Straftaten verantwortlich. Während gewalttätiger Globalisierungsproteste treten sie mit Gleichgesinnten und

mit ideologisch verwandten Kräften wie den angelsächsischen Direct-Action Aktivisten un-  
rühmlich in Erscheinung. Natürlich erheben sie infolge ihres anarchistischen Selbstverständ-  
nisses dort keine Avantgarde-Ansprüche. Dass sie deshalb nur eine Randerscheinung wären,  
kann man leider auch nicht behaupten.

Den anderen Phänotypus bilden die revolutionären Marxisten. Rund drei Dutzend Organisa-  
tionen sammeln 26.000 Kommunisten unterschiedlicher Schulen: Dazu zählen umtriebige  
Trotzkisten, Maoisten, schließlich überalterte, aber kampagnenerfahrene Restbestände frühe-  
rer sowjetmarxistischer Parteien und Gruppen. Aus dieser letzten Tradition stammen auch die  
noch 80.000 Mitglieder der PDS. Revolutionäre Marxisten wollen die freiheitliche Ordnung  
durch eine Diktatur der Arbeiterklasse überwinden. Freilich wird das heutzutage meist weni-  
ger anachronistisch ausgedrückt; beispielsweise ist dann feinsinnig von „grundlegenden Ver-  
änderungen in der Produktions- und Lebensweise“ die Rede. Da sie eine revolutionäre Situa-  
tion für nicht gegeben und Gewalt daher derzeit für nicht zweckdienlich halten, verlegen sie  
sich auf eine langfristige Delegitimierung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Beide Phänotypen des Linksextremismus sehen in gesellschaftlichen Konfliktpotenzialen be-  
sonders auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet Ansatzpunkte für ihre Politik – die ei-  
nen als Austragungsorte für anarchistische Gewalt, die anderen als Transportmittel für lang-  
fristig angelegte Strategien einer pseudolegalen Überwindung des demokratischen Verfas-  
sungsstaates. Will man ihre Rolle in gesellschaftlichen Protestbewegungen adäquat beurtei-  
len, kommt man allerdings um eine vernünftige Bewertung der Größenordnung nicht herum:  
7.000 gewaltbereite Linksextremisten und 26.000 revolutionäre Marxisten sind für ein Land  
von mehr als 80 Mio. Einwohnern eine eher lässliche Zahl.

Alle Linksextremisten leiden überdies in der ein oder anderen Form unter dem Schock des  
historischen Umbruchs der späten 80er Jahre. Ihnen ist der historische Optimismus abhanden  
gekommen, den sie zuvor aus der militärischen Stärke der Sowjetunion, aus dem Vordringen  
so genannter Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, vielleicht sogar aus Gewissheiten  
der Ideologie gezogen hatten. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus wirkte sich auf die  
Motivation auch bei jenen verheerend aus, die dem sowjetischen Modell nicht angehangen  
hatten: Mit ihm war schlicht das Gegenbild zum real existierenden Kapitalismus aus der Poli-  
tik verschwunden.

### **Wirtschaftliche Globalisierung als „Frischzellenkur“ marxistischer Kapitalismuskritik**

Zugleich allerdings erledigte sich damit – paradox genug – auch die Notwendigkeit, sich mit  
dem Nicht-Funktionieren oder gar mit den Verbrechen dieses Sozialismus auseinandersetzen  
zu müssen. Die ursprüngliche Berufung der marxistischen Theorie als „Kritik der politischen  
Ökonomie“ des Kapitalismus konnte einem simplen Weltbild seinen Platz zurückgeben: Es

wird beherrscht von einer profitorientierten, moralisch und normativ allenfalls „neutralen“ Marktwirtschaft, nunmehr unter Verzicht auf explizit marxistische Terminologie als „Neoliberalismus“ etikettiert. Dieser stand für ein angeblich weltweit funktionierendes Programm zur hemmungslosen Bereicherung einer Minderheit bei gleichzeitiger ökonomischer, politischer, kultureller, ökologischer, in anarchistischer Sicht auch rassistischer und sexistischer Unterdrückung der Mehrheit. Mit einem solcherart semantisch modernisierten Gespinnst marxistischer Kritik ließen sich ein paar Depressionsjahre nach 1990 leidlich überwindern.

Und tatsächlich scheint die Entwicklung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen im vergangenen Jahrzehnt paradoxerweise bemüht gewesen zu sein, die Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ sozusagen ex post zu verifizieren. Die Kernelemente dieser Entwicklung, die mit dem Begriff „neoliberale Globalisierung“ verbunden werden, sind in marxistischer Terminologie folgende:

- erstens eine Explosion der Konzerngewinne bei gleichzeitiger Stagnation oder Senkung der Durchschnittseinkommen abhängig Beschäftigter sogar in den Wohlstandsdemokratien der ersten Welt;
- zweitens die Erosion des öffentlichen Sektors und aller sozialstaatlichen Schutzeinrichtungen, verbunden mit schleichendem Verlust der Regelungskompetenz demokratisch legitimierter Körperschaften;
- drittens die Durchdringung bisher der Profitlogik entzogener Sphären der bürgerlichen Gesellschaft nach Kriterien kapitalistischer Verwertung,
- viertens die immer stärker dominierende Rolle des Finanzkapitals,
- fünftens die Konsequenz, mit der transnationale Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO auch die letzten Subsistenzökonomien der Dritten Welt auf einen kapitalistischen Entwicklungsweg zwingen;
- sechstens schließlich die Entschlossenheit der kapitalistischen Führungsmächte, sich den Zugang zu Märkten und Rohstoffen mit militärischen Mitteln zu sichern.

Für marxistische Theoretiker war das alles ein wohlbekanntes ideologisches Szenario. Sie bestritten bisweilen sogar, dass es besonders neu sei: Schon Marx habe analysiert, dass Kapitalismus seinem Wesen nach auf weltweite, internationale Expansion angelegt sei. Entsprechende Wirkungen solcher Gesetzmäßigkeiten seien schon seit Beginn der Kolonialisierung nachweisbar, sie hätten sich allerdings mit der anglo-amerikanischen Wirtschaftspolitik der 80er Jahre („Reaganomics“ und „Thatcherismus“) stark beschleunigt, um schließlich mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz durch die Implosion der realsozialistischen Staaten ihre ungehemmte Entfaltung zu finden.

Gewohnt, in universalistischen Ansprüchen des eigenen „Internationalismus“ zu denken, hatten marxistisch geschulte Kritiker insoweit mit dem Phänomen „Globalisierung“ kein theoretisches Problem. Allerdings erschien nunmehr die kapitalistische, „neoliberale“ Globalisierung in dialektischer Verkehrung optimistischer Revolutionsvisionen zunächst als dunkle Seite eines kapitalistischen Universalismus, dessen katastrophale Folgen jetzt mit defensiver Gesamttendenz zu bekämpfen waren.

Insgesamt ist aber bis heute die Linke nicht gegen Globalisierung eingestellt; sie tritt lediglich für eine andere Form der Globalisierung ein. Sie muss daher richtigerweise als Kritiker der gegenwärtigen, als kapitalistisch abgelehnten Globalisierungsprozesse beschrieben werden.

Ihre diesbezügliche Theorie- und Ideologieproduktion hat in der Zeit nach 1989 nie aufgehört. Sie umfasst solide deskriptive und empirisch fundierte Beschreibungen amerikanischer Konzernstrategien etwa im Bestseller „No Logo“ der Kanadierin Naomi Klein <sup>1</sup>, reicht aber auch bis hin zu einem kryptisch-wolkigen Monumentalwerk mit dem Titel „Empire“, verfasst von einem italienischen Ex-Terroristen und einem marxistischen amerikanischen Literaturkritiker <sup>2</sup>, vom deutschen Feuilleton bejubelt, von einem deutschen Kommunistenblatt hingegen als „Extasy für Szenekenner“ eingeordnet. Und tatsächlich: Man glaubt die Fantasy-Ausgabe von Lenins Imperialismuskonzeption vor sich zu haben.

Konnten also ideologische Dienstleistungen bei der Interpretation der Globalisierung den Linksextremismus zur Avantgarde einer neuen sozialen Bewegung, der Bewegung der Anti-Globalisierer oder Globalisierungskritiker, erheben? Oder blieben sie trotz der scheinbaren Bestätigung ihrer theoretischen Ansätze in der Protestbewegung eine Randerscheinung, eben jene Leute, von denen die Attac-Vizepräsidentin Susan George sagt, sie wollten nur die großen Erzählungen der Vergangenheit wiederholen.<sup>3</sup>

Wenden wir uns also der Empirie zu, die bei der Bestimmung des Gewichts von Linksextremisten einmal im internationalen Vergleich und einmal für den deutschen Fall zu ihrem Recht kommen muss. Eine soziale Bewegung setzt nach den Definitionen der Sozialwissenschaften drei Hauptelemente voraus:

- erstens ein Thema von grundsätzlicher Bedeutung, das allgemeine Betroffenheit erzeugen kann,
- zweitens die Einbeziehung eines breiten, nicht auf eine Organisation beschränkten Aktivitätenspektrums und

---

<sup>1</sup> Naomi Klein, No Logo. Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, Pöbneck 2001.

<sup>2</sup> Michael Hardt/Antonio Negri, Empire. Die neue Weltordnung, Cambridge/Mass. 2000, dt. Ausgabe Frankfurt a.M. 2002.

<sup>3</sup> Christian Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, attac: Was wollen die Globalisierungskritiker, Berlin 2002, S. 197.

- drittens schließlich das Mittel des Protests.

In der veröffentlichten Meinung wird von den Globalisierungsprotesten zusätzlich gemeinhin behauptet, ihre Massenhaftigkeit, die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit, aber wohl auch die Fähigkeit, Gipfeltreffen von Staats- und Wirtschaftsführern wirkungsvoll zu stören, machten die neue Qualität der globalisierungskritischen Bewegung aus.

### **Entwicklung der Globalisierungsproteste im internationalen Maßstab**

Beide Kriterienkataloge waren im Falle der Sprengung der Ministerkonferenz der World-Trade Organization in Seattle im Herbst 1999 erfüllt. Damals waren 40.000 bis 50.000 Menschen an den Protesten beteiligt, zu 80 % amerikanische und kanadische Gewerkschafter. Erstaunlicherweise agierten sie Hand in Hand mit Umweltaktivisten und vor allem mit wenigen Tausend basisdemokratischen, gewaltbereiten Anarchisten. Für amerikanische Verhältnisse eine ungewöhnlich große Demonstration, die auf Zusammenballung gewaltiger sozialer Wut schließen ließ, aber bei 275 Mio. Einwohnern des nordamerikanischen Kontinents sicherlich nur sehr bedingt als Massenbewegung qualifizierbar. Anders verhielt es sich mit der politischen und vor allem medialen Symbolwirkung: „Seattle“ gilt allgemein als Fanal für den Beginn der Anti-Globalisierungsbewegung. Zugleich avancierte „Seattle“ für Linksextremisten zur Chiffre für die Wiedergeburt von Revolutionshoffnungen. Die Überhöhung zum Mythos erfolgte – wie so oft – nicht ohne Beihilfe durch die nicht-extremistische Presse.

Werfen wir einen Blick auf die nächsten spektakulären Aktionen der globalisierungskritischen Bewegung:

Das IWF-/Weltbanktreffen in Prag wurde im September 2000 durch eine Koalition von rund 30.000 unterschiedlich konturierten Linksextremisten gestört. Erstmals trat hier in Europa neben den disziplinierten Marxisten-Leninisten vor allem trotzkistischer Provenienz ein international zusammengesetzter gewalttätiger Mob in Erscheinung. Für die Verhältnisse des kleinen Tschechien mit seinen 10 Millionen Einwohnern war das eine Massendemonstration, allerdings mit der Besonderheit, dass sie ganz überwiegend aus importierten Demonstrationstouristen bestand, so dass zumindest für dieses Land von einer „sozialen Bewegung“ keineswegs die Rede sein konnte.

Nächster Akt: Die EU-Tagung in Nizza im Dezember 2000 mit 50.000 Gegendemonstranten, vor allem Gewerkschafter, Trotzkisten, Kommunisten unter tätiger Beihilfe von ausländischen Gastrandalierern in einem Land mit 59 Millionen Einwohnern. Die Anti-Globalisierungsbewegung zeigt in Frankreich durchaus eigenständiges Profil: Sie wendet sich nicht nur gegen die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung, sondern mit einer spezifisch republikanisch-gaullistischen Stoßrichtung gegen die kulturelle Dominanz amerikanischer

Lebensstile und Konsumgewohnheiten. Der Kampf des 68er Öko-Bauern José Bové gegen den „Malbouffe“ von McDonalds ist eine Chiffre dafür.

Die Abschlusstagung der schwedischen EU-Präsidentschaft im Juni 2001 in Göteborg wurde wiederum von einem international zusammengesetzten, mittlerweile als „Schwarzer Block“ firmierenden Mob nahezu gesprengt. Eine Demonstration von 20.000 Menschen in einem Land mit 9 Millionen Einwohnern darf durchaus als Indikator einer breiteren EU-kritischen Volksbewegung gelten, allerdings waren die Gewalttaten wesentlich als organisierter Gipfeltourismus zu werten.

Erst beim G 8-Gipfel im italienischen Genua im Juli 2001 konnte man wirklich von einer sozialen Massenmanifestation sprechen. Mehr als 100.000 Menschen – die absichtsvoll überhöhten Zahlen der Veranstalter sprechen von 300.000 – demonstrierten friedlich, ein paar Tausend Randalierer sorgten für ein bislang unbekanntes Ausmaß an Gewalt. Für den massenhaften Zulauf zur Protestbewegung sind aber in Italien auch traditionelle cleavages in der Gesellschaft von Bedeutung gewesen, so z.B. die außerordentlich scharfe Rechts-Links-Polarisierung nach dem Machtverlust des Centro Sinistra.

Genua war allerdings zugleich der bisherige Höhepunkt inszenierter Gipfelmilitanz, die fürderhin von der Masse der eher friedlichen Demonstranten nicht mehr akzeptiert wurde. Deutlich zeigte dies der EU-Gipfel in Barcelona (März 2002). Obwohl der Zulauf zu den Demonstrationen mit insgesamt 250.000 Menschen noch größer war als in Genua, ging das Ausmaß der begleitenden extremistischen Gewalt deutlich zurück. Für Spanien mit seinen fast 40 Millionen Einwohnern ist daher die Existenz einer breit verankerten sozialen Protestbewegung zu konstatieren.

### **Globalisierungskritische Protestpotenziale in Deutschland: ein Medienphänomen**

Hier fand zuletzt im Sommer 1999 – also vor „Seattle“ – der so genannte Kölner Doppelgipfel statt. Ende Mai demonstrierten 7.000 Menschen gegen ein Treffen der EU-Regierungschefs. Die Organisatoren waren vor allem Trotzkiten, und erstmals ergab sich durch zugereiste Genossen vor allem aus Italien, Frankreich und Belgien der Effekt, dass die ausländischen Gäste gegenüber den Einheimischen in der Mehrzahl waren. Gut die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer bestand andererseits aus Anhängern der kurdischen PKK; sie protestierten gegen die kurz zuvor erfolgte Inhaftierung ihres Führers Öcalan. Ihr Anliegen hatte mit Globalisierung und EU insoweit nichts zu tun. Zwei weitere Aufmärsche gegen den G8-Gipfel zeigten ähnliches Profil. Die Beliebigkeit linker und linksextremistischer Allerwelts-themen und die dazugehörige Klientel sprachen Bände: Es gab offensichtlich keine globalisierungskritische Strömung in Deutschland, die einen Bewegungsanspruch hätte erheben kön-

nen. Bei den weitgehend misslungenen publikumswirksamen ersten Versuchen blieben die Linksextremisten eindeutig „Avantgarde“ – allerdings eine Vorhut, der niemand folgte.

Auch nach „Seattle“ war in Deutschland von einer verbreiteten „Globalophobie“, einem zumindest unbestimmten Missmut gegenüber den Zumutungen vor allem der wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Folgen, kaum etwas zu spüren. Eine Reihe kleinerer Zirkel arbeitete weiterhin auf den Gebieten der Umwelt- Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, ohne breiteren Widerhall zu finden. So war es schon ihnen in der Öffentlichkeit nicht beachtetem „Gegengipfeln“ 1999 gegangen.

Nicht sehr viel anders hatte es zunächst mit dem in Frankreich sehr erfolgreichen globalisierungskritischen Netzwerk „ATTAC“ in Deutschland ausgesehen. Die französische Variante hatte ihren Anstoß im Dezember 1997 aus linksliberalen Intellektuellenzirkeln um die Zeitschrift „Le Monde diplomatique“ erhalten. Im Vordergrund des von den Gründern so genannten „Kerngeschäfts“ stand die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte durch Einführung einer weltweiten Devisenumsatzsteuer, der „Taxe Tobin“. ATTAC dehnte sich in Frankreich schnell aus, fasste selbst in Kommunalparlamenten Fuß und brachte es auf mehr als 30.000 Mitglieder in Frankreich, weltweit auf bislang rund 60.000. Die ausländischen Dependancen, ganz überwiegend in Europa, hatten unterschiedlichen Erfolg. Alle genossen Gestaltungsfreiheit soweit das „Kerngeschäft“ nicht tangiert wurde, und so ist ATTAC ebenso wie die weltweiten Anti-Globalisierungströmungen insgesamt recht heterogen.

Die deutsche ATTAC-Variante geht auf verschiedene linksorientierte Drittweltgruppen- und Netzwerke zurück. Betreiber waren ein paar altlinke Kampagnenprofis sowie eine Reihe von entwicklungspolitisch interessierten und sachkundigen jungen Leuten – wegen ihrer offensichtlich fehlenden linksradikalen Vita aus autonomen Kreisen als „NGO-Jungmanager“ angegriffen. Überflüssig zu sagen, dass gerade von ihnen die inhaltlich interessanten Anstöße kamen. Diese merkwürdige Arbeitsteilung zwischen jungen Impulsgebern und alten Kampagnenprofis blieb zunächst erhalten, ohne dass das Unternehmen nennenswerten Zulauf zu verzeichnen gehabt hätte.

Als während des G8-Gipfels in Genua die Gewalt auf der Straße explodierte, veröffentlichte die Kerngruppe von ATTAC Frankreich nahezu unmittelbar eine eindeutige Distanzierung von diesen Vorgängen. Und nun konnte man die Erschaffung einer deutschen Anti-Globalisierungsbewegung durch die Medien erleben. Der Wunsch nach einem reputierlichen und „seriösen“ Ansprechpartner katapultierte ATTAC Deutschland ins Zentrum der publizistischen Aufmerksamkeit. Die Journalisten gaben einander die Türklinken in die Hand, Mitgliederzahlen und Renommee stiegen steil an. Die Breitenwirkung war tatsächlich nur eine

Frage der medialen Vermittlung: Die deutschen ATTACis waren in Genua gerade mal mit drei Dutzend Personen präsent.

Der Erfolg lockte natürlich Trittbrettfahrer an, und die betont offenen ATTAC-Strukturen erwiesen sich wiederum als ideale Spielfelder für Interventionsprofis. Vor allem handelte es sich dabei um die deutschen Varianten zweier trotzkistischer Dachorganisationen aus London. Die zumeist jugendlichen Anhänger des im russischen Bürgerkrieg als Massenmörder ausreichend profilierten Leo Trotzki hatten gemeinsam mit Genossen aus anderen europäischen Ländern schon beim Prager IWF/Weltbank-Gipfel kräftig mitgeprügelt – von Gewaltfreiheit keine Spur. Mindestens die penetrante trotzkistische Gruppe „Linksruck“ genießt bei ATTAC den Status eines korporativen Mitglieds – von den zahlreichen ATTAC-Neumitgliedern, die sich nicht als „Linksruckler“ zu erkennen geben, mal ganz zu schweigen. Wo immer vor Ort genügend „Linksruck“-Aktivisten greifbar waren, bestand die lokale ATTAC-Gruppe künftig im Wesentlichen aus ihnen.

### **Rückfall in traditionsmarxistische Deutungsmuster**

Ohne Folgen geblieben sind solche Entwicklungen nicht. Als sich mit den Anschlägen des 11. September die Frage nach der Aufgeschlossenheit der in Deutschland medial präsentesten globalisierungskritischen Gruppe für das Problem des islamistischen Terrorismus stellt, versagt ATTAC kläglich. Eine reflektierte Einordnung des jenseits herkömmlicher Kapitalismuskritik angesiedelten Phänomens wird gar nicht erst versucht, stattdessen werden die Amerikaner aufgefordert, die militärische Bekämpfung des Terrorismus in Afghanistan zu unterlassen. ATTAC unterstützt zudem im Mai die wesentlich von Kommunisten und anderen Linksextremisten ausgerichtete antiamerikanische Demonstration gegen den Besuch des US-Präsidenten in Berlin und erklärt sich im gleichen Monat auf seinem zweiten bundesweiten Ratschlag zum Bestandteil einer so genannten „Friedensbewegung“. Kernsätze der neuen Orientierung im Stil altlinker Agitationssprache lauten so: „ATTAC ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich. Attac setzt sich ein für ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.“

Damit wird nicht nur das „Kerngeschäft“ der Globalisierungskritik verwässert, sondern auch gut marxistisch ein amerikanischer „Imperialismus“ als höchste Form des globalisierten Kapitalismus identifiziert. ATTAC ist mit Mitte 2002 rund 6.000 eingeschriebenen Mitgliedern in Deutschland der öffentlich wahrnehmbarste Teil der Globalisierungskritik und praktisch die einzige Organisation mit Scharnierfunktionen zur Vermittlung ihrer Anliegen in die Ge-

sellschaft. So ist dieser Rückfall in traditionskommunistische Wahrnehmungsmuster keine Randerscheinung, sondern eher eine strategische Schwerpunktverschiebung. Das Bunte der globalisierungskritischen „aktionsorientierten Lernbewegung“ ATTAC beginnt sich überall dort grau zu färben, wo die geistig alt gebliebene selbsternannte Avantgarde vorrückt: Eben jene, von denen ATTAC-Vizepräsidentin Susan George sagt, sie wollten nichts als die großen Erzählungen der Vergangenheit wiederholen.<sup>4</sup>

Das Gewicht solcher ideologischer Dienstleister wird relativ gesehen um so größer, je geringer der Zulauf für soziale Bewegungen aus der Bevölkerung bleibt. Breiteres Interesse für gesellschaftliche Zukunftsfragen könnte diesen Effekt umkehren. Extremistische Segmente in sozialen Bewegungen würden dann fast automatisch marginalisiert. Auch insofern bleibt politisches Engagement erste Bürgerpflicht.

---

<sup>4</sup> Die mit Stand für Sommer 2002 beschriebene Entwicklung hat seither stagniert. Eine Durchmischung der Globalisierungskritik mit vulgär antikapitalistischen, antiwestlichen und vor allem antiamerikanischen und latent antisemitischen Stereotypen wird vor allem in einer so genannten „Antikriegsbewegung“ deutlich, die sich gegen eine militärische Intervention im Irak und gegen die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus wendet.